



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# Familienreport 2011

## Leistungen, Wirkungen, Trends



# Familienreport 2011

**Leistungen, Wirkungen, Trends**



# Inhalt

I.	Lebensqualität für Familien .....	7
II.	Familienleben in Deutschland .....	10
	2.1 Bevölkerungsentwicklung, Maßzahlen, Generationenverhältnisse, demografische Kennzahlen .....	10
	2.2 Geburten und Kinderwünsche .....	13
	2.3 Familienformen .....	22
	2.4 Alleinerziehende .....	27
	2.5 Eheschließungen .....	29
	2.6 Ehescheidungen .....	31
	2.7 Kinderbetreuung .....	34
	2.8 Auszug aus dem Elternhaus .....	38
III.	Das Tableau der staatlichen Leistungen .....	39
	3.1 Zielgenauigkeit und Akzeptanz des Leistungssystems .....	41
	3.2 Deutschland im internationalen Vergleich .....	42
	3.3 Perspektiven .....	47
IV.	Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	48
	4.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Handlungsfeld .....	48
	4.2 Arbeitszeiten von Müttern und Vätern: Taktgeber für das Familienleben ...	48
	4.3 Was Eltern wünschen und Kinder brauchen .....	53
	4.4 Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirkt dem Fachkräftemangel entgegen .....	56
	4.5 Engagement von Unternehmen – Status quo, Entwicklungen, neue Handlungsfelder .....	58
	4.6 Maßnahmen für eine moderne Arbeitszeitpolitik .....	62
	4.7 Ausbau Kinderbetreuung .....	63
	4.8 Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung .....	67
	4.9 Vereinbarkeit für Eltern von Schulkindern .....	68
	4.10 Vereinbarkeit stärkt Integration .....	70
V.	Zeit für Verantwortung in der Familie .....	75
	5.1 Zeit für Familie: Neue Herausforderungen und Ressourcen .....	75
	5.2 Zeitverwendung in Familien aus unterschiedlichen Perspektiven .....	76
	5.2.1 Die Perspektive von Müttern und Vätern .....	76
	5.2.2 Die Perspektive von Kindern .....	79
	5.2.3 Erwartungen an die Familienpolitik .....	80
	5.3 Familienzeitpolitik: Der 8. Familienbericht .....	80
	5.3.1 Zeitpolitik als Teil nachhaltiger Familienpolitik .....	80
	5.3.2 Handlungsfelder familienbezogener Zeitpolitik .....	81
	5.3.3 Akteure familienbezogener Zeitpolitik .....	82
	5.4 Gesetzliche und tarifliche Arbeitszeitregelungen .....	82

<b>VI. Elterngeld und Elternzeit mit Fokus Väter .....</b>	<b>87</b>
6.1 Das Elterngeld kommt an .....	87
6.2 Entwicklung und Determinanten der Väterbeteiligung .....	88
6.3 Positive Wirkungen aktiver Vaterschaft auf die kindliche Entwicklung .....	90
6.4 Zeitverwendung und Beteiligung von Vätern im internationalen Vergleich .....	91
6.5 Auswirkungen des Elterngeldes auf die Zufriedenheit in den Familien .....	92
6.6 Das Elterngeld stabilisiert das Haushaltseinkommen .....	92
6.7 Das Elterngeld stärkt die Erwerbstätigkeit und den Wiedereinstieg von Müttern .....	94
<b>VII. Gute Entwicklung von Kindern .....</b>	<b>98</b>
7.1 Wirtschaftliche Situation von Familien .....	98
7.1.1 Materielle Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland .....	98
7.1.2 Armutsrisiken nach dem Alter der Kinder .....	99
7.1.3 Armutsrisiken in unterschiedlichen Familientypen .....	100
7.1.4 Armutsrisiken und Erwerbsstatus der Eltern .....	102
7.1.5 Armutsrisiken im europäischen Vergleich .....	103
7.1.6 Armutsgefährdung und monetäre Familienleistungen .....	105
7.2 Eltern wollen Chancen für ihre Kinder .....	106
7.3 Leistungen für Bildung und Teilhabe .....	115
7.4 Wohlbefinden von Eltern und Kindern .....	116
7.5 Bildungschancen verbessern .....	118

# I.

## Lebensqualität für Familien

Der Monitor Familienleben 2011, der im September vergangenen Jahres von Bundesministerin Kristina Schröder und der Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Prof. Renate Köcher, vorgestellt wurde, hat erneut belegt, dass Familienthemen und Familienpolitik in der Bevölkerung eine große Bedeutung haben. In einer repräsentativen Befragung wird jährlich untersucht, wie Familien in Deutschland ihren Alltag leben, welche Bedürfnisse für Mütter und Väter an erster Stelle stehen und welche Aufgaben die Familienpolitik aus Sicht der Bevölkerung zu bewältigen hat.

Trotz bedeutender aktueller politischer Themen wie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung des Wirtschaftswachstums bleibt Familienpolitik auch 2011 für die Mehrheit der Menschen wichtig: Die Förderung junger Familien (53 Prozent) und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (47 Prozent) werden häufiger genannt als die Reform des Gesundheitswesens, die Senkung von Steuern oder der Atomausstieg. Besonders wichtig sind den Menschen gesicherte finanzielle Verhältnisse der Eltern (80 Prozent/Eltern 84 Prozent), genügend Zeit der Eltern für die Familie (79 Prozent/Eltern 81 Prozent) und genügend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersgruppen (55 Prozent/Eltern 63 Prozent).

Beim Blick auf die Lebenssituation von Familien liefert der Monitor Familienleben – neben vorliegenden objektiven, materiellen Erkenntnissen – einen ergänzenden, subjektiven Baustein, um mehr und geeignete Informationen zu erhalten, was die Menschen und was die Familien für das Leben in Deutschland brauchen und sich wünschen.

### **Wie misst man Lebenszufriedenheit?**

Seit die vom französischen Präsidenten Sarkozy eingesetzte „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (CMEPSP), besser bekannt als „Stiglitz-Kommission“, im September 2009 ihr Gutachten vorgelegt hat, wird wieder intensiv diskutiert, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur begrenzt geeignet ist, den Wohlstand einer Gesellschaft widerzuspiegeln.<sup>1</sup> Das BIP mag als Indikator die Wirtschaftsaktivität einer Volkswirtschaft brauchbar abbilden, für die Wohlstandsmessung einer Gesellschaft ist es aber weniger geeignet. Ab einem bestimmten Niveau hat die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nur noch geringfügigen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit der Menschen. Da beim BIP soziale und ökologische Aspekte nicht hinreichend abgebildet werden, ist fraglich, ob das Wachstum des BIP weiterhin als wichtigster Indikator einer

---

1 Vgl. CMEPSP, 2009: <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>.

erfolgreichen Wirtschaftspolitik gelten kann. Es stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, einen umfassenderen ergänzenden Wohlstandsindikator zu entwickeln.

Es erscheint deshalb erforderlich, umfassendere und damit geeignetere Konzepte zu entwickeln, die u. a. auch subjektive Kriterien mit berücksichtigen. Die Vereinten Nationen gehen mit dem 1990 vorgelegten „Bericht über die menschliche Entwicklung“ diesen Weg weiter. Darin werden vier Dimensionen für die Wohlfahrtsmessung herausgearbeitet: ein langes und gesundes Leben zu führen, Wissen zu erwerben, Zugang zu den Ressourcen für einen angemessenen Lebensstandard zu erhalten und am Gemeinschaftsleben teilnehmen zu können.<sup>2</sup>

Auch das seit einigen Jahren in der Wissenschaft etablierte Forschungsfeld des subjektiven Wohlbefindens kann in dieser Hinsicht als eine Erweiterung des Blickwinkels gelten. Der Begriff des Wohlbefindens kann durch folgende Parameter charakterisiert werden: materielles Wohlbefinden, Wohlbefinden im Bereich der Erwerbstätigkeit, Wohlbefinden im Bereich der Persönlichkeit und Gesundheit, Wohlbefinden im Bereich der (familialen und außerfamilialen) Netzwerke, familienpolitisches Wohlbefinden, Wohlbefinden im Bereich der Bildung.<sup>3</sup>

### **Das Konzept der Lebensqualität**

Ein umfassenderes, komplexes Konzept ist das der „Lebensqualität“. Im politischen Raum war der Begriff bislang nicht systematisch eingeführt worden. Wenn er verwendet wurde, dann eher als rhetorisches Instrument und nicht als differenziertes Konzept. Dies scheint sich aber zu wandeln. In dieser Legislaturperiode ist die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt worden.<sup>4</sup> Bis zum Ende der Legislaturperiode soll die Kommission die anspruchsvollen Aufgaben lösen, den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator zu entwickeln und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt auszuloten.

In der Wissenschaft hat man sich in Deutschland insbesondere ab den 70er-Jahren intensiver mit dem Konzept „Lebensqualität“ auseinandergesetzt. „Lebensqualität ist als multidimensionales Konzept zu verstehen, welches materielle und immaterielle, objektive und subjektive, individuelle und kollektive Wohlfahrtskomponenten gleichzeitig umfasst und das ‚besser‘ gegenüber dem ‚mehr‘ betont.“<sup>5</sup> Es handele sich mit dem Begriff der Lebensqualität zwar um eine „schwierige Kategorie“, dessen Vorzug aber sei, dass er die Ergebnisse (outputs) gesellschaftlicher Aktivitäten gegenüber den Aufwendungen (inputs) in den

---

2 Vereinte Nationen, 2004: <http://www.menschliche-entwicklung-staerken.de/berichte-menschliche-entwicklung.html>.

3 Bertram, H., 2006: Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung, in: UNICEF Innocenti Research Centre, Innocenti Working Paper No. 2006-02.

4 Vgl. <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp>.

5 Huschka, D. u. Wagner, G., 2010: SOEPpapers 275, Februar 2010.



Vordergrund rücke.<sup>6</sup> Gerade diese verstärkte Aufmerksamkeit für Ergebnisse und weniger für Aufwendungen könnte im gesellschaftlichen Diskurs über politisches Entscheiden und Handeln eine vorteilhafte Perspektivverlagerung sein.

Lebensqualität muss als ein Zusammenspiel unterschiedlichster komplexer Komponenten verstanden werden und kann nicht ausschließlich auf einzelne Aspekte wie zum Beispiel den materiellen Wohlstand reduziert werden. Zu betrachtende Dimensionen sind sowohl materielle Aspekte wie Einkommen, Verfügbarkeit von und Zugang zu Ressourcen, Bildung und Erwerbstätigkeit, aber auch immaterielle Komponenten wie Gesundheit, soziale und familiale Netzwerke, Zeitaspekte und die persönliche Lebenszufriedenheit.

Dies bedeutet aber auch, dass die Bestimmung und Messung von Lebensqualität dieser Komplexität gerecht werden muss. Es müssen sowohl quantitative als auch qualitative, objektive und subjektive Komponenten beleuchtet werden. So ist es unabdingbar, die Lebensrealität von Familien zu analysieren und herauszufinden, welche Bedingungen sich innerhalb der familialen Welt positiv oder negativ auf die Lebensqualität von Familien auswirken. Bei der familiären Betrachtung geht es darum, die einzelnen Komponenten in den Kontext der Familie und das Wohlbefinden einer Gruppe in den Mittelpunkt zu stellen. Wie sind die gesundheitlichen Voraussetzungen innerhalb der Familie? Wie gestaltet sich das Erwerbsleben? Wie ist die Balance zwischen Berufs- und Familienleben? Wie ist die finanzielle Lage? Wie ist das Lebensumfeld einzuschätzen? Wie wichtig und eng sind die sozialen Kontakte? Welche Unterstützungsleistungen ergeben sich? Wie ist die allgemeine gesellschaftliche Teilhabe? Welche Freizeitwerte gibt es? Wie wird subjektiv unter Betrachtung all dieser Punkte die Lebenssituation eingeschätzt?

Der Familienreport 2011 beschränkt sich nicht nur auf die Analyse und Beschreibung objektiver, materieller Aspekte von Familienleben. Die Erwartungen, die sich aus dem umfangreichen Konzept der Lebensqualität von Familien ergeben, kann er selbstverständlich noch nicht erfüllen. Der Familienreport hat aber sehr wohl den Anspruch, auch subjektive Kategorien stärker zu beleuchten – beispielsweise wenn es um den Faktor Zeit für Familie geht, das Wohlbefinden von Kindern oder die Einflüsse des Elterngeldes auf die Vater-Kind-Bindung und die Familienstabilität im Ganzen.

---

6 Zapf, W., 1972: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1, Heft 4.

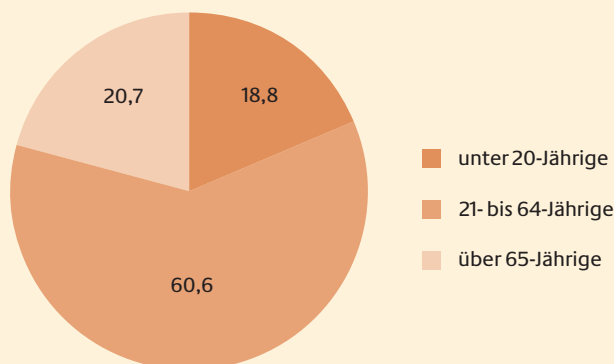
## II.

# Familienleben in Deutschland

## 2.1 Bevölkerungsentwicklung, Maßzahlen, Generationenverhältnisse, demografische Kennzahlen

Ein Blick auf die demografische Situation Deutschlands zeigt, dass 2009 19 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre alt, 60,6 Prozent zwischen 20 und 64 Jahre alt und 20,7 Prozent über 65 Jahre alt sind (siehe Abbildung 1)<sup>7</sup>. In Deutschland ist 2009 die Lebenserwartung weiter angestiegen, während die Geburtenrate anhaltend auf einem niedrigen Niveau von 1,36 blieb. Die Lebenserwartung beträgt nach der Sterbetafel 2007/2009 für neugeborene Jungen 77 Jahre und vier Monate und für neugeborene Mädchen 82 Jahre und sechs Monate. Dies ist der höchste Stand seit Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881 für das Deutsche Reich. Auch 60-jährige Frauen und Männern können nach der Sterbetafel 2007/2009 statistisch mit weiteren 24 Jahren und zehn Monaten (Frauen) bzw. mit weiteren 21 Jahren (Männer) rechnen.<sup>8</sup>

Abbildung 1: Bevölkerungsaufbau nach Altersgruppen 2009



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2010: Bevölkerung nach Alters- und Geburtsjahren 2009

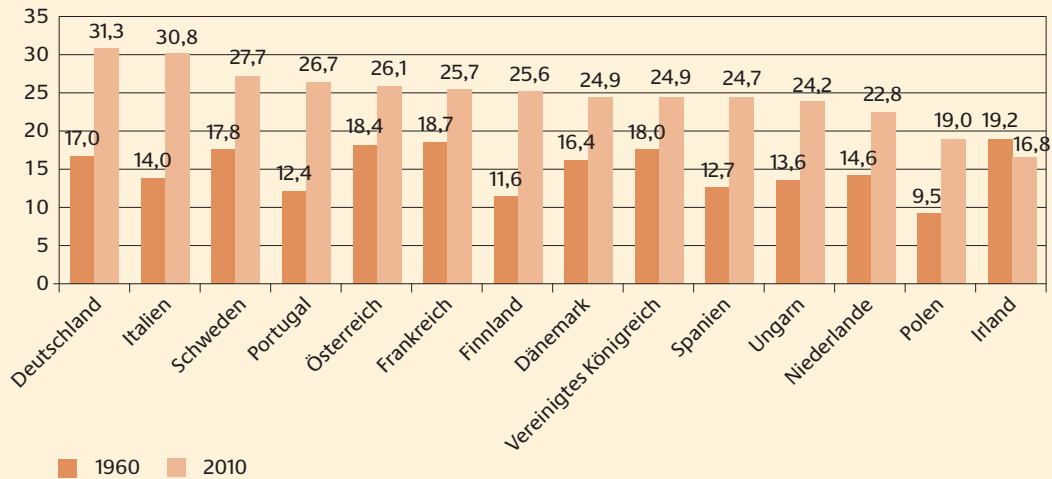
Der Anstieg der älteren Bevölkerung bei einem Rückgang der Zahl an jüngeren Menschen ist eine viel diskutierte Herausforderung des demografischen Wandels, nicht nur in Deutsch-

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt, 2010: Bevölkerung nach Alters- und Geburtsjahren 2009.

<sup>8</sup> Statistisches Bundesamt, 2010: Pressemitteilung Nr. 401.

land. Der Altersquotient<sup>9</sup> gibt dabei das zahlenmäßige Verhältnis von der älteren (nicht mehr erwerbsfähigen) Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wieder. Der Altersquotient lag in Deutschland im Jahr 2010 bei 31,3 über 65-Jährigen je 100 15- bis unter 65-Jährige, das ist der höchste Wert innerhalb der Europäischen Union (Abbildung 2).<sup>10</sup>

**Abbildung 2: Altersquotienten\* im europäischen Vergleich, 1960 und 2010**



Quelle: Eurostat 2011, Pressemitteilung Nr. 80: Bevölkerungsprojektionen 2010–2060

\*Die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter geteilt durch die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Der Altersquotient wird üblicherweise benutzt, um die Belastung einer Gesellschaft anzuzeigen, die durch den Unterhalt der älteren Generationen entsteht.<sup>11</sup> Neue Quotienten wie der prospektive Altersquotient und der ADDR zeigen jedoch, dass sich das Verhältnis von jung zu alt nicht so dramatisch darstellt wie oft angenommen. Der prospektive Altersquotient (prospective old age dependency ratio, kurz POADR) berücksichtigt neben dem biologischen Alter noch die fernere Lebenserwartung und gibt an, wie viele Personen mit einer ferneren Lebenserwartung von mehr als 15 Jahren auf Personen mit weniger als 15 Jahren verbleibender Lebenserwartung kommen.<sup>12</sup> Die „adult disability dependency ratio“ (ADDR) zeigt das Verhältnis von Personen, die Hilfe benötigen, und Personen, die diese Hilfe geben können.<sup>13</sup> Abbildung 3 zeigt, dass der prospektive Altersquotient und der ADDR weniger stark steigen als der übliche Altersquotient.

9 Der Altenquotient ergibt sich, indem die Bevölkerungszahl im Alter ab 60 bzw. 65 Jahre dividiert wird durch die Bevölkerungszahl zwischen 15 bzw. 20 und 60 bzw. 65 Jahren. „Die Abgrenzung richtet sich dabei entweder nach dem verfügbaren Datenangebot (z.B. bei langfristigen oder internationalen Vergleichen) oder nach inhaltlichen Kriterien (z.B. bei der Festlegung unterschiedlicher Renteneintrittsgrenzen).“ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2011, Definitionen, [http://www.bib-demografie.de/nn\\_1645598/SharedDocs/Glossareintraege/DE/A/altenquotient.html](http://www.bib-demografie.de/nn_1645598/SharedDocs/Glossareintraege/DE/A/altenquotient.html), Zugriff am 24.08.2011.

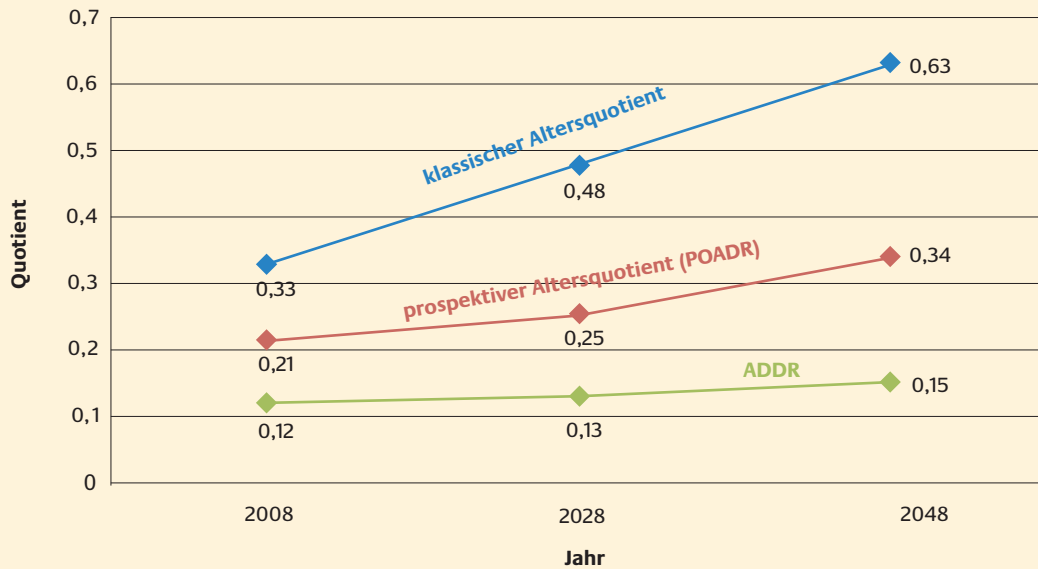
10 Eurostat, 2011: Pressemitteilung Nr. 80,

11 Scherbov/Sanderson, 2010, in: Demografische Forschung aus erster Hand 4/2010, S. 1.

12 Dazu wird die Anzahl von Personen aller Altersgruppen mit einer ferneren Lebenserwartung von maximal 15 Jahren in Relation gesetzt zur Anzahl aller Personen, welche mindestens 20 Jahre alt sind und eine fernere Lebenserwartung von mehr als 15 Jahren aufweisen.

13 Dazu wird die Zahl aller Erwachsenen, die mindestens 20 Jahre alt und gesundheitlich beeinträchtigt sind, durch die Anzahl der mindestens 20-Jährigen ohne Beeinträchtigungen dividiert.

Abbildung 3: Verschiedene Maßzahlen zur Bevölkerungsentwicklung für Deutschland, 2008–2048



Datenbasis: Scherbov/Sanderson, 2010, in: Demografische Forschung aus erster Hand 4/2010, S. 2, eigene Darstellung

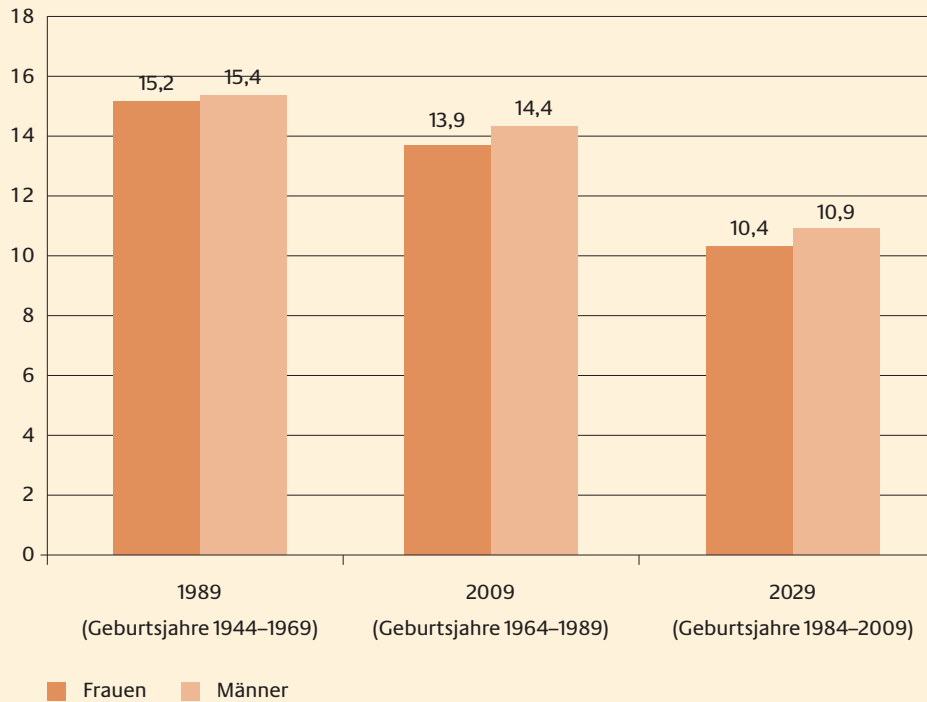
Nach dem klassischen Altersquotienten würden in Deutschland im Jahr 2028 48 Personen über 65 Jahre in Relation zu 100 Personen im Alter von 15 bis 64 stehen. Nach dem prospektiven Altersquotienten kämen auf 100 Personen mit einer ferneren Lebenserwartung von mehr als 15 Jahren 25 Personen, die weniger als 15 Jahre verbleibende Lebenserwartung haben. Nach der ADDR-Methode kämen in Deutschland auf 13 gesundheitlich beeinträchtigte Personen im Alter von über 20 Jahren auf 100 über 20-Jährige ohne Beeinträchtigungen.<sup>14</sup>

Ein bestimmtes biologisches Alter bedeutet somit nicht zwangsläufig Krankheit und Belastung des Sozialversicherungssystems. Durch Fortschritte im Gesundheitswesen und höhere Bildungsabschlüsse (zukünftig) älterer Menschen verbringen ältere Menschen mehr gesunde Lebensjahre und es bieten sich mehr Möglichkeiten zu Engagement und Aktivität.

Mit Blick auf die Geburtenrate sowie die Größe einzelner Bevölkerungsgruppen und den damit verbundenen unterschiedlichen Jahrgangsstärken wird oft von den sogenannten „Elternpotenzialen“ gesprochen. Definiert man „Elternpotenzial“ als die Gruppe der jeweils 20- bis 45-Jährigen zu einem Zeitpunkt, so wird deutlich, dass es 2009 13,9 Millionen Frauen und 14,4 Millionen Männer im Alter zwischen 20 und 45 Jahren gab (entspricht den Jahrgängen 1964–1989). 2029 werden die Jahrgänge 1984–2009 im Alter zwischen 20 und 45 Jahren sein und nur noch 10,4 Millionen Frauen und 10,9 Millionen Männer umfassen (Abbildung 4).

14 Scherbov/Sanderson, 2010, in: Demografische Forschung aus erster Hand 4/2010, S. 2.

Abbildung 4: „Elternpotenziale“, Anzahl der 20- bis 45-Jährigen nach Jahrgang und Geschlecht, in Millionen

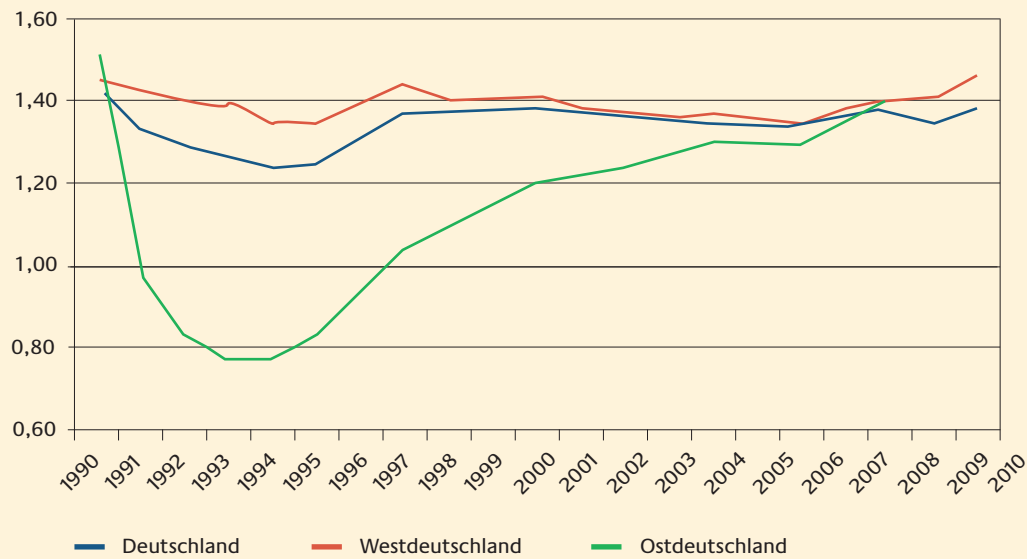


\*Ausgehend vom Bevölkerungsaufbau am 31.12.2009, Sterbeverhältnisse sind nicht berücksichtigt

## 2.2 Geburten und Kinderwünsche

Die Geburtenrate für 2010 beträgt 1,39 Kinder je Frau im Alter zwischen 15 und 49 Jahren. Damit ist die Geburtenrate gegenüber den Vorjahren leicht gestiegen – 2009 lag sie bei 1,36, 2008 1,38 und 2007 1,37 Kindern pro Frau. Dieser Trend gilt auch für West- und Ostdeutschland: Im früheren Bundesgebiet stieg die Geburtenrate von 1,35 im Jahr 2009 auf 1,39 2010. In Ostdeutschland ist sie von 1,40 2009 auf 1,46 Kinder pro Frau im Jahr 2010 angestiegen (Abbildung 5).

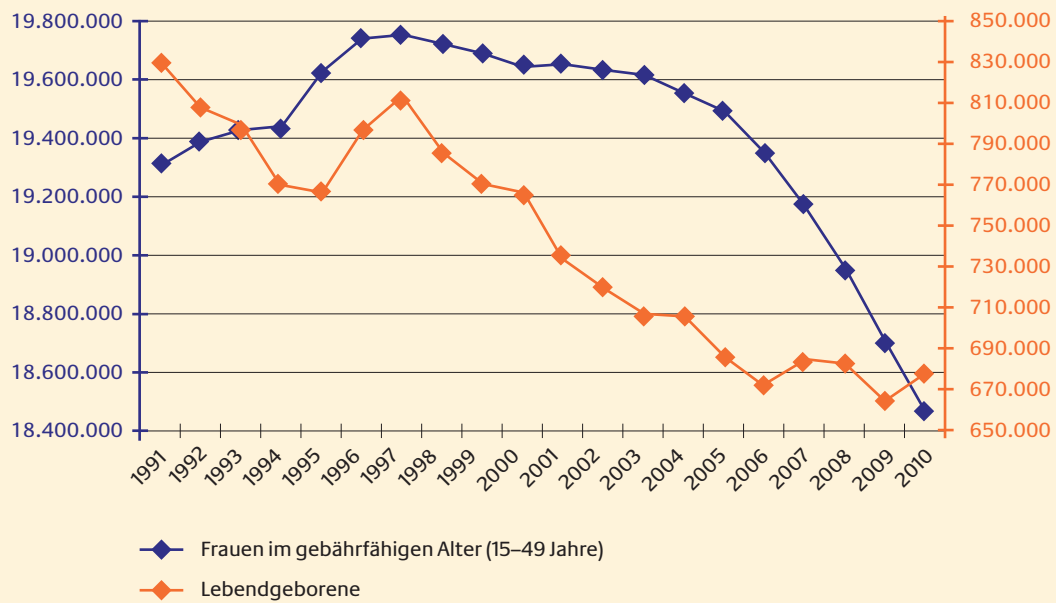
Abbildung 5: Entwicklung der Geburtenrate 1990–2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2010: Geburtenstatistik

Insgesamt wird die Geburtenrate auch durch den aktuellen Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung verursacht. Im Jahr 1997 waren Frauen der Jahrgänge von 1948 bis 1982 im gebärfähigen Alter. Dazu gehörten die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre. Bis heute schieden diese Jahrgänge zum Teil aus der Altersspanne von 15 bis 49 Jahre aus, dafür rückten deutlich schwächer besetzte Jahrgänge nach. Bei der Mädchengeneration der heute unter 15-Jährigen ist fast jeder jüngere Jahrgang kleiner als der vorherige. Damit schrumpft die Frauengruppe im Alter von 15 bis 49 Jahren in den nächsten 15 Jahren weiter. Der Rückgang der Frauen im gebärfähigen Alter setzt sich fort. Seit 2005 ist die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter um etwa eine halbe Million Frauen gesunken. Die Zahl der Lebendgeborenen nahm von 2009 auf 2010 um 1,9 Prozent (rund 12.800) zu – gleichzeitig sank die Zahl potenzieller Mütter um 1,3 Prozent (-239.250) (Abbildung 6).

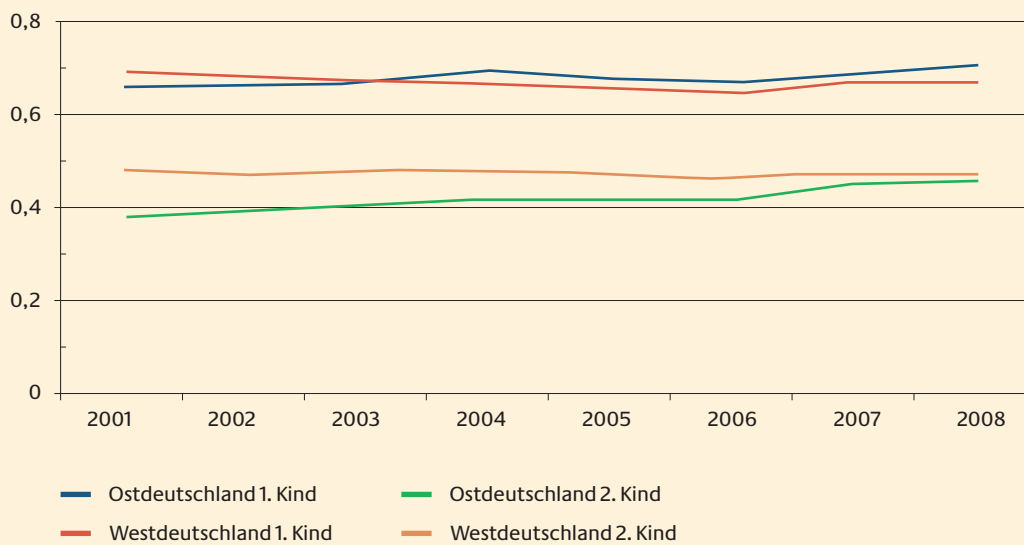
Abbildung 6: Entwicklung der Frauen im gebärfähigen Alter und Entwicklung der Geburten



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011

Die zusammengefasste Geburtenziffer nach der Geburtenordnung zeigt, dass vor allem in den neuen Bundesländern die Zweitgeburtsrate wieder angestiegen ist und sich dem Niveau in den alten Bundesländern annähert. Nach dem starken Einbruch der Geburtenrate infolge der Wiedervereinigung könnte dies auf eine erste Erholung hindeuten (Abbildung 7).<sup>15</sup>

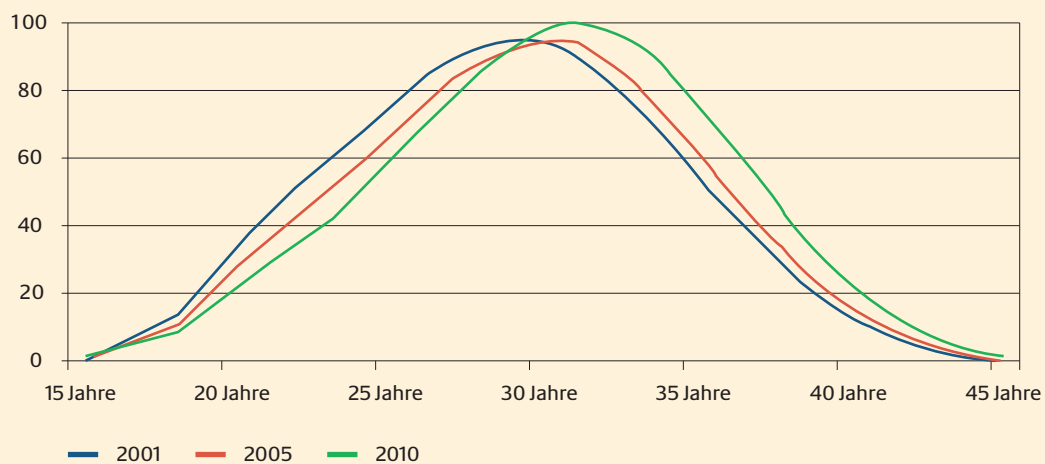
Abbildung 7: Ordnungsspezifische Geburtenraten (Altersstufen 15-44 Jahre)



Quelle: Kreyenfeld et al., 2010: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 35, 2:232

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2010 677.947 Geburten. Das sind rund 12.800 Geburten mehr als im Jahr 2009 und entspricht einer Zunahme von etwa zwei Prozent. Die durchschnittliche Zahl der Geburten ging bei jüngeren Frauen zurück und stieg bei Frauen ab 31 Jahren an (Abbildung 8). Bei der Geburt des ersten Kindes waren Frauen in Deutschland 2010 durchschnittlich 29 Jahre alt. In den neuen Bundesländern waren die Frauen bei der Geburt des ersten Kindes mit 27,4 Jahren um fast zwei Jahre jünger als in den alten Bundesländern (29,2 Jahre). Nicht verheiratete Frauen werden früher Mutter als verheiratete: Im Jahr 2010 sind nicht verheiratete Frauen im Durchschnitt mit 27,4 Jahren zum ersten Mal Mutter geworden, verheiratete Frauen im Durchschnitt mit 30 Jahren.<sup>16</sup>

**Abbildung 8: Anzahl der Lebendgeborenen je 1.000 Frauen, nach Alter der Mutter**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Geburten

Die durchschnittliche Kinderzahl in Familien mit Migrationshintergrund liegt mit 1,96 Kindern etwas über dem Durchschnitt (1,74 Kinder). Am wenigsten Kinder haben Familien polnischer Herkunft (1,66), die meisten Kinder gibt es in Familien türkischer Herkunft (2,27). Mit einem Anteil von 20 Prozent haben doppelt so viele Paarfamilien mit Migrationshintergrund drei oder mehr Kinder als Paarfamilien ohne Migrationshintergrund.<sup>17</sup>

Im Vergleich von 2009 und 2010 nahm die Anzahl der geborenen zweiten oder dritten Kinder stärker zu als die Anzahl der erstgeborenen Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter liegt seit fast drei Jahrzehnten relativ stabil bei etwa zwei. Der Anteil der Frauen, die kein Kind geboren haben, nimmt dagegen weiterhin zu. So waren 2009 59 Prozent der Altersgruppe der 27- bis 31-Jährigen (im Jahr 2009 waren dies die Jahrgänge 1978 bis 1982) kinderlos. In dieser Altersgruppe sank jedoch der Anteil kinderloser Frauen

<sup>16</sup> Statistisches Bundesamt, 2011.

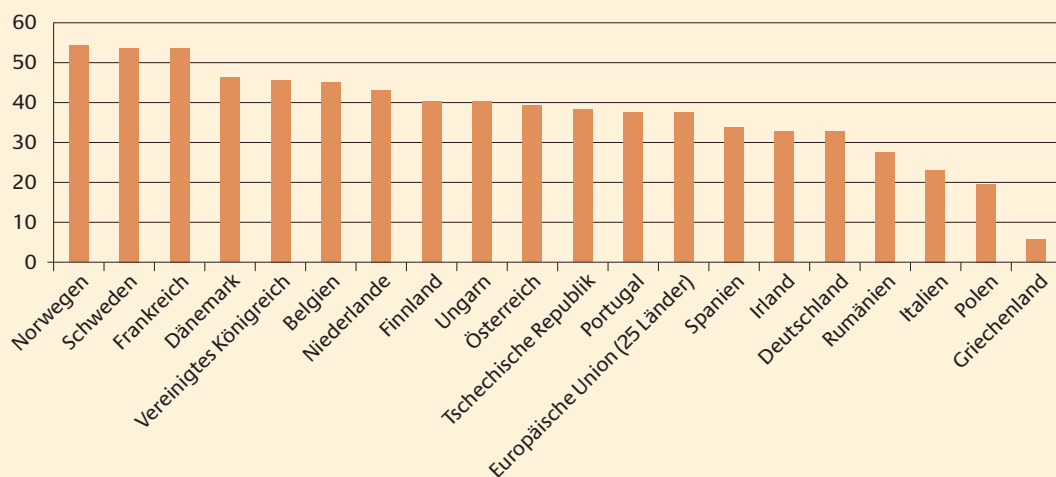
<sup>17</sup> BMFSFJ, 2010: Dossier Familien mit Migrationshintergrund, S. 21 f.



im Vergleich zu 2008 am stärksten (von 64 Prozent im Jahr 2008 auf 59 Prozent im Jahr 2009). Bei den über 42-jährigen Frauen ging der Anteil der Kinderlosen 2009 dagegen nicht zurück. Nach wie vor werden nur wenige Frauen über 40 Jahre erstmals Mutter. Lediglich drei von 1.000 bisher kinderlosen Frauen im Alter ab 42 Jahren haben 2009 ihr erstes Kind bekommen. Der Kinderlosenanteil bei Frauen des Jahrgangs 1968, die 2009 41 Jahre alt waren, beträgt 22 Prozent und ist damit um einen Prozentpunkt höher als für den Jahrgang 1967 (21 Prozent) und um mehr als fünf Prozentpunkte höher als für den Jahrgang 1958 (16 Prozent).<sup>18</sup>

Im Jahr 2010 wurde ein Drittel (33,3 Prozent) aller Lebendgeborenen von nicht verheirateten Müttern auf die Welt gebracht. Damit hat sich der Anteil der nichtehelichen Geburten seit 1991 mehr als verdoppelt. Bereits im Jahr 1946 lag die Quote der nichtehelichen Geburten mit 19 Prozent leicht über dem Wert für Westdeutschland (16 Prozent)<sup>19</sup>. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Jahr 2009 damit knapp unterhalb des EU-Durchschnitts (37,9 Prozent). Betrachtet man die neuen und alten Bundesländer separat, sind die neuen Bundesländer mit 61 Prozent nichtehelich Lebendgeborener Spitzenreiter innerhalb der Europäischen Union, die alten Bundesländer hätten mit 27 Prozent die viertniedrigste Quote. In Norwegen, Schweden und Frankreich wurden mehr als die Hälfte aller Lebendgeborenen außerhalb der Ehe geboren, in Griechenland dagegen nur sechs Prozent (Abbildung 9).

**Abbildung 9: Anteil der nichtehelichen Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen 2009 im europäischen Vergleich, in Prozent**



Quelle: Eurostat, 2011

<sup>18</sup> Statistisches Bundesamt, 2011: Wirtschaft und Statistik 1/2011, S. 4 ff.

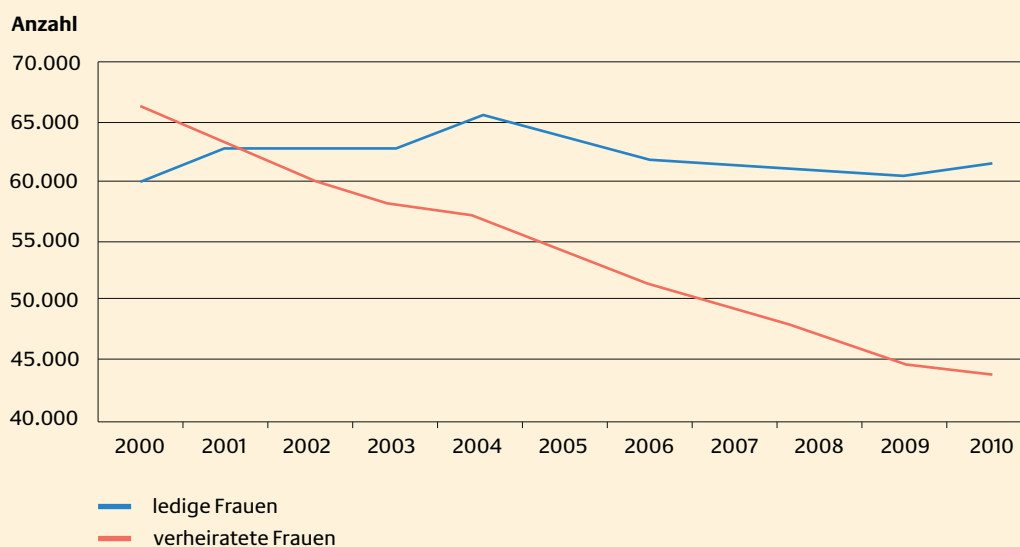
<sup>19</sup> Die Gründe dafür sind nicht eindeutig geklärt. Diese Entwicklung könnte durch die Familienpolitik der ehemaligen DDR verstärkt worden sein, als Mitte der 1970er-Jahre das Babyjahr eingeführt wurde, das unverheiratete Frauen bereits nach der Geburt des ersten Kindes in Anspruch nehmen konnten, verheiratete Frauen jedoch erst mit der Geburt des zweiten Kindes. 1986 wurde das Babyjahr auf alle Mütter, unabhängig ob sie ein erstes oder zweites Kind geboren haben, ausgeweitet (vgl. Kreyenfeld, M./Konietzka, D., 2010: Nichteeliche Geburten, in: Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse im Rahmen des Projekts „Demographic Differences in Life-Course Dynamics in Eastern and Western Germany“, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock).

Acht Prozent der verheirateten Frauen in Deutschland waren bereits Mutter, als sie ihr erstes Kind in der aktuell bestehenden Ehe bekommen haben. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Sieben Prozent der westdeutschen Frauen waren bereits Mutter, als sie ihr erstes Kind innerhalb der bestehenden Ehe bekamen, mit 20 Prozent liegt dieser Wert bei den ostdeutschen Müttern deutlich höher.<sup>20</sup>

Der Anteil nichtehelich Lebendgeborener wird jedoch mit dem zweiten und dritten Kind geringer, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern. Viele Eltern entschließen sich oft nach der Geburt des ersten Kindes zur Ehe. Allerdings kamen 2009 in den neuen Bundesländern noch 49 Prozent der zweiten Kinder außerhalb einer Ehe zur Welt, in den alten Bundesländern waren es lediglich 17 Prozent.<sup>21</sup>

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nimmt absolut und relativ weiterhin ab. 2010 wurden insgesamt rund 110.400 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Damit ist die Zahl im Vergleich zu 2009 minimal gesunken. Dabei waren etwas mehr als drei Viertel der Frauen (78 Prozent), die Schwangerschaftsabbrüche durchführen ließen, zwischen 18 und 34 Jahre alt, 14 Prozent zwischen 35 und 39 Jahre. 40 Prozent der Schwangeren aller Altersgruppen hatten vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt.<sup>22</sup> Besonders bei verheirateten Frauen sinkt die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche seit 2000 deutlich (Abbildung 10).

**Abbildung 10: Schwangerschaftsabbrüche nach Familienstand 2000–2010**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Schwangerschaftsabbrüche

20 Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Eheschließungen.

21 Kreyenfeld, M./Konietzka, D., 2010: Nichteheliche Geburten, in: Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse im Rahmen des Projekts „Demographic Differences in Life-Course Dynamics in Eastern and Western Germany“, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock.

22 Statistisches Bundesamt, 2011.

In Deutschland liegt die durchschnittliche ideale Kinderzahl für Frauen und Männer bei 2,2 Kindern<sup>23</sup> und ist somit im Vergleich zum Jahr 2001 von 2,0 bei Frauen und 1,7 bei Männern gestiegen. Von 2010 befragten Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren in Deutschland sahen knapp drei Viertel die ideale Kinderzahl bei 2 Kindern.<sup>24</sup>

Die Meinungen zur idealen Kinderzahl unterscheiden sich zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund weniger stark, als oftmals angenommen wird<sup>25</sup>: Die ideale Kinderzahl liegt für Migrantinnen und Migranten mit 2,3 Kindern nicht weit höher, zumal dieser Wert vor allem aufgrund der Antworten der Befragten mit türkischem Hintergrund so hoch ist, die eine gewünschte Kinderzahl von 2,6 Kindern angeben. Gar keine Kinder zu bekommen, ist für Kinderlose mit Migrationshintergrund keine Alternative.<sup>26</sup>

Die Zahl der tatsächlich durchschnittlich gewünschten Kinder liegt im Jahr 2008 bei 2,03 Kindern unter Frauen und bei 1,93 unter Männern.<sup>27</sup> Aktuelle Studien zum Kinderwunsch zeigen, dass 2011 die Kinderwünsche erneut gestiegen sind. So sagen 53 Prozent der Kinderlosen, dass sie bestimmt einmal Kinder haben möchten, und 28 Prozent vielleicht. Gegenüber 2008, als lediglich 43 Prozent der Kinderlosen „bestimmte“ Kinderwünsche äußerten, sind das signifikant festere Kinderwünsche. Die Hälfte der unter 50-jährigen Männer geben eher bestimmte Wünsche zu Protokoll, das sind 13 Prozent mehr als noch 2008. Auch sieben Prozent der Mütter und 12 Prozent der Väter hätten gerne weitere Kinder<sup>28</sup> (Abbildung 11). Von den Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren wünschen sich 69 Prozent Kinder.<sup>29</sup>

---

23 Eurobarometer, 2001, Special Eurobarometer, 2006: Childbearing preferences and Family Issues in Europe. Befragung im Auftrag der Europäischen Kommission.

24 Shell Jugendstudie, 2010.

25 BMFSFJ, 2010: Dossier Familien mit Migrationshintergrund.

26 IfD Allensbach, 2009: Zuwanderer in Deutschland. Sonderauswertung einer repräsentativen Befragung unter Migranten im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

27 Datenbasis: PAIRFAM 2008. Die Werte bezeichnen die beabsichtigte Kinderzahl, geben also die Summe der bereits geborenen Kinder sowie der intendierten Kinderzahl der 18- bis 45-jährigen wieder.

28 IfD Allensbach, 2011: Monitor Familienleben 2011.

29 Shell Jugendstudie, 2010.

**Abbildung 11: Kinderwünsche unter Kinderlosen und Eltern 2011**

**Möchten Sie einmal/weitere Kinder haben oder möchten Sie keine Kinder (mehr)?**

Eltern unter 50 Jahre				
	insgesamt	Väter	Mütter	insgesamt 2008
möchte bestimmt weitere Kinder	9	12	7	9
vielleicht	20	23	17	12
möchte keine Kinder mehr	70	64	75	76
keine Angabe	1	1	1	3
	100	100	100	100

Kinderlose unter 50 Jahre				
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt 2008
möchte bestimmt Kinder	53	48	60	43
vielleicht	28	32	23	30
möchte keine Kinder	19	19	17	20
keine Angabe	1	2	1	7
	100	100	100	100

Quelle: IfD Allensbach, 2011: Monitor Familienleben 2011.

Unbedingte Voraussetzung, um sich für Kinder zu entscheiden, ist der Kinderwunsch beider Partner, dass beide sich reif für Kinder fühlen und die Partnerschaft auf Dauer angelegt ist – dies finden 83 Prozent bzw. 74 und 60 Prozent der Befragten unter 45 Jahre. Eine finanziell abgesicherte Situation ist für viele eine – aber nicht mehr die wichtigste – Voraussetzung, um sich für Kinder zu entscheiden: 56 Prozent der Bevölkerung unter 45 Jahre geben an, dass unbedingt die finanzielle Situation gut sein müsse, um Kinder zu bekommen. Auch mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, dass ein Einkommen für die Familie ausreichen muss, um Kinder zu bekommen. Bemerkenswert ist insgesamt, dass sich gegenüber früheren Befragungen die Hürden für Elternschaft deutlich gesenkt haben.<sup>30</sup>

Für knapp die Hälfte der Bevölkerung gehören Kinder zum wirklichen Glücklichen dazu. Diese Ansicht teilen zwei Drittel der Ostdeutschen und 43 Prozent der Westdeutschen.<sup>31</sup> Mit einer Elternschaft sind Freuden und Leiden verbunden und eine Elternschaft verändert den Blick auf Kinder. So sagen drei Viertel der Eltern, dass ihr Leben durch die eigenen Kinder glücklicher und reicher geworden ist. Jedes zweite Elternpaar hat durch die Kinder auch neue Freunde und Bekannte dazugewonnen. Auf der anderen Seite berichten zwei Drittel der Eltern, dass sie sich aufgrund ihrer Kinder häufiger Sorgen machen und für 73 Prozent bedeutet die Elternschaft auch, Rücksicht nehmen zu müssen.<sup>32</sup>

30 IfD Allensbach, 2011: Monitor Familienleben 2011.

31 Bild am Sonntag, 2011: Familienstudie 2011.

32 Ebd.

Bei der Betrachtung der Einflussfaktoren auf eine hohe oder niedrige Geburtenrate muss eine Vielzahl von Aspekten berücksichtigt werden. Das generative Verhalten ist ein höchst komplexes Phänomen, bei dem sich individuelle Dispositionen (wie z. B. Kinderwunsch, das eigene Lebensalter, die Partnerschaftssituation, die Priorisierung von Lebenszielen und Werten), ökonomische Faktoren (Einkommen, Preise etc.), Rahmenbedingungen (Bildungsinfrastruktur, Familien- und Sozialpolitik), gesellschaftliche Normen (bezüglich Kinderzahl, Verhütung, Erziehung, Geschlechterrollen etc.), rechtliche Normen (Familienrecht, Arbeitsrecht etc.) und medizinisch-technologische Möglichkeiten (Verhütungsmittel, künstliche Befruchtung etc.) beeinflussen. Zudem müssen die Vorstellungen und Interessen von zwei Personen in Einklang gebracht werden.

Die exakte zeitliche und inhaltliche Identifikation von Einflussfaktoren auf die Fertilitätsentwicklung gehört zu den schwierigsten Fragestellungen in der Forschung. Wirkungszusammenhänge können in vielen Fällen nicht eindeutig erklärt werden. Zu beachten ist z. B., dass sich Faktoren nach soziokulturellem Kontext teilweise unterschiedlich auf die Fertilität auswirken: Beispielsweise wurde herausgefunden, dass sich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen in manchen Ländern positiv und in manchen Ländern negativ auf die Geburtenrate auswirkt. Dies kann z. B. damit zusammenhängen, ob die wirtschaftliche Absicherung als eine notwendige Bedingung für die Familiengründung gesehen wird oder nicht.<sup>33</sup> Andere Gründe können der Bildungsstand und die damit zusammenhängenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt sein. Frauen mit einem niedrigen Bildungsstand haben gerade in Situationen, die sie als ökonomisch unsicher erleben, eine höhere Wahrscheinlichkeit, eine Familie zu gründen, als Frauen mit hoher Bildung und Karriereorientierung.<sup>34</sup>

Zudem gibt es Hinweise, dass sich unterschiedlich ausgerichtete Familienpolitiken von Industrieländern auf die jeweilige Geburtenrate auswirken – so der Befund einer breiten Studie über 28 Länder und vier Jahrzehnte. Vor allem die Interaktion verschiedener Faktoren aus den Bereichen Geld, Zeit und Infrastruktur haben eine stark positive Wirkung auf die Entwicklung der Geburtenrate. Im internationalen Vergleich hat sich vor allem die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren als Schlüsselvariable zur Erklärung der Fertilitätsunterschiede in OECD-Ländern erwiesen. Familienpolitik wirkt auf die Geburtenrate, aber die Wirkung erfolgt um mehrere Jahre zeitverzögert, da sich Informationen und Normen zu den familienpolitischen Rahmenbedingungen erst mit der Zeit verbreiten und durchsetzen. Diese zeitliche Lücke („time lag“) zwischen der Veränderung der Wünsche junger Frauen und Männer und der Veränderung von gesellschaftlichen Normen ist in Deutschland größer als in anderen Ländern, in denen Gesellschaft und Familienpolitik früher reagiert haben. Denn Veränderungen der familienpolitischen Rahmenbedingungen wirken über die subjektive Wahrnehmung potenzieller Eltern. Es dauert viele Jahre, bis die Erfahrungen einer neuen Generation von Müttern und Vätern die gesellschaftliche Skepsis gegenüber Vereinbarkeitsoptionen zu einem positiven Bild wandeln. Auch die gesellschaftlichen Normen hinsichtlich der Akzeptanz arbeitender Mütter müssen sich ändern, insbesondere bei Arbeitgebern sowie der Generation der Eltern und Schwiegereltern.<sup>35</sup>

---

33 Bernardi, L./ Klärner, A./ Von der Lippe, H., 2008: Job Insecurity and the Timing of Parenthood: A Comparison between Eastern and Western Germany. *European Journal of Population* 24:287–313.

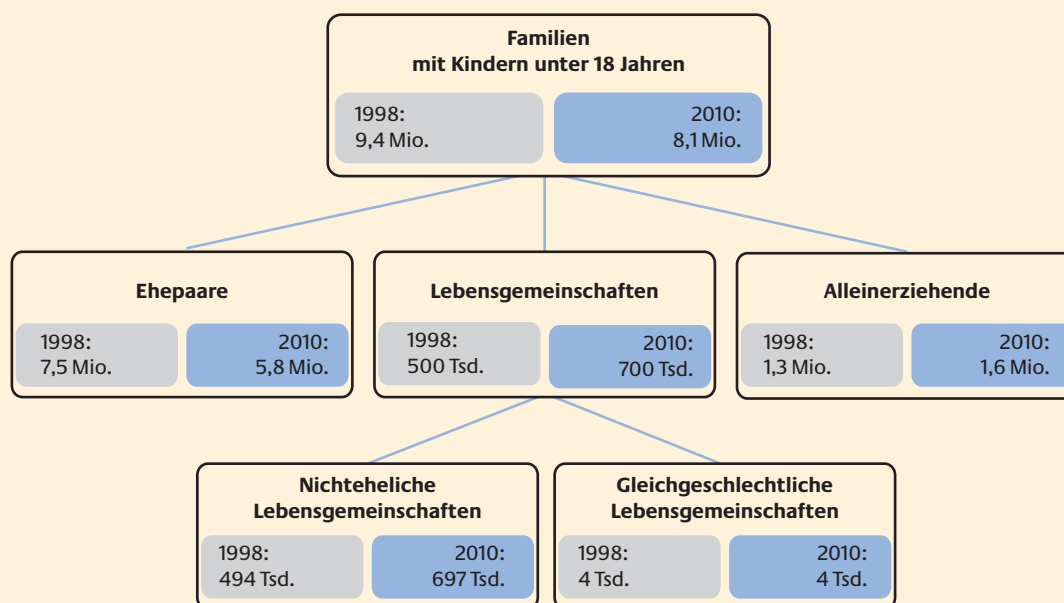
34 Kreyenfeld, M., 2005: Economic uncertainty and fertility postponement: evidence from German panel data. MPIDR Working Paper, WP-2005-034.

35 Bujard, M., 2011: Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970–2006, Baden-Baden: Nomos.

## 2.3 Familienformen

2010 gibt es insgesamt 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern, dabei leben im früheren Bundesgebiet 6,7 Millionen und in den neuen Ländern 1,4 Millionen Familien. Dabei haben 1,9 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern einen Migrationshintergrund<sup>36</sup>. Die Ehe ist mit einem Anteil von 72 Prozent an allen Familienformen die meistgelebte Form in Deutschland (Abbildung 12). Seit 1998 hat sich ihr Anteil jedoch um mehr als ein Fünftel reduziert. Weiter angestiegen sind vor allem die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die sich in den letzten zwölf Jahren fast verdoppelt haben. Nichtehele Lebensgemeinschaften haben seit 1998 vor allem in Westdeutschland zugenommen. Eine Zunahme war auch bei Alleinerziehenden zu beobachten. 2010 waren 19 Prozent alleinerziehend, zwölf Jahre zuvor waren es 14 Prozent. Bei Familien mit Migrationshintergrund ist die Ehe mit 79 Prozent ebenfalls die am häufigsten gelebte Familienform. Werden alle Ehepaare mit minderjährigen Kindern betrachtet, hat etwa jedes vierte Ehepaar einen Migrationshintergrund. Nichtehele Lebensgemeinschaften spielen bei Personen mit Migrationshintergrund dagegen eine untergeordnete Rolle. Immerhin 17 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund und minderjährigen Kindern sind alleinerziehend. Bezogen auf alle Alleinerziehenden insgesamt, hat etwa jede fünfte Alleinerziehende einen Migrationshintergrund.

Abbildung 12: Familienformen 1998 und 2010

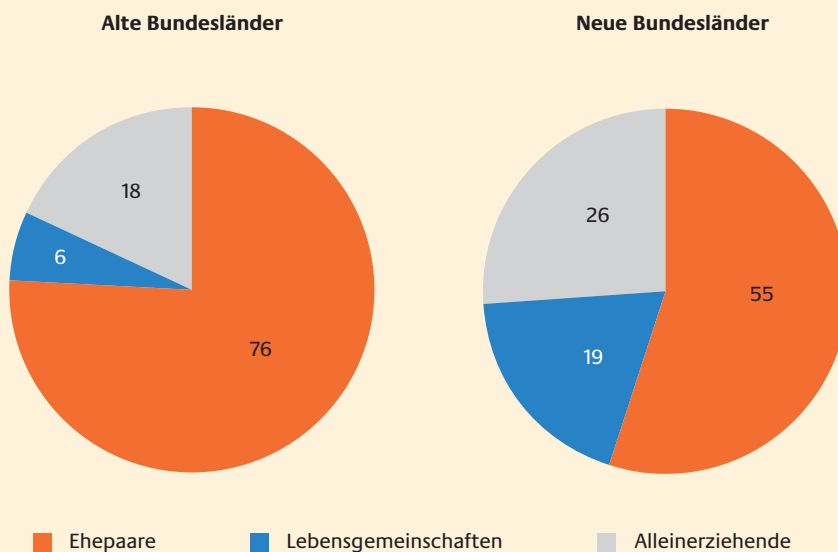


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus, Familien und Haushalte 1998 und 2010

36 Die Definition Migrationshintergrund entspricht der im Mikrozensus verwendeten Definition („Migrationshintergrund im engeren Sinn“).

Die Familienformen unterscheiden sich dabei in den neuen und alten Bundesländern (Abbildung 13). In den alten Bundesländern machen Ehepaare zwei Drittel an allen Familien aus, während dies in den neuen Bundesländern lediglich etwas mehr als die Hälfte sind. Dagegen gibt es in den neuen Bundesländern mehr als doppelt so viele Lebensgemeinschaften. Auch die Anzahl der Alleinerziehenden ist im Osten höher – etwas mehr als ein Viertel aller Familien sind alleinerziehend (26 Prozent).

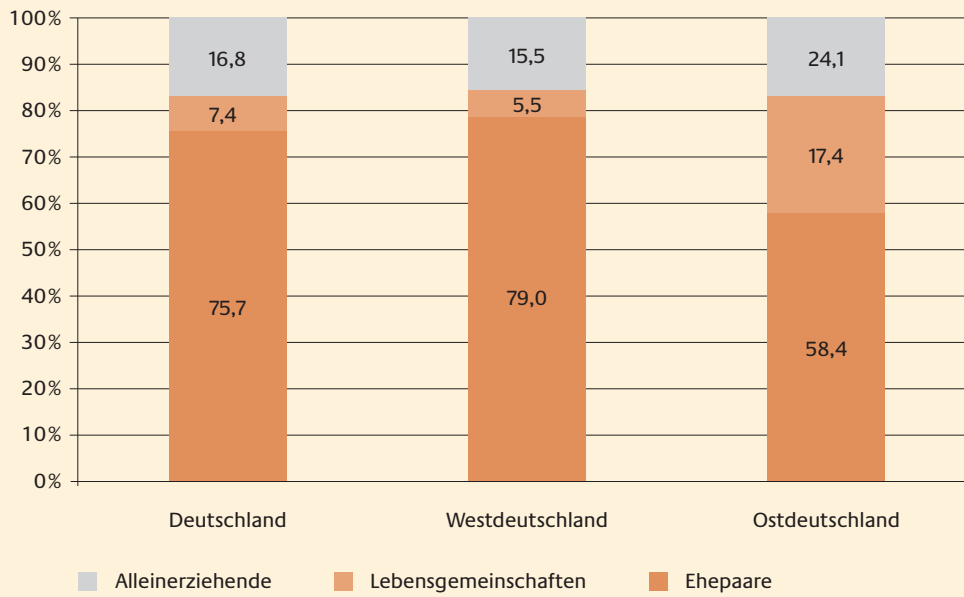
**Abbildung 13: Familienformen in den neuen und alten Bundesländern, 2010, in Prozent**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus – Familien und Haushalte 2010

2010 leben in Deutschland 13,1 Millionen Kinder unter 18 Jahren, hierbei leben 10,8 Millionen minderjährige Kinder im früheren Bundesgebiet und 2,1 Millionen in den neuen Ländern. Rund ein Drittel (31 Prozent) aller minderjährigen Kinder hat einen Migrationshintergrund. Die Mehrheit der Kinder in Deutschland lebt mit zwei Elternteilen zusammen – mit oder ohne Trauschein. In Westdeutschland sind es 85 Prozent der minderjährigen Kinder, in Ostdeutschland 76 Prozent (Abbildung 14). Im Vergleich zu 2000 leben im gesamten Bundesgebiet weniger Kinder bei verheirateten Partnern und immer mehr in Familien ohne Trauschein und bei Alleinerziehenden.

Abbildung 14: Minderjährige Kinder nach Familienform, 2010, in Prozent

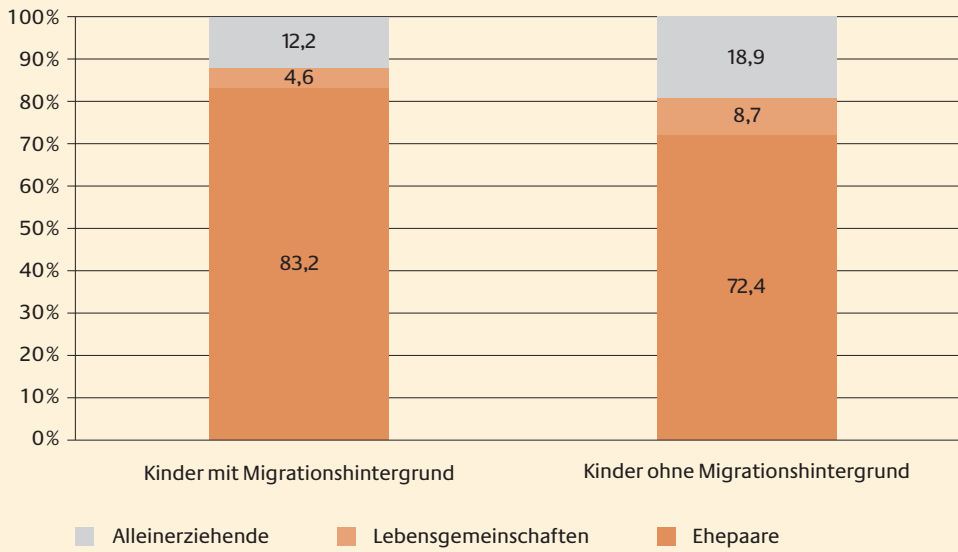


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus, Familien und Haushalte 2010

Minderjährige Kinder mit Migrationshintergrund leben häufiger bei Ehepaaren als Minderjährige ohne Migrationshintergrund (Abbildung 15). Immerhin 12 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund leben bei Alleinerziehenden.



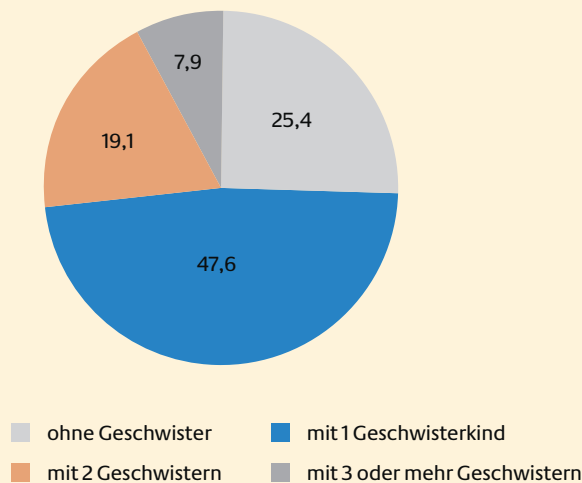
**Abbildung 15: Minderjährige Kinder mit und ohne Migrationshintergrund nach Familienform, 2010, in Prozent**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus 2010

Ein Viertel aller minderjährigen Kinder in Deutschland sind Einzelkinder. Fast die Hälfte aller Kinder (48 Prozent) hat eine Schwester oder einen Bruder. Jedes fünfte Kind lebt mit zwei Geschwistern in einer Familie. Nur wenige Minderjährige (8 Prozent) haben drei oder mehr Geschwister (Abbildung 16).

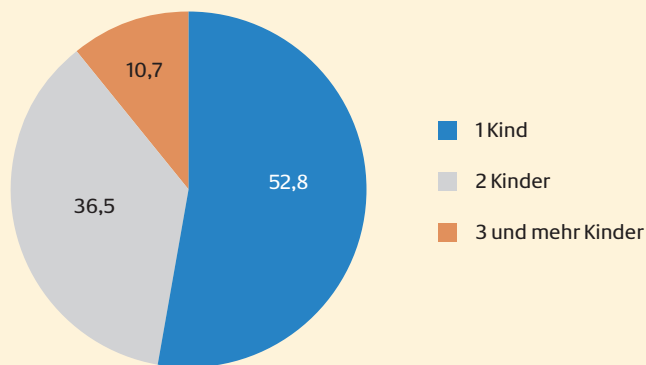
**Abbildung 16: Minderjährige Kinder nach Anzahl der Geschwister, 2010, in Prozent**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus 2010

Im Jahr 2010 lebt in etwas mehr als der Hälfte aller Familien ein minderjähriges Kind (53 Prozent), in mehr als einem Drittel aller Familien leben zwei minderjährige Kinder. In knapp 870.000 Familien leben drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren (Abbildung 17). Das entspricht 11 Prozent an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren. In den neuen Bundesländern gibt es weniger Mehrkindfamilien als in den alten Bundesländern. Mehrkindfamilien sind auch häufiger armutsgefährdet als Familien mit einem oder zwei Kindern.

**Abbildung 17: Familien nach der Anzahl der Kinder, 2010, in Prozent**

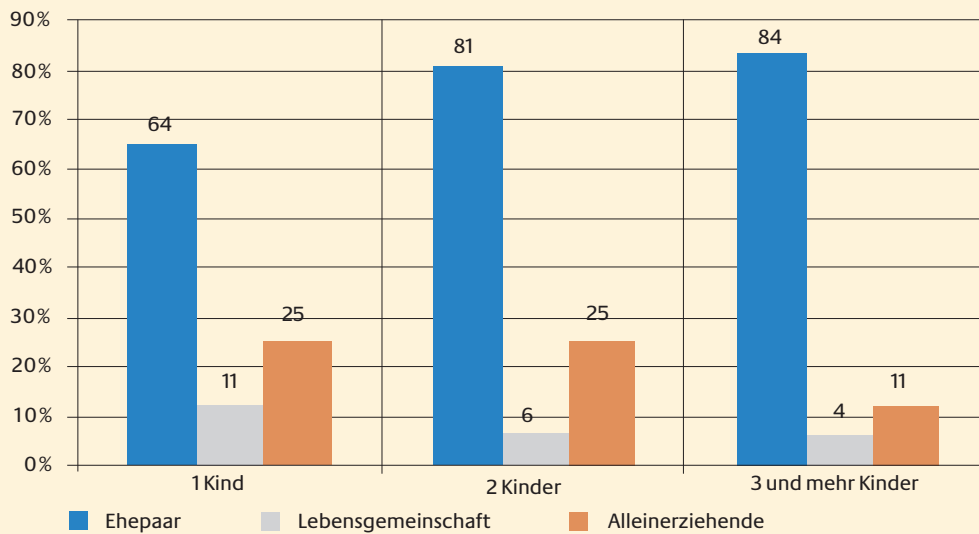


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus 2010

Je mehr Kinder in einer Familie vorhanden, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Eltern miteinander verheiratet sind. In 84 Prozent der Familien mit 3 und mehr Kindern sind die Eltern verheiratet. In Familien mit einem Kind beträgt der Anteil an Ehepaaren nur noch 64 Prozent. Alleinerziehende haben im Durchschnitt weniger Kinder als Ehepaare mit Kindern. So haben knapp sieben von zehn Alleinerziehenden lediglich ein Kind unter 18 Jahren, während dies unter den verheirateten Eltern bei weniger als der Hälfte der Fall ist. Dagegen haben 41 Prozent der verheirateten Paare zwei Kinder und mehr, jedes zehnte verheiratete Paar sogar drei oder mehr Kinder. Bei den Alleinerziehenden hat hingegen nur jede bzw. jeder Vierte zwei und lediglich sechs Prozent haben drei oder mehr Kinder (Abbildung 18).<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus 2010. Familien und Haushalte.

Abbildung 18: Familienformen nach Anzahl der minderjährigen Kinder 2010, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus, Familien und Haushalte 2010

## 2.4 Alleinerziehende

In Deutschland ist jede fünfte Familie alleinerziehend. Da hier jedoch nur statisch zu einem Zeitpunkt auf die aktuelle Familiensituation geschaut wird, ist die tatsächliche Zahl der Mütter und Väter, die innerhalb ihres Lebens mindestens einmal alleinerziehend sind, deutlich höher. In einer aktuellen Studie wird deutlich, dass Alleinerziehende diese Familienform als Prozess und als Phase empfinden – mit offenem Ausgang. 83 Prozent der Alleinerziehenden wünschen sich eine Partnerschaft und nur wenige Frauen sehen in dieser Familienform ihren Lebensentwurf verwirklicht.<sup>38</sup> Alleinerziehende befinden sich zudem in vielen Fällen in einer Familienphase, der andere Familienformen vorausgegangen sind. So waren fast zwei Drittel der Alleinerziehenden vorher verheiratet.<sup>39</sup>

Alleinerziehenden ist es wichtig, soziale Netzwerke zu pflegen und im Alltag auf mehrere Akteure zurückgreifen zu können (Freundinnen bzw. Freunde, Nachbarinnen bzw. Nachbarn, Arbeitgeber, auch die älteren Kinder). Dies gelingt Frauen in ländlichen Regionen deutlich schwerer, da sie sich hinsichtlich von sozialen Vorurteilen und Mobilität benachteiligt sehen. Zudem hat ein Drittel eine feste Partnerschaft, wenn auch keinen gemeinsamen Haushalt, und für mehr als drei Viertel der Alleinerziehenden gehört eine glückliche Partnerschaft zu den persönlich wichtigen Dingen im Leben.<sup>40</sup>

Etwas mehr als zwei Drittel der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind erwerbstätig<sup>41</sup>, das sind drei Prozent mehr als unter den Müttern aus Paarfamilien.

38 BMFSFJ, 2011: Lebenswelten und -wirklichkeiten von Alleinerziehenden, Datenbasis: SOEP 2008.

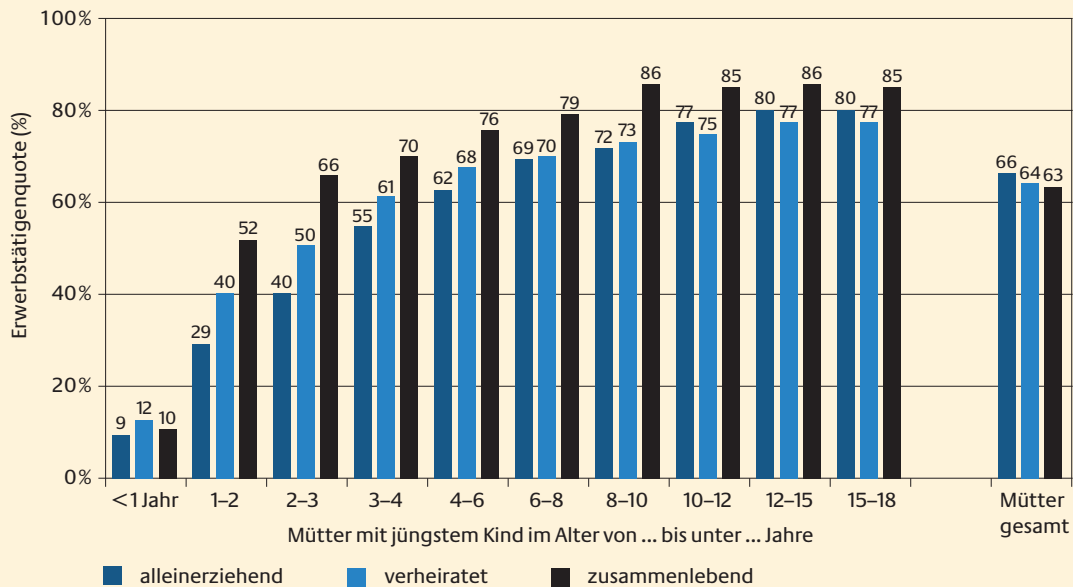
39 Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus 2010, Alleinerziehende nach Familienstand.

40 BMFSFJ, 2011: Lebenswelten und -wirklichkeiten von Alleinerziehenden, Datenbasis: SOEP 2008.

41 Als erwerbstätig gelten Personen zwischen 20 und 55 Jahren, die im Befragungszeitraum gearbeitet haben oder krank bzw. im Urlaub waren. Nicht dazu gezählt werden Personen in Elternzeit, Mutterschutz o.Ä. Diese Daten sind daher ggf. nur eingeschränkt mit anderen Erwerbstätigenzahlen vergleichbar.

Die Erwerbstätigkeit von alleinerziehenden Frauen hängt allerdings sehr stark vom Alter der Kinder ab. Von den alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter drei Jahren ist nicht einmal jede Vierte erwerbstätig (Abbildung 19).

**Abbildung 19: Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit)<sup>42</sup> von Müttern nach Familienform und Alter des jüngsten Kindes, 2010, in Prozent**



Quelle: Mikrozensus Sonderauswertung s11146, Berechnungen Prognos AG

Die ausgeprägte Erwerbsorientierung alleinerziehender Mütter erklärt sich nicht allein durch die Notwendigkeit der Erbringung des (kompletten) Familieneinkommens, sondern ist Teil ihres Lebensentwurfs. Für 89 Prozent der alleinerziehenden Mütter ist die eigene Erwerbstätigkeit „sehr“ oder „ziemlich wichtig“. Die finanzielle Absicherung ist hierbei nicht das einzige Ziel, knapp die Hälfte der Mütter gibt an, in ihrem Beruf etwas erreichen zu wollen.<sup>43</sup>

Alleinerziehende sehen sich vor allem durch strukturelle, insbesondere ökonomische Parameter herausgefordert. Sie nehmen hinsichtlich dieser Aspekte eine stärkere Belastung und ein erhöhtes Risiko wahr (z. B. Versorgung im Alter), zeigen aber gleichzeitig einen größeren Optimismus, die Herausforderungen zu bewältigen. Besonders ihr hohes Maß an erlebter Eigenständigkeit erfüllt viele alleinerziehende Mütter mit Zuversicht und Zukunftsoptimismus. Vor allem wenn die Kinder älter sind, blicken alleinerziehende Mütter oftmals mit Stolz zurück. Die Gewissheit, es alleine geschafft zu haben, gibt Selbstvertrauen.<sup>44</sup> Alleinerziehende legen insgesamt weniger Wert auf materielle Aspekte (z. B. eigenes Haus, repräsentativer Wohlstand); wichtiger ist ihnen Zeitwohlstand, insbesondere für die Pflege sozialer Beziehungen (Abbildung 20).

<sup>42</sup> Mit Hilfe der Definition, „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

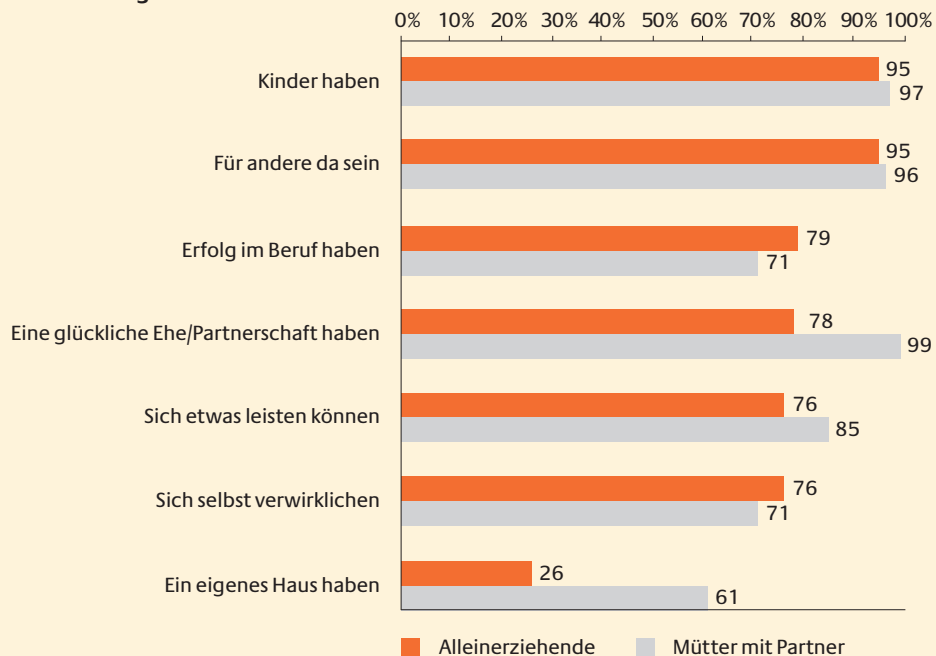
<sup>43</sup> BMFSFJ, 2008: Alleinerziehend in Deutschland. Potenziale, Lebenssituationen und Unterstützungsbedarfe.

<sup>44</sup> BMFSFJ, 2011: Lebenswelten und -wirklichkeiten von Alleinerziehenden.

Abbildung 20: Lebenseinstellungen von Alleinerziehenden und Müttern in Paarhaushalten, 2008

Wie wichtig sind für Sie die folgenden Dinge?

„Sehr wichtig“/„Wichtig“  
Top-2-Box einer vierstufigen Skala



Basis: Alleinerziehende Mütter (mit Kindern < 28 Jahre): n = 364; Frauen mit Partner (mit Kindern < 18 Jahre): n = 2174  
Quelle: SOEP 2008

## 2.5 Eheschließungen

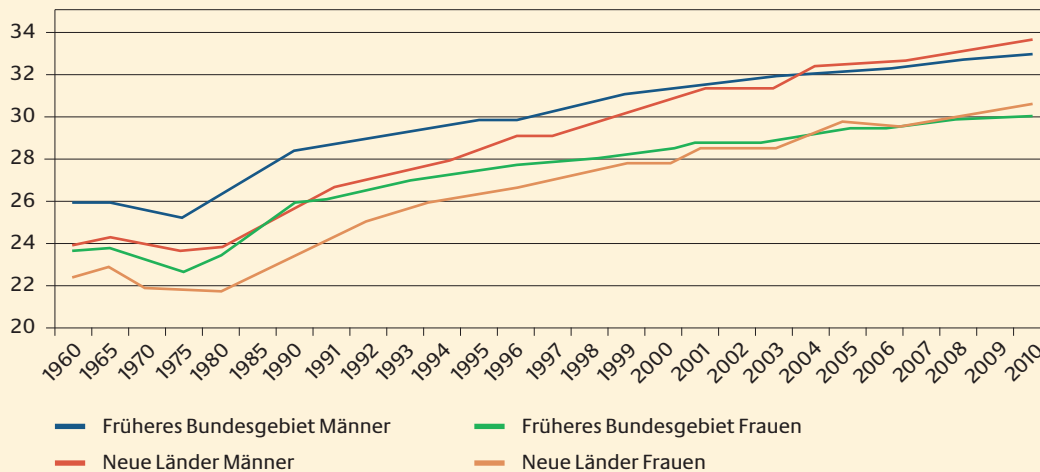
Im Jahr 2010 haben sich 382.000 Paare trauen lassen, das ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Bei 87 Prozent der Trauungen besaßen dabei beide Partner die deutsche Staatsbürgerschaft. Bei 11,5 Prozent besaß mindestens einer der Trauenden eine ausländische Staatsbürgerschaft (binationale Ehe), und bei zwei Prozent der Eheschließungen hatten beide Ehepartner eine ausländische Staatsbürgerschaft. Damit sind die binationalen Ehen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen, während die ausländischen Ehen stabil geblieben sind.

2010 war es dabei für fast zwei Drittel der Trauenden die erste Ehe, für 16 Prozent war es die Zweit- oder Folgeehe. Das Alter bei der Erstehe beträgt in Deutschland im Jahr 2010 für Frauen 30 Jahre, für Männer 33 Jahre.<sup>45</sup> Dabei hat sich das Erstheiratsalter zwischen den neuen und den alten Bundesländern im Zeitverlauf angeglichen (Abbildung 21). Vor allem bei Frauen und Männern aus den neuen Bundesländern nimmt das Erstheiratsalter stetig

45 Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Eheschließungen.

zu. 2010 waren Heiratende aus den neuen Ländern sogar etwas älter bei der ersten Eheschließung als Heiratende aus den alten Bundesländern.

**Abbildung 21: Durchschnittliches Alter bei Erstehe, nach Geschlecht und Region**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011, Statistik der Eheschließungen

Dabei zeigt sich, dass Schwangerschaft oft ein Anlass zur Eheschließung ist. Besonders in Westdeutschland reduziert sich zwischen Schwangerschaftsbeginn und Geburt des ersten Kindes der Anteil der unverheirateten Frauen von 51 auf 31 Prozent. In Ostdeutschland geht der Anteil dagegen nur mäßig zurück (von 76 auf 64 Prozent), eine Schwangerschaft ist dort deutlich seltener Anlass zur Heirat.<sup>46</sup>

Befragt man die Bevölkerung nach der Bedeutung von Ehe, empfinden 70 Prozent der Bevölkerung die Ehe für nicht überholt.<sup>47</sup> Zu heiraten ist für Paare heute jedoch kein Muss mehr. Eine Ehe ist für viele eine bewusste Entscheidung, die Motive sind dabei verschieden. Das wichtigste Motiv für bereits Verheiratete war, einer bestehenden Partnerschaft einen festen sozialen und rechtlichen Rahmen zu geben. Für 78 Prozent der Frauen und für 81 Prozent der Männer ist die Ehe ein verbindliches Bekenntnis zur gegenseitigen Solidarität. Zwei Drittel der verheirateten Frauen und drei Viertel der verheirateten Männer finden, dass Kinder in der Ehe am besten aufgehoben sind, und zwei Drittel sehen in der Ehe eine bessere Sorgerechtsregelung in Bezug auf das Kind. Für zwei Drittel der Befragten, die sich eine Ehe prinzipiell vorstellen können oder sogar planen, hängt die Umsetzung zur tatsächlichen Eheschließung von der Sicherheit ab, die richtige Partnerin bzw. den richtigen Partner fürs Leben gefunden zu haben (Abbildung 22), für immerhin knapp die Hälfte der Befragten aber auch von der beruflichen Entwicklung und der Familienplanung (erstes oder weitere Kinder). Auffällig ist, dass mehr Männer als Frauen erwarten, dass eine Ehe die Partnerschaft krisenfester und langlebiger macht („sicherer Hafen“). Frauen hingegen

46 M. Kreyenfeld/S. Bastin, 2010: Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse im Rahmen des Projekts „Demographic Differences in Life-Course Dynamics in Eastern and Western Germany“, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, S. 28.

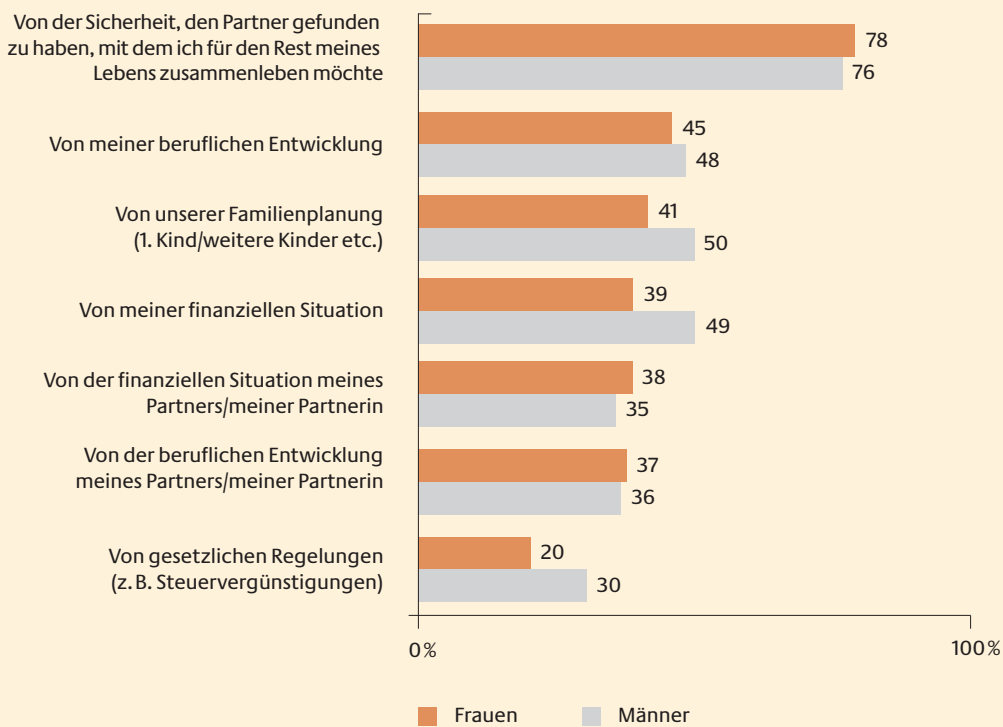
47 Bild am Sonntag, 2011: Familienstudie 2011.

sehen die Ehe eher als kommunikativen Prozess und als eine kontinuierliche Verständigung über die aktuelle und zukünftige Gestaltung des gemeinsamen Lebenswegs.<sup>48</sup>

**Abbildung 22: Faktoren zur Entscheidung**

**Wie stark hängt Ihre Entscheidung, innerhalb der nächsten 1 bis 2 Jahre zu heiraten, von folgenden Faktoren ab?**

(Top-2-Box einer 4-stufigen Skala)



Basis = Alle Befragten in fester Partnerschaft, die sich eine Heirat/eingetragene Partnerschaft prinzipiell vorstellen können (n = 315)

Datenbasis: Sinus Sociovision, 2.000 Befragte zwischen 18 und 60 Jahren

Quelle: BMFSFJ, 2011: Partnerschaft und Ehe. Entscheidungen im Lebensverlauf. Einstellungen, Motive, Kenntnisse des rechtlichen Rahmens

## 2.6 Ehescheidungen

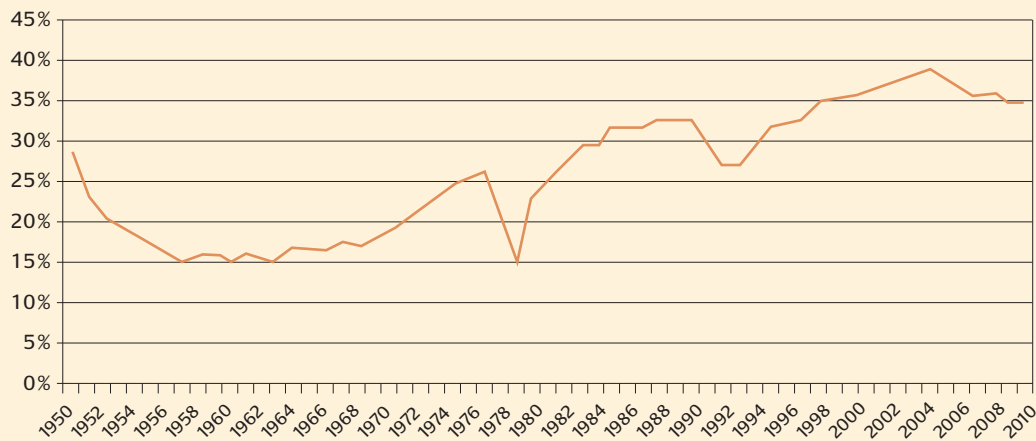
80 Prozent der Frauen und 78 Prozent der Männer wünschen sich, dass die Ehe ein Leben lang hält. Dennoch glaubt nur etwa die Hälfte der Befragten, dass die Ehe auf ein ganzes Leben ausgerichtet ist.<sup>49</sup> 2010 gab es insgesamt 532.790 Ehelösungen, das ist etwas mehr als im Vorjahr. Die meisten Ehen werden nach wie vor durch den Tod eines Partners gelöst. Dies war 2010 in 345.540 Ehen der Fall, 187.027 Ehen wurden gerichtlich geschieden („Ehescheidungen“), damit beträgt der Anteil an Ehescheidungen an allen Ehelösungen 35 Prozent

<sup>48</sup> BMFSFJ, 2011: Partnerschaft und Ehe. Entscheidungen im Lebensverlauf. Einstellungen, Motive, Kenntnisse des rechtlichen Rahmens, Datenbasis: Sinus Sociovision, 2.000 Befragte zwischen 18 und 60 Jahren.

<sup>49</sup> Ebd.

(Abbildung 23). Von den etwa 18,1 Millionen Ehen<sup>50</sup>, die 2010 bestanden, wurden 2010 gerade einmal ein Prozent gerichtlich geschieden und drei Prozent gelöst.<sup>51</sup>

**Abbildung 23: Anteil der Ehescheidungen an allen Ehelösungen, in Prozent**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2011

Bezogen auf die bestehenden Ehen wurden damit 2010 rund elf von 1.000 bestehenden Ehen geschieden. Während für 2009 noch der Ausspruch vom „verflixten siebten Jahr“ gilt, ist es für 2010 sowohl das „verflixte sechste Jahr“ als auch das „verflixte siebte Jahr“. Denn das sogenannte Scheidungsrisiko<sup>52</sup> war für Ehen mit einer Ehedauer von fünf bzw. sechs Jahren (also sechste bzw. siebte Ehejahr) 2010 am höchsten: Von 1.000 bestehenden Ehen mit einer Ehedauer von fünf bzw. sechs Jahren wurden 27 Ehen geschieden. 2008 war es ebenfalls das sechste Ehejahr (Abbildung 24). Das Scheidungsrisiko ist seit 1995 nach einer Ehedauer von fünf oder sechs Jahren stets am höchsten. Die durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung lag 2010 bei 14,2 Jahren. Zunehmend werden auch Ehen mit einer Ehedauer von mehr als 20 Jahren geschieden. So wurde 1991 bei 21 Prozent der Ehescheidungen eine Ehedauer von mehr als 20 Jahren ausgewiesen, 2010 waren es bereits 27 Prozent. 2010 waren bei der Scheidung Frauen im Durchschnitt 41,8 Jahre und Männer 44,7 Jahre alt.<sup>53</sup>

50 Da es keine Bestandszahlen zu allen Ehen in Deutschland gibt, wird die Anzahl der verheirateten Frauen herangezogen.

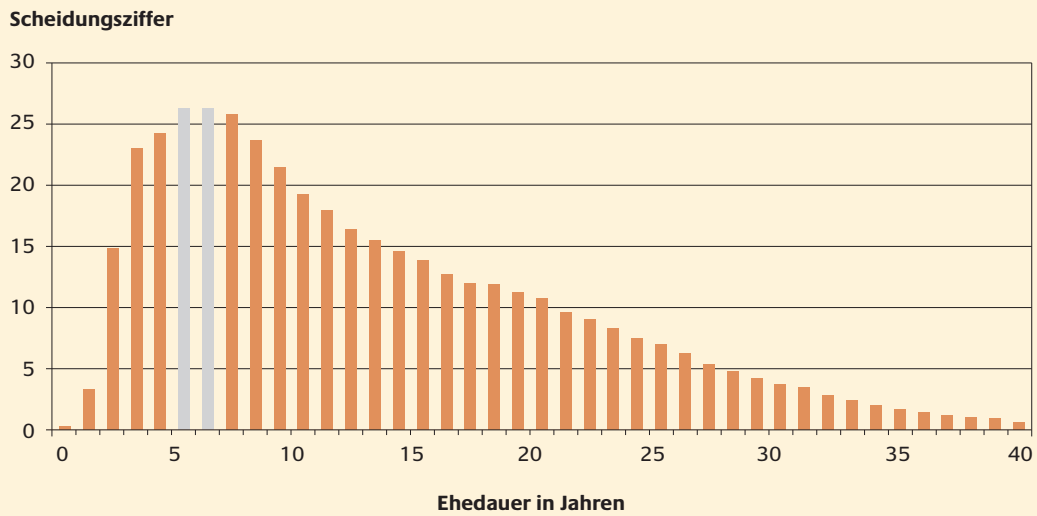
51 Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Ehescheidungen, Ehelösungen.

52 Das sogenannte „Scheidungsrisiko“ gibt die ehedauerspezifische Scheidungsziffer an: Sie zeigt die Geschiedenen eines Eheschließungsjahrgangs je 1.000 geschlossener Ehen des gleichen Jahrgangs an. Das bedeutet, dass von 1.000 Ehen, die 2003 geschlossen wurden (2009 = 6 Ehejahre), 28 wieder geschieden wurden.

53 Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Ehescheidungen, Maßzahlen.



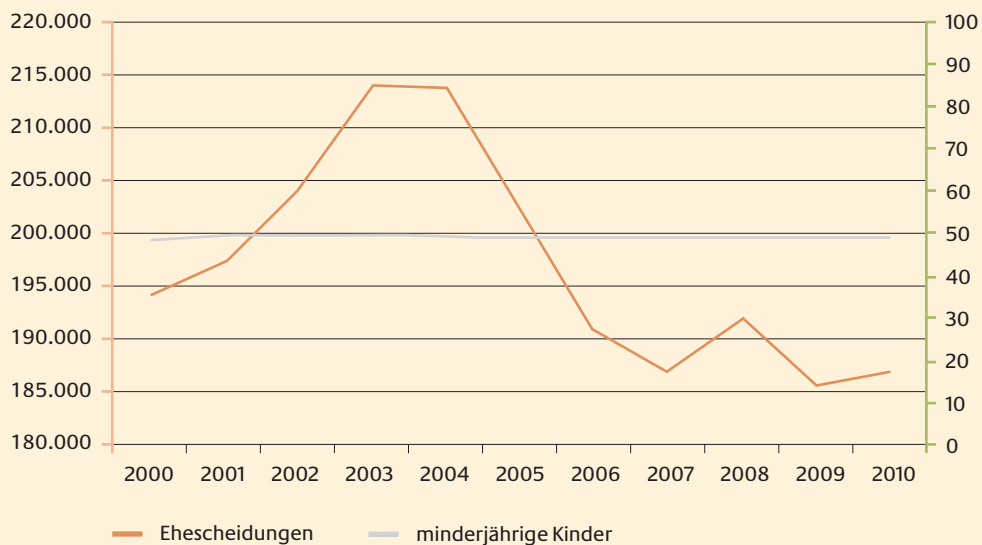
Abbildung 24: Ehedauerspezifische Scheidungsziffern 2010, Ehescheidungen je 1.000 Ehen gleicher Dauer



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2011: Ehedauerspezifische Scheidungsziffern

Seit 2000 sind bei der Hälfte aller Scheidungen gemeinsame minderjährige Kinder betroffen (Abbildung 25). Insgesamt waren 2010 91.455 gemeinsame minderjährige Kinder von Scheidungen betroffen. Das entspricht einem Rückgang um etwa drei Prozent.<sup>54</sup>

Abbildung 25: Gemeinsame minderjährige Kinder bei Ehescheidungen in Prozent und Anzahl der Ehescheidungen in Tausend, 2000–2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Statistik der Ehescheidungen

54 Ebd.

## 2.7 Kinderbetreuung

Der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung ist eine der wichtigsten Aufgaben wirksamer Familienpolitik. Laut Umfragen von 2008 bis 2010 sehen knapp drei Viertel der Bevölkerung eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung für Klein- sowie für Schulkinder als wichtigste Maßnahme für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.<sup>55</sup>

Etwa 80 Prozent der Eltern betreuen ihre Kinder im ersten Lebensjahr vollständig selbst. Danach nutzen die Eltern überwiegend auch andere Betreuungsmöglichkeiten.<sup>56</sup> In Deutschland wird fast ein Viertel der unter Dreijährigen (517.000) in einer Kindertageseinrichtung oder einer öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um rund 55.000 Kinder. Die Betreuungsquote der neuen Bundesländer liegt bei 49 Prozent. In den alten Bundesländern werden 20 Prozent der unter Dreijährigen tagsüber in einer Kita oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut.<sup>57</sup>

Zuständig für die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots sind die Länder und Kommunen. Das Angebot ist daher regional äußerst unterschiedlich. Bis heute besteht ein erhebliches Gefälle in der Angebotsstruktur zwischen den alten und den neuen Bundesländern (Abbildung 26). Im Vergleich der Bundesländer hat Sachsen-Anhalt die höchste Betreuungsquote – hier geht mehr als die Hälfte der Kinder in eine Kita. In Rheinland-Pfalz wird knapp jedes vierte Kind unter drei Jahren in einer Kindertagesstätte bzw. Kindertagespflege betreut.

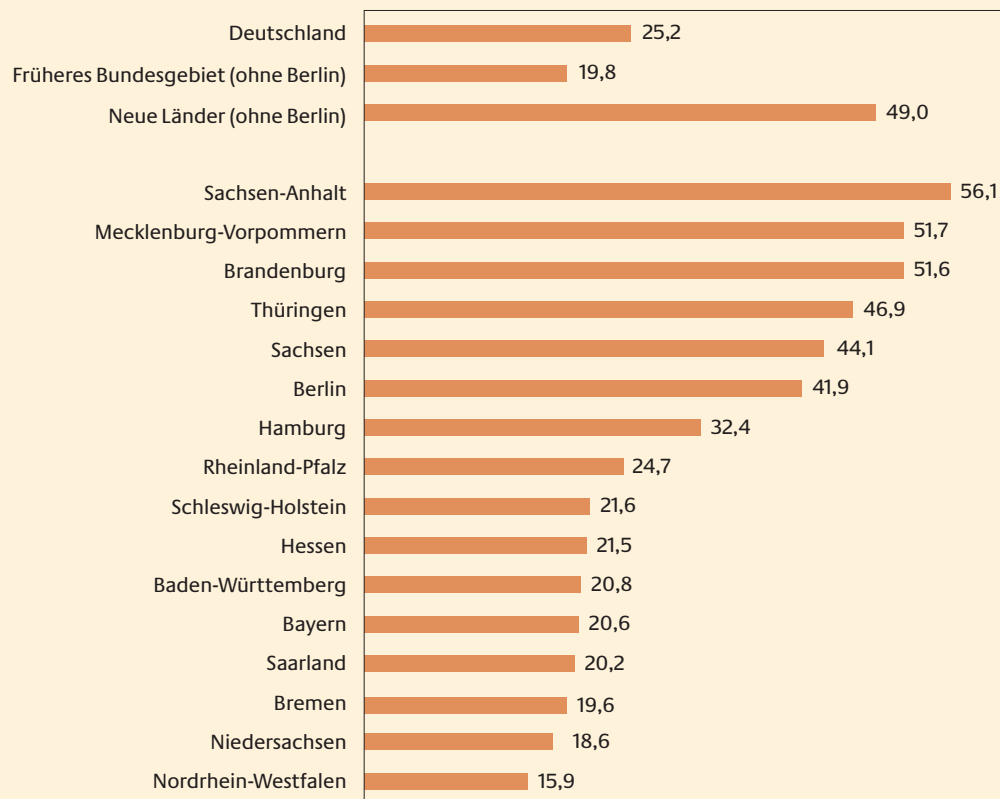
---

55 Institut für Demoskopie Allensbach: IfD-Umfrage Nr. 10023 vom Juli 2008, Nr. 10036 von 2009, Nr. 10053 vom April 2010.

56 BMFSFJ, 2011: Kinderbetreuung für alle Altersstufen – gute Beispiele aus der Praxis, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage.

57 Statistisches Bundesamt, 2011: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2011.

**Abbildung 26: Anteil von unter dreijährigen Kindern, die am 1. März 2011 in einer Kindertageseinrichtung oder einer öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut wurden (in Prozent)**



*Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2011*

In allen Bundesländern ist die Betreuungsquote für Kinder ohne Migrationshintergrund größer als für Kinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil (Abbildung 27).

Abbildung 27: Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren, mit und ohne Migrationshintergrund\*

Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren		
Bundesland	Kinder mit Migrationshintergrund	Kinder ohne Migrationshintergrund
Baden-Württemberg	13,2	20,8
Bayern	12,0	21,2
Berlin	28,8	50,4
Hamburg	17,7	35,8
Hessen	11,5	24,3
Niedersachsen	8,0	18,8
Nordrhein-Westfalen	8,7	17,4
Rheinland-Pfalz	15,7	21,9
Schleswig-Holstein	8,0	21,1
Deutschland	12,2	27,7

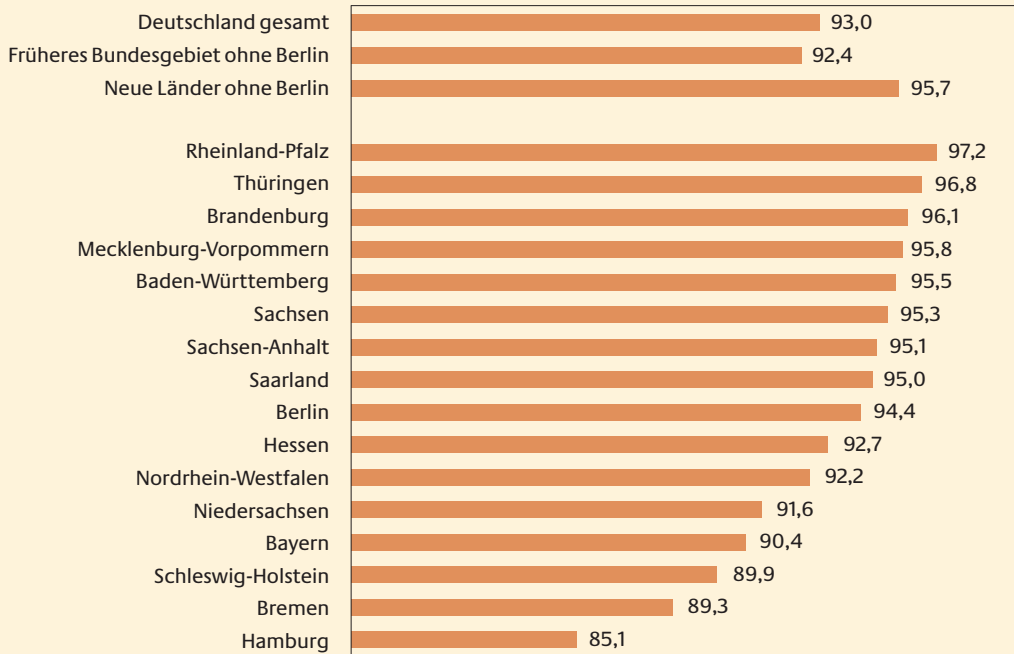
Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2011: Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme 2011

*\*Die Ergebnisse konnten nicht für alle Bundesländer dargestellt werden. Aufgrund zu schwacher Besetzungszahlen der interessierenden Altersgruppen in den übrigen Bundesländern werden migrationsspezifische Betreuungsquoten dort nicht nachgewiesen, da die hochgerechneten Werte unter 10.000 liegen und damit in ihrer Aussagekraft eingeschränkt sind. Grund hierfür ist, dass die Stichprobenbasis beim Mikrozensus Zufallsfehler bedingt und damit einen einfachen relativen Standardfehler, der umso größer wird, je schwächer ein Merkmal besetzt ist.*

Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege für bundesweit im Durchschnitt 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufzubauen. Zudem hat ab August 2013 jedes Kind ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung.

Jedes Kind hat in Deutschland ab Vollendung seines dritten Lebensjahres bis zu seinem Schuleintritt einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Dieser im Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) festgelegte Rechtsanspruch führt zu einer recht hohen Betreuungsquote bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren: Mehr als 1,9 Millionen Kinder dieser Altersgruppe, das sind 93 Prozent, wurden im März 2011 in einer Kindertageseinrichtung betreut (Abbildung 28).

**Abbildung 28: Anteil von drei- bis unter sechsjährigen Kindern, die am 1. März 2011 in einer Kindertageseinrichtung oder einer öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut wurden (in Prozent)**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2011

In der Altersgruppe der drei- bis sechsjährigen Kinder gehen mindestens neun von zehn Kindern in eine Kita. Von allen Kindern mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe gehen 86 Prozent in eine Kindertageseinrichtung (Abbildung 29).

**Abbildung 29: Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren, mit und ohne Migrationshintergrund\***

Betreuungsquote von Kindern im Alter zwischen 3 und 6 Jahren		
Bundesland	Kinder mit Migrationshintergrund	Kinder ohne Migrationshintergrund
Baden-Württemberg	96,4	94,1
Bayern	74,3	96,8
Berlin	86,6	98,4
Hamburg	77,3	87,3
Hessen	86,4	96,8
Niedersachsen	79,3	92,9
Nordrhein-Westfalen	91,1	92,1
Rheinland-Pfalz	91,6	99,0
Schleswig-Holstein	84,1	87,4
Deutschland	85,7	94,9

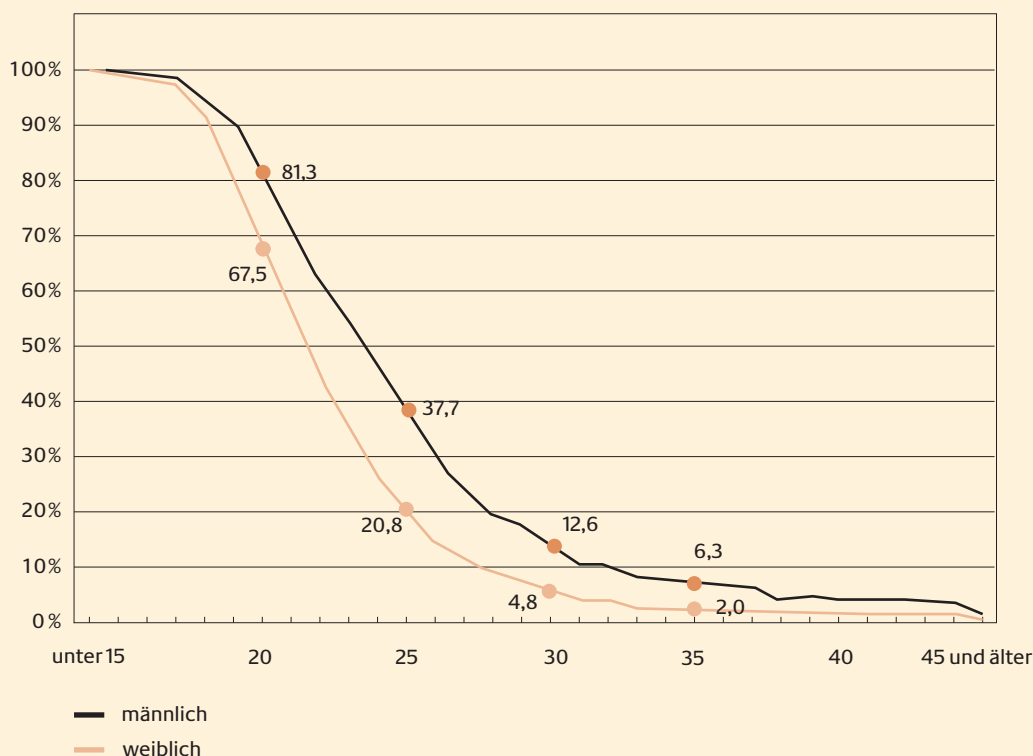
Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2011: Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme 2011

\*Die Ergebnisse konnten nicht für alle Bundesländer dargestellt werden. Aufgrund zu schwacher Besetzungszahlen der interessierenden Altersgruppen in den übrigen Bundesländern werden migrationsspezifische Betreuungsquoten dort nicht nachgewiesen, da die hochgerechneten Werte unter 10.000 liegen und damit in ihrer Aussagekraft eingeschränkt sind. Grund hierfür ist, dass die Stichprobenbasis beim Mikrozensus Zufallsfehler bedingt und damit einen einfachen relativen Standardfehler, der umso größer wird, je schwächer ein Merkmal besetzt ist.

## 2.8 Auszug aus dem Elternhaus

Insgesamt bleiben Männer länger im elterlichen Haushalt wohnen als Frauen. Von den Männern ist im Alter von 24 Jahren die Mehrheit bei ihren Eltern ausgezogen, bei den Frauen ist das im Alter von 22 Jahren der Fall (Abbildung 30).

**Abbildung 30: Kinder im elterlichen Haushalt 2010 nach Alter und Geschlecht in Prozent der Bevölkerung des jeweiligen Alters**



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011: Mikrozensus 2010

Auch im europäischen Vergleich leben Männer häufiger länger mit ihren Eltern zusammen als Frauen. Von den 25- bis 29-Jährigen lebt rund ein Viertel der Männer aus Estland noch im elterlichen Haushalt, in Malta sind es 80 Prozent der Männer. In derselben Altersgruppe haben über 90 Prozent der niederländischen Frauen den Haushalt ihrer Eltern bereits verlassen, in Italien lebt hingegen jede zweite Frau zwischen 25 und 29 Jahren mit ihren Eltern zusammen.<sup>58</sup> Generell scheinen junge Erwachsene aus den nördlichen und westlichen europäischen Staaten den elterlichen Haushalt früher zu verlassen als junge Frauen und Männer aus anderen Mitgliedsstaaten der EU.<sup>59</sup> Kulturelle Aspekte und damit verbundene Lebensvorstellungen können diese Unterschiede erklären, oft sind es aber auch finanzielle Gründe. In einer Umfrage aus dem Jahr 2001 gab die Mehrheit (67 Prozent) der jungen Erwachsenen in der EU materielle und finanzielle Schwierigkeiten als Hauptgrund an, nicht bei ihren Eltern auszuziehen.<sup>60</sup>

58 Demografie-Bericht der Europäischen Kommission, 2010, Zahlen von 2009, Eurostat 2010.

59 Europäische Kommission, 2010: Demografie-Bericht, S. 71 f.

60 Eurobarometer 151, 2001.

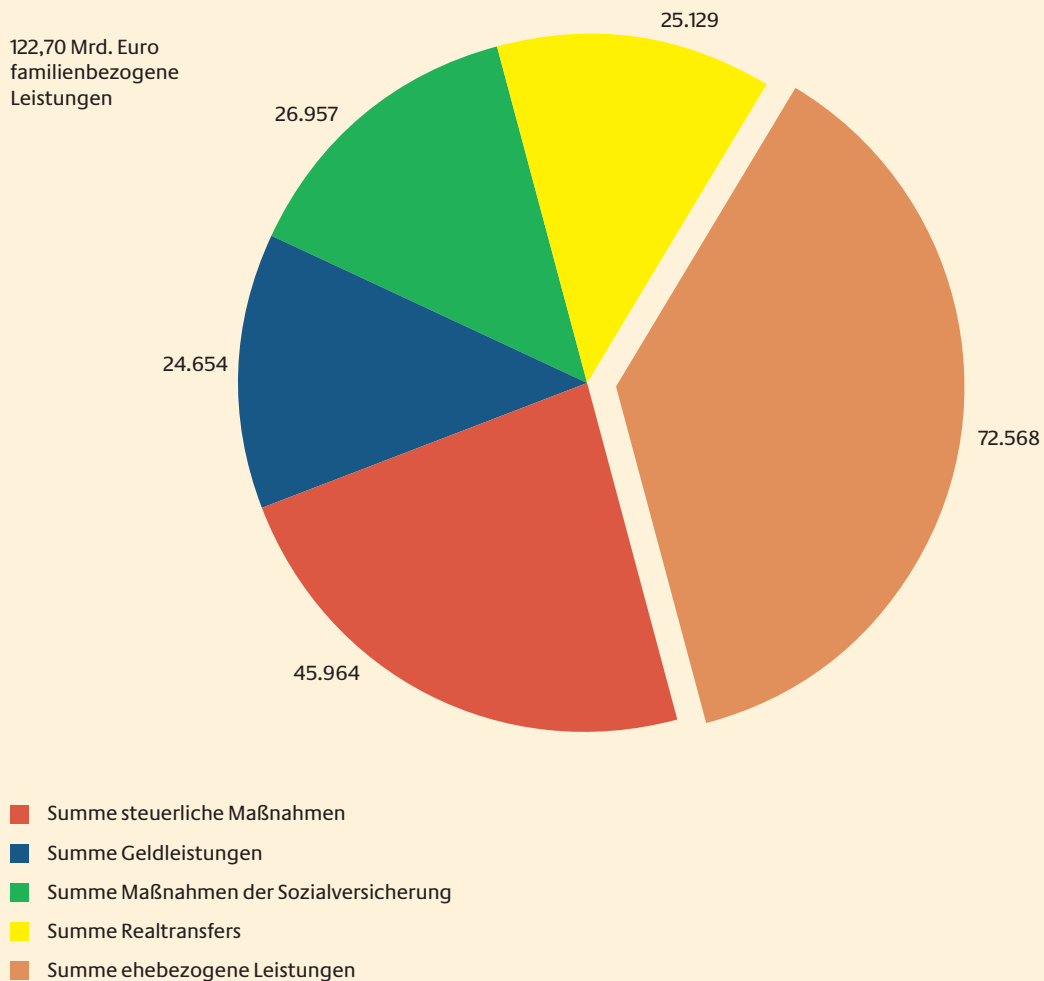


## Das Tableau der staatlichen Leistungen

Die Bestandsaufnahme der ehe- und familienbezogenen Leistungen für das Jahr 2009 weist 152 familienbezogene und acht ehebezogene Maßnahmen mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 195 Milliarden Euro aus. Die ehebezogenen Maßnahmen machen ungefähr 37 Prozent aus, die familienbezogenen Leistungen stehen mit rund 122,7 Milliarden Euro für den Großteil der Ausgaben. Von diesen können aber 53,7 Milliarden Euro als Familienförderung im engeren Sinne betrachtet werden, und rund 52,3 Milliarden Euro sind als weitgehend verfassungsrechtlich gebotener Familienlastenausgleich zu werten.

Die familienbezogenen Leistungen lassen sich nach Leistungsart bzw. Rechtsbereich in steuerliche Maßnahmen (rund 38 Prozent der familienbezogenen Leistungen), Geldleistungen (rund 20 Prozent), Leistungen der Sozialversicherungen (rund 22 Prozent) und Realtransfers (rund 20 Prozent) ordnen.

Abbildung 31: Finanztableau der ehe- und familienbezogenen Leistungen 2009



In allen Leistungsarten sind im Vergleich zum Jahr 2008 die Ausgaben gestiegen, wobei die Zuwächse stark differieren. So stehen die steuerlichen Leistungen mit einem Zuwachs von beinahe 11 Prozent an der Spitze. Hier schlagen sich das zum 1. Januar 2009 erhöhte Kindergeld und der zur Bewältigung der Wirtschaftskrise einmalig gewährte Kindergeldbetrag in Höhe von 100 Euro nieder. Das Kindergeld wird im laufenden Jahr als Steuervergütung ausgezahlt, sodass es unter den steuerlichen Leistungen in die Systematik eingeht. Es dient dazu, bei der Besteuerung der Eltern das Existenzminimum des Kindes steuerfrei zu belassen. Der Teil des Kindergeldes, der über diese verfassungsrechtlich gebotene Funktion der Steuerfreistellung hinausgeht, kann als Förderung der Familie betrachtet werden. An zweiter Stelle der Zuwächse folgen mit etwas mehr als 7 Prozent die Realtransfers. Hier schlägt sich der Ausbau der Kindertagesbetreuung mit mehr als 1,5 Milliarden Euro Steigerung nieder. Die Familienleistungen in den Sozialversicherungen haben sich um 5,5 Prozent erhöht. Neben der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern sind vor allem die für Familien erhöhten Leistungssätze im Arbeitslosengeld I und beim Kurzarbeitergeld für den Anstieg verantwortlich. Infolge der Wirtschaftskrise waren mehr Personen auf diese Lohnersatzleistungen angewiesen. Den geringsten Zuwachs unter den Familienleistungen erfuhren die Geldleistungen mit rund 2,5 Prozent. Hier zeigen sich vor allem die größere



Inanspruchnahme des Kinderzuschlags nach seiner Vereinfachung und Ausdehnung ab Oktober 2008 sowie die Verbesserungen beim Wohngeld. Im Vergleich zu den familienbezogenen Leistungen fällt die Steigerung bei den ehebezogenen Maßnahmen mit 0,2 Prozent deutlich geringer aus.

### 3.1 Zielgenauigkeit und Akzeptanz des Leistungssystems

Die oben vorgenommene Systematisierung der Familienleistungen erfolgte anhand unterschiedlicher Leistungsarten bzw. Rechtsbereiche. Sie eignet sich, um Transparenz innerhalb der umfassenden Bestandsaufnahme herzustellen. Für die Familien ist jedoch entscheidend, dass die Familienleistungen sie wirksam und nachhaltig unterstützen. Die Familienpolitik hat als wesentliche Ziele die wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe der Familien, die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Wohlergehen und die Förderung der Kinder und die Verwirklichung von Kinderwünschen definiert.

Betrachtet man die Familienleistungen aus der Perspektive der genannten Zielsetzungen, wird ersichtlich, warum es einige universelle Leistungen und eine Vielzahl von speziellen Leistungen geben muss. Die allgemeinen Leistungen, wie etwa das Kindergeld, das Elterngeld zu Beginn der Elternschaft, die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der gesetzlichen Krankenversicherung oder die Anrechnung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Förderung der Kindertagesbetreuung stehen grundsätzlich jeder Familie zu. Mit diesen Leistungen werden Familien im Vergleich zu Kinderlosen in allen Zielen der Familienpolitik unterstützt. Diese allgemeinen Familienleistungen erreichen allein schon aufgrund der Vielzahl der Anspruchsberechtigten die größten fiskalischen Volumina.

Neben diesen großen Familienleistungen existiert eine Vielzahl fiskalisch bedeutend kleinerer Leistungen, die zielgruppenspezifisch für einzelne Familientypen bestimmte Lebensphasen und Lebensumstände berücksichtigen und für die Familien daher von besonderer Bedeutung sind.

So wird der Kinderzuschlag Eltern gewährt, die zwar ihren eigenen Bedarf durch Erwerbseinkommen grundsätzlich bestreiten können, aber nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um den Bedarf ihrer Kinder zu decken. Damit trägt der Kinderzuschlag dazu bei, Eltern in der Erwerbstätigkeit zu halten, den Bezug von Arbeitslosengeld II zu vermeiden und damit langfristig das Armutsrisiko der Familien zu verringern. Evaluierungen haben gezeigt, dass der Kinderzuschlag eine hohe Akzeptanz genießt und er vor allem kinderreiche Familien erreicht.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket, das seit Anfang des Jahres 2011 rund 2,5 Millionen Kindern zusteht, die entweder Leistungen der Grundsicherung erhalten oder Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, wurde den monetären Leistungen erstmals ein neues Element hinzugefügt, das durch seine Zweckbindung eine besonders zielgenaue Wirkung möglich macht: Es fördert die soziale Teilhabe der Kinder entlang der altersspezifischen Bedürfnisse.

Mit dem Entlastungsbetrag für Alleinerziehende werden im Einkommensteuerrecht die Doppelbelastung durch Erwerbs- und Familienarbeit berücksichtigt. Zudem werden Alleinerziehende durch den Unterhaltsvorschuss unterstützt, wenn die oder der Unterhaltspflichtige nicht oder nur unzureichend ihrer oder seiner Unterhaltspflicht nachkommt. Die um sieben Prozentpunkte höhere Lohnersatzrate des Arbeitslosengeldes I (67 Prozent statt 60 Prozent) verringert für Familien den Einkommensverlust beim Eintritt von Arbeitslosigkeit.

Die Ziele und die auf sie ausgerichteten Instrumente belegen den Investitionscharakter moderner Familienpolitik.<sup>61</sup> So schafft eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Voraussetzung für die eigenständige wirtschaftliche Stabilität der Familien und sichert zugleich ein ausreichendes Arbeits- und Fachkräftepotenzial. Die Förderung der Kinder und ihrer sozialen Teilhabe kommen allen zugute. Das Bundesfamilienministerium unterzieht Elterngeld und Kinderzuschlag regelmäßig einem Monitoring. Die dabei bisher erzielten Ergebnisse haben bereits erfolgreich zur gesetzlichen Weiterentwicklung beigetragen, die die Wirksamkeit der Leistungen erhöht haben.

Mit der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Bundesministerium der Finanzen 2009 in Auftrag gegeben haben, erfolgt derzeit erstmals eine systematische und umfassende Analyse der Wirkungen verschiedener Leistungen im Hinblick auf übergreifende familienpolitische Ziele. Ihre Ergebnisse werden 2013 vorliegen.

### 3.2 Deutschland im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich zeigt Deutschland gute Ergebnisse bei der Reduzierung von Armutsrisiken von Kindern und der Ausgestaltung der Elternzeitregelung – insbesondere hinsichtlich der Inanspruchnahme durch Väter.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen der 34 Mitgliedstaaten miteinander verglichen und ihre Ergebnisse unter dem Titel „Doing Better for Families“ veröffentlicht.<sup>62</sup> Die in diesem Abschnitt verwendeten Daten beziehen sich dabei ausschließlich auf Ergebnisse der OECD-Studie. Die Angaben der OECD weichen jedoch von den übrigen Daten in diesem Kapitel zum Teil erheblich ab, weil sich die OECD zum einen auf alte Daten, aus 2007 und älter, stützt und zum anderen eine andere – und nicht immer transparente – Abgrenzung der familienbezogenen Leistungen verwendet als die umfassende Bestandsaufnahme

---

61 Bothfeld et al., 2011: Familienpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Lehren aus dem internationalen Vergleich, z. B. S. 4.

62 OECD, 2011: Doing Better for Families.

me, die oben vorgestellt wurde.<sup>63</sup> Weiterhin gibt es auch zwischen den Daten von Eurostat und denen der OECD Abweichungen.<sup>64</sup> Daher ist die Vergleichbarkeit zu den nationalen Daten eingeschränkt. Gleichwohl können die OECD-Daten einen Eindruck von Deutschland im internationalen Vergleich vermitteln.

Nach den Ergebnissen der OECD-Studie betragen im Jahr 2007 die öffentlichen Ausgaben für Familienleistungen, die sich aus Geld-, Sachleistungen und steuerlichen Vergünstigungen zusammensetzen, im gesamten OECD-Raum durchschnittlich 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die höchsten Werte erzielten die Länder Frankreich und Großbritannien. Dort betrug der Anteil der öffentlichen Ausgaben für familienbezogene Leistungen mehr als 3,5 Prozent des BIP. Mit einem Anteil von etwa 2,8 Prozent lag Deutschland im oberen Mittelfeld (s. Abbildung 32). In den meisten OECD-Ländern entfiel der überwiegende Teil der öffentlichen Ausgaben für Familien und deren Kinder auf die Bereitstellung von Geldleistungen. So lag die Quote in Ländern wie Luxemburg, Irland und Estland bei über 70 Prozent. In den Ländern Frankreich, Deutschland, Schweden und Spanien betrug der Anteil der Geldleistungen an der Gesamtzahl öffentlicher Ausgaben weniger als 40 Prozent.<sup>65</sup> Deutschland setzte stärker als alle anderen OECD-Länder auf steuerliche Vergünstigungen.<sup>66</sup> Im OECD-Durchschnitt betrug der Anteil familienbezogener Steuererleichterungen an allen Familienleistungen zehn Prozent, dagegen erhielten die Familien in Deutschland ein Drittel aller Leistungen über das Steuersystem.<sup>67</sup>

---

63 Nach Angaben der OECD richten sich die in der Studie einbezogenen öffentlichen Leistungen ausschließlich an Familien (z. B. Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeldregelungen und betreuungsbezogene Leistungen). Öffentliche Ausgaben im Bereich Gesundheit und Haushalt werden in der Studie hingegen nicht erfasst. Angaben zu steuerlichen Vergünstigungen für Familien aus Ländern wie Ungarn, Griechenland und Estland fehlen. Darüber hinaus lassen sich aus den OECD-Daten keine weiteren Informationen herleiten, die angeben, welche Leistungen in den jeweiligen Ländern konkret für die Studie herangezogen worden sind und welche nicht. Die Beschreibung der öffentlichen Ausgaben für Familienleistungen im OECD-Raum bleibt somit vage. Vgl. OECD, 2011: Doing Better for Families, S. 40.

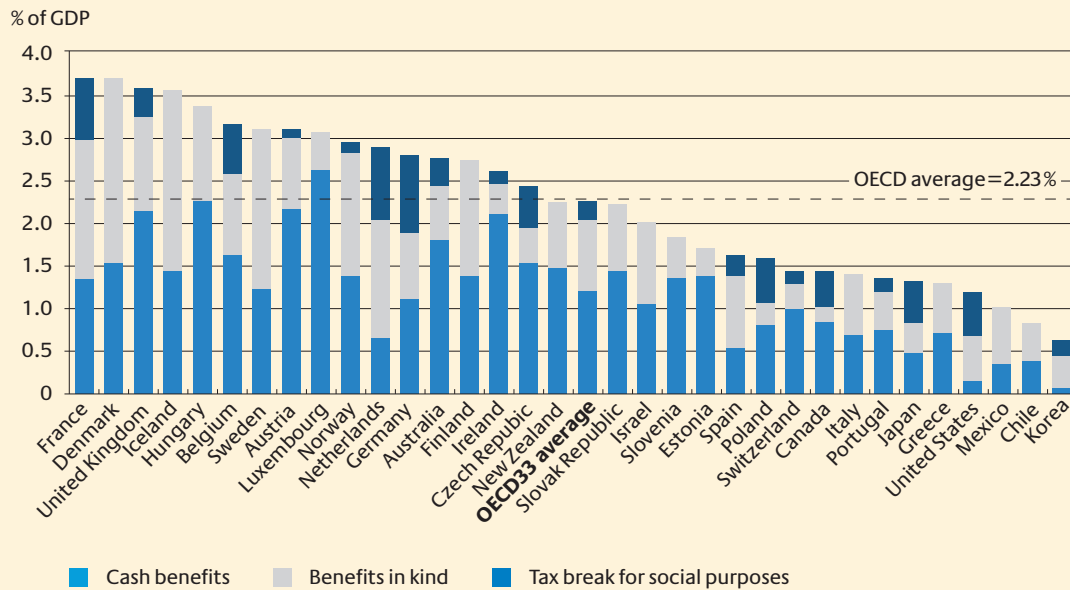
64 Nach Ergebnissen der OECD lag im Jahr 2007 der Anteil der Personen unter 18 Jahren, die in Haushalten leben, deren verfügbares äquivalenzgewichtetes Einkommen weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens entspricht, bspw. bei 1,8 Prozent. Demgegenüber betrug der Anteil nach den Daten von Eurostat 5,4 Prozent. Vgl. Eurostat:  
<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do>, Zugriff am 04.07.2011 bzw. OECD, 2011: Doing Better for Families, S. 176.

65 OECD, 2011: Doing Better for Families, S. 40.

66 OECD Family Database, 2011: PF1.1: Public spending on family benefits, vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/45/46/37864391.pdf>, S. 2, Zugriff am 27.06.2011.

67 OECD, 2011: Doing Better for Families Germany, vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/61/47/47700996.pdf>, Zugriff am 24.06.2011.

Abbildung 32: Öffentliche Ausgaben für Familienleistungen in den OECD-Ländern (2007)



Note: Public support accounted here only concerns public support that is exclusively for families (e.g. child payments and allowances, parental leave benefits and childcare support). Spending in other social policy areas such as health and housing support also assists families, but not exclusively, and is not included here. Data on tax breaks towards families is not available for Chile, Estonia, Greece, Hungary, Israel and Slovenia. Coverage of spending on family services (including childcare) may be limited as such services are often provided, and/or co-financed, by local governments. This can make it difficult to get an accurate view of public support for families across, especially but not exclusively, in federal countries.

Data missing for Turkey. Data in tax breaks towards families are not available for Chile, Estonia, Greece, Hungary, Israel and Slovenia.

1. Cash benefits include family allowance, maternity and paternity leave and other cash benefits.

2. Services include day-care/home-care help service and other benefits in kind.

Source: OECD (2010f), Social Expenditure Database; and Adema, Fron and Ladaique (2011).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932392647>

Quelle: OECD, 2011: *Doing Better for Families*

Neben den Angaben über die finanzielle Größenordnung der familienbezogenen Ausgaben in den Mitgliedsländern stellt die OECD auch für die Familienpolitik relevante Indikatoren zur Lebenssituation von Familien vergleichend nebeneinander. Dabei erlauben die Gegenüberstellungen jedoch keine Ableitung von Wirkungszusammenhängen.

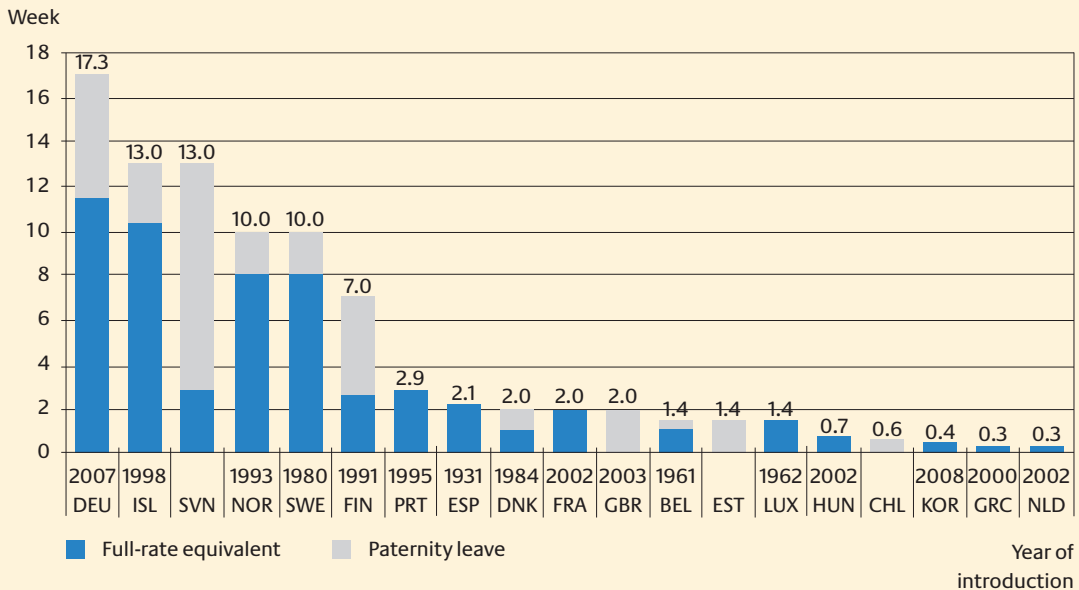
Im Hinblick auf die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird die deutsche Elterngeld- und Elternzeitregelung positiv hervorgehoben. Bei der Inanspruchnahme durch Väter belegt Deutschland im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz. Nach Ergebnissen der Studie schafft die deutsche Ausgestaltung Anreize, Väter stärker in die frühkindliche Betreuung einzubinden und ihren Partnerinnen damit die Rückkehr bzw. den Einstieg in die Erwerbstätigkeit zu erleichtern.<sup>68</sup> Darüber hinaus nehmen deutsche Väter mit durchschnittlich 17,3 Wochen mit Abstand am längsten Elternzeit in Anspruch.<sup>69</sup> Es wird erwartet, dass sich die Beschäftigungszahlen von Müttern in Deutschland u. a. durch die Elternzeitregelungen zukünftig weiter erhöhen werden (Abbildung 33).

68 Ebd.

69 Vgl. OECD, 2011: *Doing Better for Families*, S. 137.

Abbildung 33: Dauer der von Vätern in Anspruch genommenen Elternzeit in Wochen (2008)

Weeks of leave entitlements for fathers, 2008



Note: Estimates of the weeks' entitlements include paternity leave and father-specific "quotas" in parental leave entitlements.

Source: See Figure 4.1.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932393255>

Quelle: OECD, 2011: *Doing Better for Families*

Allerdings lag im Jahr 2009 die Fertilitätsrate in Deutschland mit 1,36 Kindern pro Frau deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 1,76.<sup>70</sup> Nach Ansicht der OECD müssen Maßnahmen, die Eltern unterstützen, ihre Kinderwünsche zu realisieren, auf Dauer angelegt sein. Die Notwendigkeit einer verlässlichen Familienpolitik folgt nicht zuletzt aus der Erkenntnis, dass sich der Wunsch nach Kindern und dessen Erfüllung nicht monokausal erklären und gar an einzelnen Familienleistungen festmachen lassen. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen insgesamt das Leben mit Kindern als gewinnbringend erwarten lassen und die Zuversicht in ein gelingendes Familienleben stärken. Die Einführung oder Anhebung von Geldleistungen kann zwar einen vorübergehenden positiven Effekt auf die Fertilitätsrate in einem Land haben, jedoch werden umfassende Investitionen in formale Kinderbetreuungsdienste langfristig als effektiver angesehen.<sup>71</sup> Zudem ist in den meisten Ländern der OECD seit einigen Jahren eine zeitliche Verschiebung der Mutterschaft zu beobachten. Frauen bekommen ihr erstes Kind immer später. Nach den Ergebnissen der OECD lag das Durchschnittsalter der erstgebärenden Frauen in Deutschland bei 30 Jahren, der OECD-Durchschnitt bei 27,8.

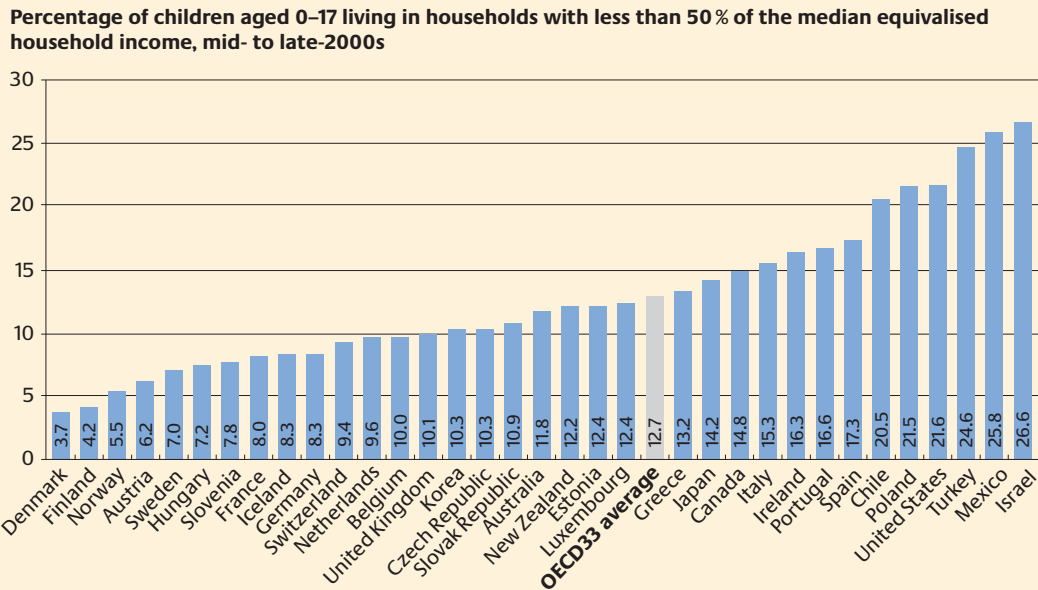
Zu den guten Rahmenbedingungen gehört auch die Erwartung, nicht allein durch die Geburt eines (weiteren) Kindes in Armut zu geraten. Nach Definition der OECD gelten Kinder als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren verfügbares äquivalenzgewichtetes Ein-

70 OECD, 2011: *Doing Better for Families Germany*, vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/61/47/47700996.pdf>, Zugriff am 24.06.2011.

71 OECD, 2011: *Doing Better for Families*, S. 13.

kommen weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens eines gegebenen Landes entspricht.<sup>72</sup> Durch das hohe finanzielle Gesamtförderniveau für Familien in Deutschland gelingt es, die Kinderarmutsquote bei 8,3 Prozent zu halten. Damit liegt sie rund ein Drittel unter dem OECD-Durchschnitt von 12,7 Prozent und lässt Deutschland einen der vorderen Plätze im internationalen Vergleich belegen.<sup>73</sup> Die niedrigsten Kinderarmutsquoten im gesamten OECD-Raum erzielen mit Werten zwischen 3,7 Prozent und 5,6 Prozent die skandinavischen Länder Dänemark, Finnland und Norwegen<sup>74</sup> (Abbildung 34).

**Abbildung 34: Kinderarmutsquote – Anteil der Kinder unter 18 Jahren (Mitte bis späte 2000er)**



1. Most recent data is 2008 for Germany, Israel, Italy, Korea, Mexico, the Netherlands, New Zealand, Norway and the United States; 2007 for Canada, Denmark and Hungary; 2006 for Chile, Estonia, Japan and Slovenia; 2005 for France, Ireland, Switzerland and the United Kingdom; 2004 for Australia, Austria, Belgium, the Czech Republic, Finland, Greece, Iceland, Luxembourg, Poland, Portugal, the Slovak Republic, Spain and Turkey.

Source: Provisional data from OECD (2010a), Income Distribution Questionnaires.

StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/8888932393464>

Quelle: OECD, 2011: *Doing Better for Families*

Nach Einschätzung der OECD hat in den vergangenen Jahren die Mehrheit der OECD-Länder Maßnahmen ergriffen, um das Wohlergehen von Eltern und Kindern nachhaltig zu erhöhen. Dazu zählen die Bereitstellung von familienunterstützenden Dienstleistungen und Transfers. Sie sind nach Aussage der OECD wichtige Instrumente, um berufliche und familiäre Wünsche miteinander in Einklang zu bringen und zu verwirklichen.<sup>75</sup> Insbesondere vor dem Hintergrund der Zunahme der Erwerbstätigkeit beider Elternteile und der steigenden Zahl atypischer Beschäftigungsformen fördern die haushaltsnahen Dienstleistungen die Möglichkeiten für Familien und Alleinerziehende, mehr Zeit miteinander zu

72 OECD, 2009: *Gesellschaft auf einen Blick 2009*, S. 100.

73 OECD, 2011: *Doing Better for Families Germany*, vgl. <http://www.oecd.org/dataoecd/61/47/47700996.pdf>, Zugriff am 24.06.2011.

74 OECD, 2011: *Doing Better for Families*, S. 176.

75 OECD, 2011: *Multilingual Summaries. Doing Better for Families. Summary in German*, S. 6.

verbringen.<sup>76</sup> Durch sie wird die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen können, nachhaltig erhöht. Eine gelungene Zeiteinteilung führt insgesamt zu steigendem Wohlbefinden, und die gemeinsamen Aktivitäten der Familie fördern die Entwicklung des Kindes.<sup>77</sup> Darüber hinaus unterstützt ein gutes Angebot an familienunterstützenden Dienstleistungen die Erwerbstätigkeit von Müttern.<sup>78</sup>

### 3.3 Perspektiven

Das fiskalische Volumen einzelner Leistungen sowie die Ausgaben für Familienleistungen insgesamt hängen nicht nur von der Ausgestaltung der Leistung durch den Gesetzgeber ab, sondern unterliegen stark wirtschaftlichen und demografischen Einflüssen. So wird die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2010 um 20 Euro je Kind und Monat die demografisch bedingte Verringerung dieser Ausgabenposition aufgrund abnehmender Zahlen von Anspruchsberechtigten deutlich übersteigen, sodass diese Position im Leistungstableau für das nächste Jahr anwachsen wird. Ebenso wird sich die durch das Steuervereinfachungsgesetz verbesserte Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ab 2012 in einem Anstieg der Ausgaben um rund 60 Millionen Euro niederschlagen. Auch die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder im SGB II sowie im Kinderzuschlag oder mit Wohngeldbezug rückwirkend zum 1. Januar 2011 wird in das Tableau aufgenommen.

Die Höhe dieser Ausgaben wird dabei stark prozyklisch mit der wirtschaftlichen Lage schwanken. Denn in Zeiten mit geringer Arbeitslosigkeit und steigenden Einkommen sind nur wenige Familien auf Leistungen der Grundsicherung oder unterstützende Familienleistungen angewiesen, sodass die Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket tendenziell geringer ausfallen als in schlechten konjunkturellen Zeiten. Die Ausgaben für die 4.000 Schwerpunkt-Kitas, in denen die Kinder in ihren Kita-Alltag integrierte und altersgerechte Sprachförderung erfahren, dürften hingegen von Wirtschaft und Demografie kaum beeinflusst werden. Hier fördert der Bund mit insgesamt 400 Millionen Euro bis 2014 gezielt kleine Kinder, um ihnen einen gelungenen Start in ein Leben mit fairen Chancen zu ermöglichen.

Diese Ausgabensteigerungen werden in den folgenden Bestandsaufnahmen dokumentieren, dass es der Bundesregierung mit den Investitionen in Familien ernst ist. Die soziale Teilhabe der Familien sowie die Förderung der Kinder sind zentrale Bestandteile moderner Familienpolitik.

---

76 BMFSFJ, 2009: Memorandum Familie leben. Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik, S. 72.

77 Ebd., S. 17.

78 BMFSFJ, 2007: Familienunterstützende Dienstleistungen. Internationale Benchmarking-Studie, S. 2.

# IV.

## Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

### 4.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Handlungsfeld

Aus Sicht der Bevölkerung gehört die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den dringlichen politischen Aufgaben. Auch konkret befragt nach der wichtigsten Aufgabe der Familienpolitik, nennen 69 Prozent der Bevölkerung und 78 Prozent der Eltern die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zentrale Bedürfnisse von Eltern sind dabei bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote und mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung. Entsprechend erwartet die Bevölkerung auf diesem Feld gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft. Über 90 Prozent finden es wichtig oder sogar sehr wichtig, dass sich der Staat und Unternehmen gemeinsam engagieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Lediglich 21 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, dass sich Familie und Beruf in Deutschland schon gut vereinbaren lassen. 58 Prozent finden, die Vereinbarkeit sei „nicht so gut“. Gerade Eltern von Kindern unter 18 Jahren, die hier mehrheitlich über eigene Erfahrungen verfügen und auch die Vereinbarkeitsprobleme von Freundinnen bzw. Freunden und Verwandten kennen, steht ein eher schwieriges Miteinander von Familie und Beruf vor Augen. Von ihnen bewerten zwei Drittel die Vereinbarkeit als nicht so gut (67 Prozent). Insbesondere die beruflich stark eingespannten Väter beurteilen zu 73 Prozent die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als schlecht. Damit ist das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales politisches Handlungsfeld auch bei den Vätern angekommen.<sup>79</sup>

### 4.2 Arbeitszeiten von Müttern und Vätern: Taktgeber für das Familienleben

Familiengründung und Kinder beeinflussen insbesondere bei den Frauen das Erwerbsverhalten. So schränken die Mütter bis zum Alter von 30 Jahren ihre Berufstätigkeit merklich ein. Besonders deutlich ist dies bei 21- bis 30-jährigen Müttern, also zu Beginn der „aktiven Familienphase“, zu beobachten. Beispielsweise sind 79 Prozent der 28-jährigen Frauen ohne Kind, dagegen nur 37 Prozent der gleichaltrigen Mütter „aktiv“ erwerbstätig. Während Frauen ohne Kind im Alter zwischen 33 und 37 Jahren mit 81 Prozent die höchste

---

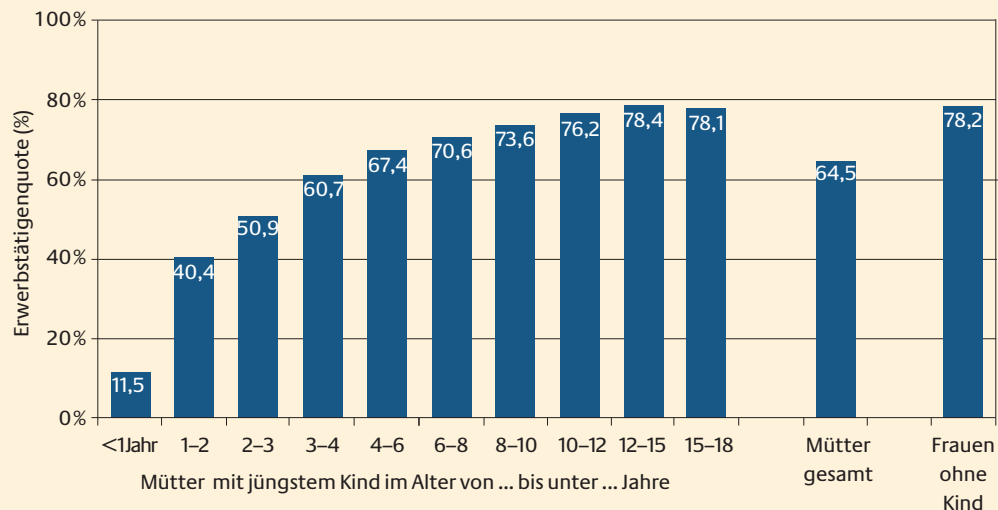
79 IfD Allensbach, 2011: Monitor Familienleben 2011.



Erwerbstätigenquote aufweisen, erreichen die Mütter die höchste Erwerbstätigenquote von 72 Prozent erst im Alter von 48 beziehungsweise 49 Jahren.<sup>80</sup>

Nach der aktiven Familienphase nähern sich die Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne (78,2 Prozent) und mit Kind(ern) einander wieder an. Die Erwerbstätigenquote der Mütter insgesamt liegt bei 64,5 Prozent.

**Abbildung 35: Erwerbstätigenquote (ausgeübte Erwerbstätigkeit<sup>81</sup>) von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes sowie von Frauen ohne minderjähriges Kind, Deutschland 2010, in Prozent**



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s11146, Berechnung Prognos AG. Bei den Frauen ohne Kind sind ausschließlich Frauen im Alter von 20 bis unter 55 Jahren berücksichtigt.

Bei den Männern verhält es sich anders. So sind Väter durchgängig häufiger erwerbstätig als Männer ohne Kind im Haushalt. Dies dürfte einerseits darin begründet sein, dass die Entscheidung für eine Familie grundsätzlich auch eine ökonomische ist und die Erwerbstätigkeit eine zentrale Voraussetzung hierfür zu sein scheint. Andererseits lassen sich die Unterschiede zwischen Vätern und Männern ohne Kind aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur erklären. So sind unter den Männern ohne Kind überdurchschnittlich viele junge Auszubildende, Schüler und Studenten, die (noch) kein Kind haben, sowie überdurchschnittlich viele ältere Männer im Ruhestand, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben.

Mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes steigt die Erwerbstätigenquote der Mütter deutlich an. Mit der Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland

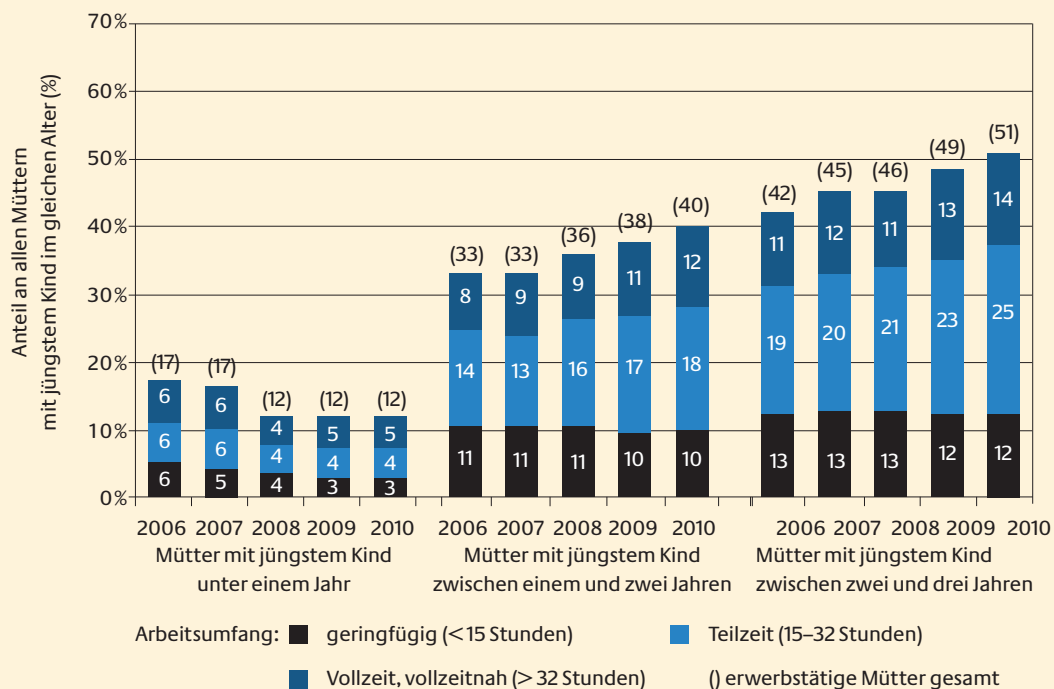
<sup>80</sup> Statistisches Bundesamt, 2010: Mikrozensus 2009. Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

<sup>81</sup> Mit Hilfe der Definition „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

lebenden Mütter die Berufstätigkeit auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. 40,4 Prozent der Mütter, deren jüngstes Kind sich im zweiten Lebensjahr befindet, sind allerdings 2010 bereits wieder erwerbstätig. Mütter, deren jüngstes Kind das Kindergartenalter erreicht hat (drei bis vier Jahre), sind bereits zu 60,7 Prozent erwerbstätig. Mit dem Eintritt in die Schule nimmt der Anteil der erwerbstätigen Mütter weiter zu (70,6 Prozent).

Insbesondere mit Blick auf die Zahlen der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter drei Jahren wird deutlich, dass die zielgenaue Weiterentwicklung der Familienleistungen Wirkung zeigt: Zum einen nehmen mehr Mütter den durch das Elterngeld angebotenen Schonraum des ersten Jahres nach der Geburt ihres Kindes an und sind ganz für ihre Kinder da. Mit Hilfe des zunehmenden Engagements der Väter und des stetigen Ausbaus der Kinderbetreuung gelingt zudem einer wachsenden Zahl an Müttern der berufliche Wiedereinstieg.

**Abbildung 36: Erwerbstätige Mütter (ausgeübte Erwerbstätigkeit<sup>82</sup>) mit Kindern unter drei Jahren nach Arbeitszeitmuster, Deutschland, 2006–2010, in Prozent**



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s11146, Berechnung Prognos AG. Bei den Frauen ohne Kind sind ausschließlich Frauen im Alter von 20 bis unter 55 Jahren berücksichtigt.

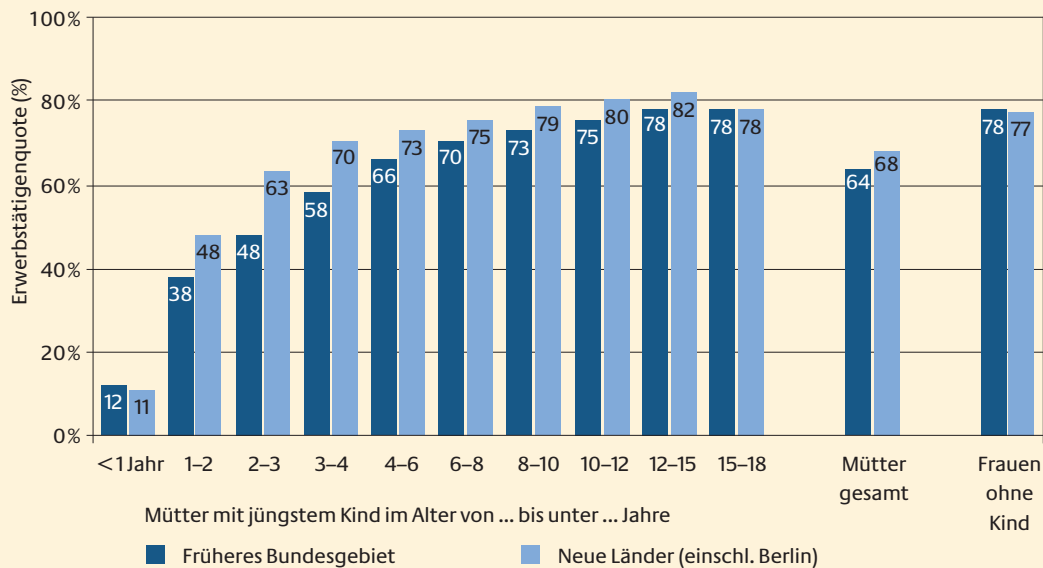
Nicht nur der Beteiligungsgrad, sondern auch der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern hängt wesentlich vom Alter ihrer Kinder ab. Generell ist Teilzeitarbeit unter Frauen deutlich stärker verbreitet als unter Männern. So arbeiten insgesamt rund 70 Prozent der erwerbstätigen Mütter im Alter von 15 bis 64 Jahren auf Teilzeitbasis, bei den Vätern hingegen sind es lediglich 6 Prozent.

82 Mit Hilfe der Definition „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

80 Prozent der teilzeittätigen Mütter schränken ihren Beschäftigungsumfang wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen ein. Bei Vätern spielt dieses Motiv mit 23 Prozent eine eher untergeordnete Rolle. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der teilzeittätigen Väter schränkt ihren Beschäftigungsumfang dagegen notgedrungen ein, weil eine Vollzeitätigkeit nicht zu finden war. Gut ein Viertel (28 Prozent) der teilzeittätigen Väter gibt andere Gründe an, zum Beispiel Krankheit oder Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.<sup>83</sup>

Sowohl das Arbeitsmarktverhalten als auch die Einstellungen zur Erwerbsarbeit unterscheiden sich in West- und Ostdeutschland zum Teil deutlich. Im Westen wird die Berufstätigkeit von Müttern traditionell anders gesehen als im Osten. Die ausgeprägte Erwerbsorientierung ostdeutscher Mütter zeigt sich an der höheren Erwerbstätigenquote (68 Prozent gegenüber 64 Prozent), vor allem aber an ihrer höheren Vollzeitquote (53 Prozent gegenüber 23 Prozent). Dazu trägt auch die im Osten besser ausgebauten Kinderbetreuung bei.

**Abbildung 37: Erwerbstätigenquote (ausgeübte Erwerbstätigkeit<sup>84</sup>) von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes sowie von Frauen ohne minderjähriges Kind, früheres Bundesgebiet und neue Länder, 2010, in Prozent**



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s11146, Berechnung Prognos AG. Bei den Frauen ohne Kind sind ausschließlich Frauen im Alter von 20 bis unter 55 Jahren berücksichtigt.

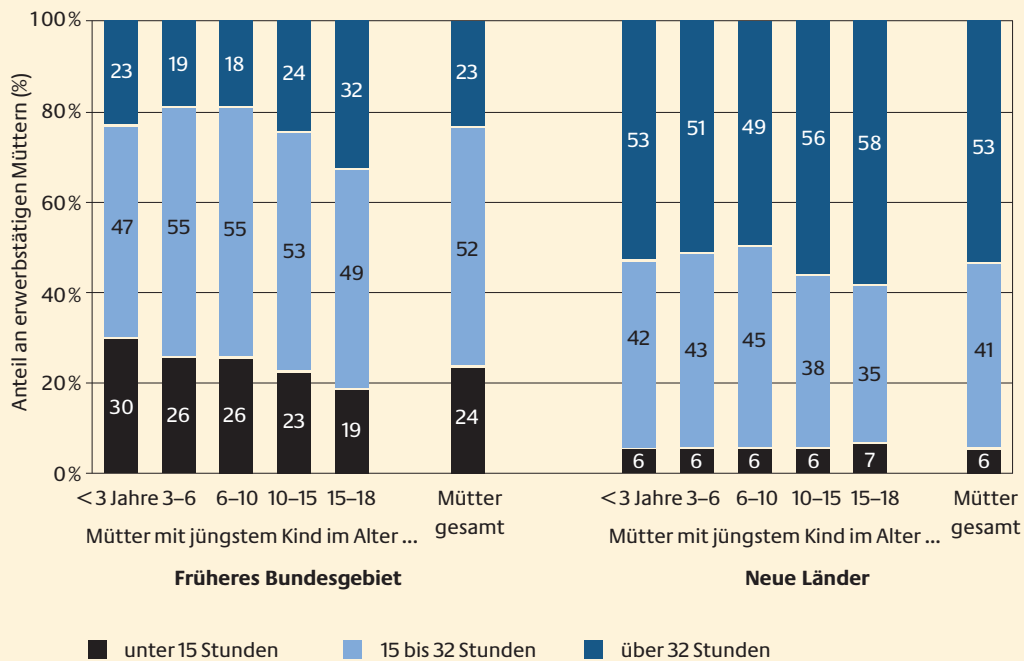
Teilzeit, insbesondere mit einem geringfügigen Stundenumfang von unter 15 Stunden, spielt in den neuen Bundesländern eine geringere Rolle, hier ist allerdings die unfreiwillige Teilzeitarbeit – wenn Beschäftigte keine Vollzeitstelle finden konnten – stärker verbreitet. In den neuen Ländern ist eine vollzeit- bzw. vollzeitnahe Berufstätigkeit das häufigste Arbeitszeitmuster und zwar unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes. Etwa die Hälfte der erwerbstätigen Mütter mit Kindern bis zehn Jahren arbeitet mehr als 32 Wochenstunden, bei älteren Kindern nimmt dieser Anteil noch weiter zu.

83 Statistisches Bundesamt, 2011.

84 Mit Hilfe der Definition „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

In Westdeutschland bilden Vollzeit- bzw. vollzeitnahe Arbeitsumfänge dagegen die Ausnahme, die von weniger als einem Viertel der Mütter mit Kindern bis 15 Jahren ausgeübt wird. Ab einem Kindesalter von 15 Jahren arbeitet ein knappes Drittel der Mütter in Westdeutschland in Vollzeit oder vollzeitnah. Deutlich ausgeprägter ist hier eine Erwerbstätigkeit mit geringfügigem Stundenumfang: Fast ein Viertel aller erwerbstätigen Mütter arbeitet weniger als 15 Stunden in der Woche.

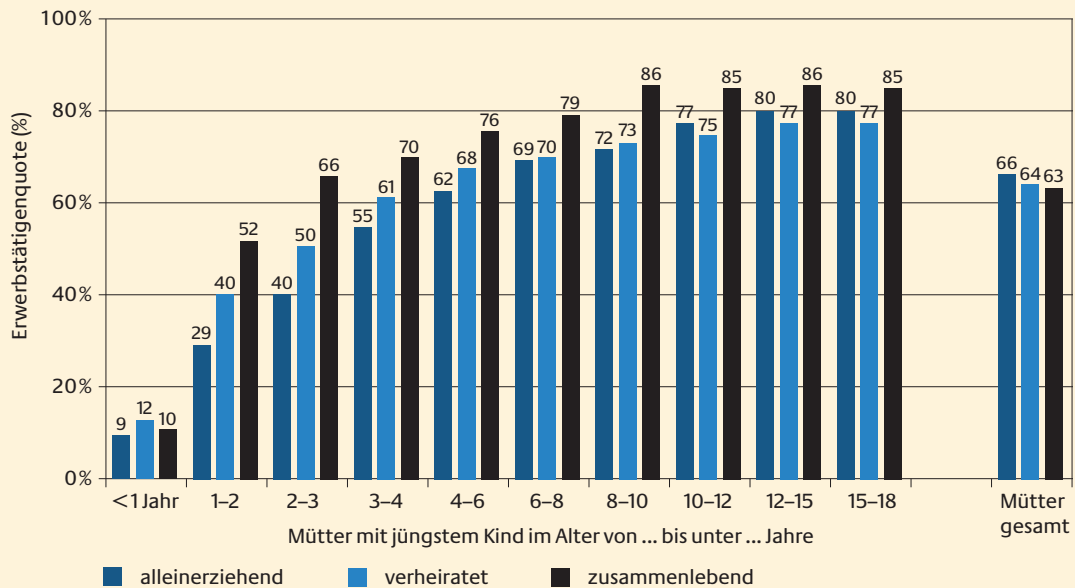
**Abbildung 38: Arbeitszeitmuster von erwerbstätigen Müttern mit minderjährigen Kindern nach Alter des jüngsten Kindes und Region, früheres Bundesgebiet und neue Länder, 2010**



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s11146, Berechnung Prognos AG. Ausgewiesen sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden.

Zwischen den einzelnen Familienformen, in denen Mütter und Väter leben, gibt es in Bezug auf die Erwerbstätigkeit strukturelle Unterschiede. So sind von allen Müttern diejenigen am häufigsten erwerbstätig, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zusammen mit Partner und Kind(ern) leben. Bereits ab dem dritten Lebensjahr sind unter ihnen 66 Prozent erwerbstätig, aber nur 40 Prozent der verheirateten Mütter und 29 Prozent der Alleinerziehenden. Betrachtet man die Mütter mit Kindern unter 18 Jahren insgesamt, weisen die Mütter in nichtehelichen Lebensgemeinschaften eine leicht unterdurchschnittliche Erwerbstätigenquote auf (63 Prozent). Dies ist ausschließlich auf die Altersstruktur der Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften zurückzuführen, in denen Kleinkinder erheblich überrepräsentiert sind.

Abbildung 39: Erwerbstätigenquote (ausgeübte Erwerbstätigkeit<sup>85</sup>) von Müttern nach Familienform und Alter des jüngsten Kindes, Deutschland 2010, in Prozent



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s11146, Berechnung Prognos AG

Die Zahl der Paare, die in einer „traditionellen Rollenverteilung“ leben – der Mann ist erwerbstätig und verdient den Unterhalt für die Familie, die Frau ist Hausfrau und betreut die Kinder –, wird zusehends kleiner. Bei mehr als der Hälfte (52 Prozent) der Paare mit Kindern arbeiten beide Partner. Wenn beide Partner erwerbstätig sind, ist die Vollzeitbeschäftigung des Vaters in Kombination mit der Teilzeittätigkeit der Mutter das mit Abstand häufigste Arbeitszeitmodell.<sup>86</sup>

### 4.3 Was Eltern wünschen und Kinder brauchen

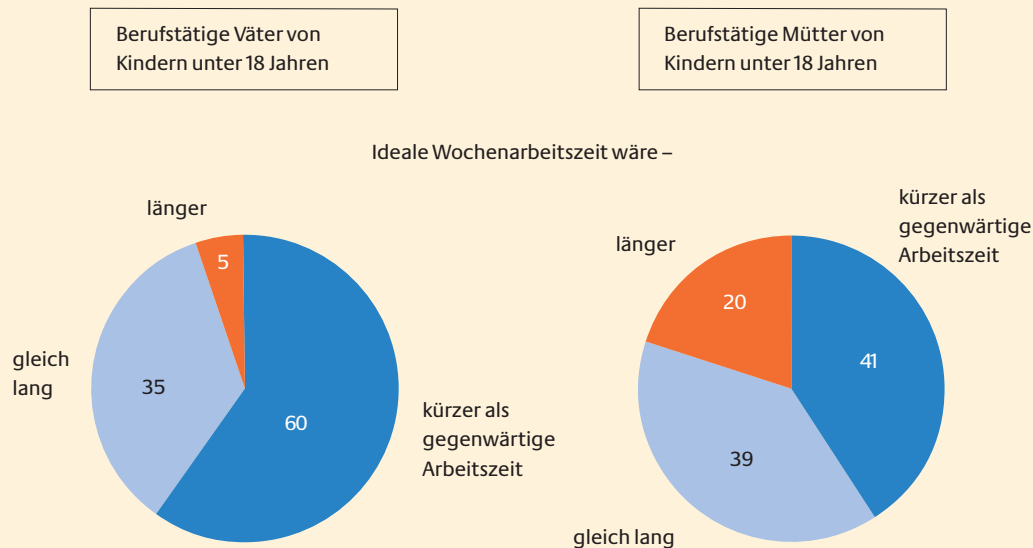
Flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten sind für viele Eltern entscheidend, um Familie und Beruf gut vereinbaren zu können. Insgesamt ist nur ein gutes Drittel der berufstätigen Eltern mit Kindern unter 18 Jahren zufrieden mit ihren Arbeitszeiten. 60 Prozent der Väter und 41 Prozent der Mütter würden etwas weniger Wochenstunden arbeiten, wenn sie es sich aussuchen könnten. Nur fünf Prozent der Väter und immerhin 20 Prozent der Mütter, die mehrheitlich in Teilzeit arbeiten, würden ihre Wochenstunden-

<sup>85</sup> Mit Hilfe der Definition „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

<sup>86</sup> Statistisches Bundesamt, 2011.

zahl am liebsten erhöhen.<sup>87</sup> Bei den teilzeitbeschäftigten Müttern mit schulpflichtigen Kindern würden sogar 34 Prozent gerne länger arbeiten, von den nichtberufstätigen Müttern mit schulpflichtigen Kindern wären 37 Prozent, von den nichtberufstätigen Alleinerziehenden sogar 54 Prozent gerne berufstätig.<sup>88</sup>

**Abbildung 40: Ideale Arbeitszeiten, in Prozent**



Basis: Bundesrepublik Deutschland; berufstätige Eltern von Kindern unter 18 Jahren, die konkrete Angaben machen  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053

Den Vätern ist vor allem wichtig, zumindest von den Stunden über die Normarbeitszeit hinaus „herunterzukommen“: Wenn sie es sich aussuchen könnten, würde jeder Zweite (53 Prozent) 36 bis 40 Wochenstunden arbeiten. Weitere 19 Prozent wären an einer vollzeitnahen Teilzeit von 30 bis 35 Stunden interessiert, neun Prozent an einer Arbeit mit weniger als 30 Wochenstunden.<sup>89</sup> Allerdings wären substanzielle Verkürzungen der Arbeitszeit gerade für die Väter oft mit Problemen verbunden: Von den meist Vollzeit berufstätigen Vätern von Kindern unter 18 Jahren sagen lediglich 14 Prozent, dass sie die Möglichkeit hätten, in Teilzeit zu arbeiten. Für 53 Prozent wäre das nach eigener Einschätzung nur schwer möglich, ein Viertel arbeitet sogar in einem Betrieb, in dem es überhaupt keine Teilzeitstellen gibt.<sup>90</sup>

Zusammenfassend wird deutlich, dass sich die Arbeitszeitwünsche von Eltern in einem Stundenvolumen zwischen 25 und 35 Wochenstunden bewegen, also in einem Bereich unterhalb der regulären Vollzeitstelle mit über 40 Stunden und oberhalb der regulären Teilzeitbeschäftigung unter 21 Stunden. Diese vollzeitnahen Arbeitszeitmodelle – oder reduzierten Vollzeitmodelle – ermöglichen es zum einen Müttern, auch verantwortungsvolle

87 IfD Allensbach, 2010: Monitor Familienleben 2010.

88 IfD Allensbach, 2010: Nr. 6200.

89 IfD Allensbach, 2010: Monitor Familienleben 2010.

90 Ebd.

Positionen auszufüllen und damit Karrierechancen nicht aufgeben zu müssen. Zum anderen können Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen ohne Sorge vor beruflichen Nachteilen.

**Abbildung 41: Reale und ideale Arbeitsstunden**

**Durchschnittswerte**



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10053, April 2010

Solche Arbeitszeitmodelle kommen auch den Wünschen und Bedürfnissen der Kinder entgegen. Insgesamt stehen Kinder der Berufstätigkeit ihrer Mütter und Väter positiv gegenüber. Insbesondere sehen sie sehr klar, dass diese ihnen finanzielle und materielle Sicherheit bringt. Dies wird jedoch durch den Verzicht auf gemeinsam verbrachte Zeit erkaufte, was die Kinder insgesamt bedauern. Zudem wird von einem Teil der Kinder auch Anspannung und Ungeduld der Eltern als Schattenseite der Berufstätigkeit erlebt. Aber gleichzeitig erleben die Kinder die zur Verfügung stehende gemeinsame Zeit als sehr positiv.

Aus Sicht der Kinder nehmen sich Mütter unter der Woche zu 80 Prozent viel bzw. genügend Zeit für ihre Kinder, Väter kommen dagegen nur auf 44 Prozent. An den Wochenenden haben die Väter zwar zu 84 Prozent viel bzw. genügend Zeit für ihre Kinder, aber selbst dann erzielen die Mütter (94 Prozent) einen klar höheren Wert. Insgesamt wünschen sich Kinder, deutlich mehr Zeit mit ihren Vätern zu verbringen.<sup>91</sup>

Letztlich profitiert davon auch die Wirtschaft: Da insbesondere qualifizierte Mütter eine Teilzeitbeschäftigung anstreben, liegt hier vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ein relevantes Aktivierungspotenzial, das Unternehmen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen für sich nutzen können. Von dem erheblichen, noch nicht ausgeschöpften Arbeitskräfteangebot bei beruflich qualifizierten Frauen und Müttern im erwerbsfähigen Alter ließen sich

91 GEOLino/Unicef, 2010: Kinderwerte-Monitor 2010.

allein mit familienfreundlichen, flexiblen Arbeitszeitmodellen etwa 750.000 Vollzeitstellen aktivieren.<sup>92</sup> Da auch Väter zunehmend auf solche Angebote ihres Arbeitgebers achten, können Unternehmen auch bei der Gewinnung neuer männlicher Fachkräfte von deutlichen Wettbewerbsvorteilen profitieren.

Wie familienfreundliche Arbeitszeitmodelle konkret aussehen, hängt stark von der Tätigkeit und dem Verantwortungsbereich im Unternehmen ab. Es existieren vielfältige Modelle, z. B. Gleitzeit, flexible Tages- und Wochenarbeitszeit, Jahresarbeitszeitkonten, Jobsharing, mobiles Arbeiten von zu Hause aus, Wunschkdienstpläne etc.<sup>93</sup> Für Eltern zählt vor allem, dass sie sich ihre Arbeitszeit in gewissem Maße selbst einteilen können und Rücksicht auf ihre familiären Belange genommen wird, z. B. wenn ein Kind krank wird. Hier besteht für die Unternehmen trotz bestehender Angebote noch ein großes Handlungsfeld: 96 Prozent der Eltern wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten.<sup>94</sup>

#### 4.4 Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirkt dem Fachkräftemangel entgegen

Mit dem einsetzenden Fachkräftemangel ist auch die Wirtschaft zunehmend auf gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen. Der Konjunkturaufschwung sorgt schon heute dafür, dass nicht alle Stellen für Fachkräfte kurzfristig besetzt werden können. Zwar kann man trotz solcher Engpässe in einzelnen Berufsgruppen und Regionen heute noch nicht von einem generellen Fachkräftemangel in Deutschland sprechen. Jedoch wird sich die Fachkräftesituation auch unabhängig von konjunkturellen Einflüssen mittel- und langfristig verschärfen. Deutschlands Bevölkerung nimmt seit 2003 ab: Im Jahr 2025 werden noch rund 80 Millionen, im Jahr 2030 noch rund 79 Millionen Menschen in Deutschland leben; im Jahr 2009 waren es noch rund 82 Millionen Menschen. Hand in Hand damit geht die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung: Einer zunehmenden Zahl älterer Menschen steht eine sinkende Zahl von Kindern und jungen Menschen gegenüber. Hierdurch wird sich das Arbeitskräfteangebot deutlich verringern. Prognosen gehen für den Zeitraum von 2010 bis 2025 von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 6,5 Millionen Personen aus (ohne Zuwanderung, ohne Erschließung neuer Erwerbspersonenpotenziale).<sup>95</sup>

Neben verbesserten Rahmenbedingungen für die Aus- und Weiterbildung, einer verlängerten Lebensarbeitszeit und einer gesteuerten Zuwanderung liegt in der erhöhten Erwerbspartizipation von Müttern das größte und am schnellsten zu aktivierende Fachkräftepotenzial. Die Erwerbstätigenquote von Frauen (im Alter von 20 bis 64) liegt in Deutschland mit knapp 70 Prozent um rund 10 Prozentpunkte unter der der Männer. Rund 6,3 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter sind nicht berufstätig – viele mit mittlerer

---

92 IZA, 2010: Familienfreundliche und flexible Arbeitszeiten. Ein Baustein zur Bewältigung des Fachkräftemangels.

93 Datenbank der „Guten Beispiele“ und ein Leitfaden für Unternehmen unter [www.erfolgskfaktor-familie.de/arbeitszeiten](http://www.erfolgskfaktor-familie.de/arbeitszeiten), Zugriff am 29.08.2011.

94 Ravensburger Elternsurvey, 2010.

95 Dossier Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern; Fachkräftesicherung. Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. BMAS, 2011.



und hoher Qualifikation. Auch ist das geleistete Arbeitsvolumen deutlich geringer: Von den erwerbstätigen Frauen gehen in Deutschland nur 55 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nach; Deutschland belegt hier den vorletzten Platz im EU-15-Vergleich. Dabei haben weibliche Teilzeitkräfte in Deutschland mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 18,1 Stunden die niedrigste Wochenarbeitszeit in allen EU-15-Ländern.

Mütter sind in einem wesentlich geringeren Umfang überhaupt erwerbstätig. Als Hauptgründe dafür geben sie die unzureichende Unterstützung durch die Betreuungsinfrastruktur für Kinder und bei der Pflege von Angehörigen sowie die mangelnde Flexibilität der Arbeitszeit an. Bei vielen Frauen in der Familienphase besteht eine hohe Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme beziehungsweise zur Erhöhung der Arbeitszeit. Ihnen mangelt es an Unterstützung, ihre Arbeitszeitwünsche mit den tatsächlichen Erwerbsvolumina in Einklang zu bringen. Nach Schätzungen wollen allein bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ausreichende Betreuungsangebote rund 1,2 Millionen nicht erwerbstätige Mütter wieder in das Erwerbsleben eintreten. Fast eine halbe Million Mütter mit einem jüngsten Kind zwischen sechs und 16 Jahren wären kurzfristig für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, wenn sie für die Betreuung ihrer Schulkinder auf bedarfsgerechte Infrastrukturen zurückgreifen könnten. Diese Mütter haben eine große Arbeitsmarktnähe, insbesondere durch das Qualifikationsniveau und vorhandene Berufserfahrung.<sup>96</sup> Knapp eine halbe Million Mütter von Schulkindern würde ihre Erwerbstätigkeit ausweiten, wenn deren Nachmittagsbetreuung gesichert wäre.

Eine notwendige Voraussetzung zur Erschließung dieser Potenziale ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Denn auch wenn die Potenziale zur Nachfrage passen, können sie nur ausgeschöpft werden, wenn entsprechende Rahmenbedingungen vorhanden sind. Dazu gehören eine ausreichende Betreuung für Kinder im Krippen- und im Schulkindalter sowie eine betriebliche Personalpolitik, die durch eine familienfreundliche Arbeitsorganisation die Vereinbarkeit erleichtert. Eine längere Arbeitszeit von Müttern setzt auch voraus, dass sich die Arbeitsteilung in den Familien wandelt: Wenn sich Männer stärker an der Familienarbeit beteiligen, haben ihre Partnerinnen mehr Möglichkeiten, ihre Arbeitszeitwünsche zu verwirklichen. Dies könnte allerdings mit Arbeitszeitreduzierungen bei Männern einhergehen.

Ein weiterer positiver Effekt einer gelungenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, dass sich wieder mehr Paare für Kinder entscheiden. Die Entscheidung für eine Familiengründung oder weitere Kinder wird durch eine Vielzahl von sich zum Teil überschneidenden Einflussfaktoren bestimmt; bedeutend sind sowohl soziodemografische Faktoren (wie Alter, Lebensform, Bildungsstand, Einkommen und Erwerbskonstellation), Einstellungen und Leitbilder als auch wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen.<sup>97</sup> Dabei sind eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehungen nur schwierig zu identifizieren. Dennoch lassen sich im internationalen Vergleich einige Zusammenhänge abbilden.

---

96 Dossier Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern, Berechnungen Prognos 2011; Fachkräfte-sicherung. Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. BMAS, 2011.

97 Vgl. zum Beispiel Dorbritz, J., Schneider, N., 2011: Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10–11/2011.

So zeigt sich, dass sich familienpolitische Maßnahmen mit dem Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, tendenziell positiv auf die Geburtenentwicklung auswirken. Zu diesen Maßnahmen zählen zum Beispiel Kinderbetreuungsmöglichkeiten (vor allem für unter Dreijährige), Elterngeldregelungen und Väterbeteiligung sowie weitere finanzielle Leistungen wie Kindergeld oder betreuungsbezogene Leistungen. International vergleichende Studien kommen zu dem Schluss, dass Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in besonderem Maße die Geburtenrate bei gut ausgebildeten Frauen über 30 Jahren erhöhen. Zahlreiche Untersuchungen belegen überdies den Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Fertilität. In den europäischen Ländern, in denen eine besonders gut ausgebaute Kinderbetreuungsinfrastruktur vorhanden ist, fällt es Frauen leichter, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Dort ist sowohl eine hohe Kinderbetreuungsrate als auch eine hohe Frauenerwerbstätigkeit zu beobachten.<sup>98</sup>

Auch im innerdeutschen Vergleich werden Parallelen zu den internationalen Ergebnissen zum Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Betreuungsinfrastruktur offenbar. So wird der geringe Anteil kinderloser Frauen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland darauf zurückgeführt, dass dort eine besser ausgebaute Betreuungsinfrastruktur mit vereinbarkeitsorientierten Einstellungen zusammenwirkt. Im Westen ist einerseits das Betreuungsangebot ungünstiger und andererseits sind die Einstellungen zur Vereinbarkeit und den Geschlechterrollen tradierter.<sup>99</sup>

## 4.5 Engagement von Unternehmen – Status quo, Entwicklungen, neue Handlungsfelder

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wird es für Unternehmen immer wichtiger, ihre Arbeitgeberattraktivität zu steigern, um qualifizierte Beschäftigte für sich zu gewinnen und zu halten. Die Bedeutung familienfreundlicher Angebote nimmt dabei immer mehr zu.

Familienfreundlichkeit ist für 90 Prozent der Beschäftigten zwischen 25 und 39 Jahren mit Kindern ebenso wichtig oder sogar wichtiger als das Gehalt – bei den Beschäftigten ohne Kinder sind es 70 Prozent. Mehr als drei Viertel der jungen Beschäftigten würden für mehr Familienfreundlichkeit sogar den Arbeitgeber wechseln. Gerade kleine und mittlere Unternehmen in ländlichen Regionen können von Familienfreundlichkeit als positivem Wettbewerbsfaktor profitieren.<sup>100</sup>

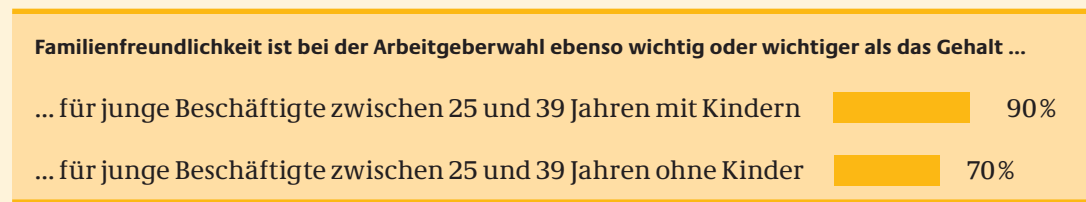
---

98 Ausführlich zu dieser Thematik siehe BMFSFJ, 2011: Wohlfahrtsstaatliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate in europäischen Ländern. Evidenzen aus Schweden, Finnland, Norwegen und Frankreich.

99 Dorbritz, J., 2011: Dimensionen der Kinderlosigkeit in Deutschland, in: Bevölkerungsforschung. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 32. Jahrgang, Juni 2011, S. 5.

100 GfK Nürnberg, 2011.

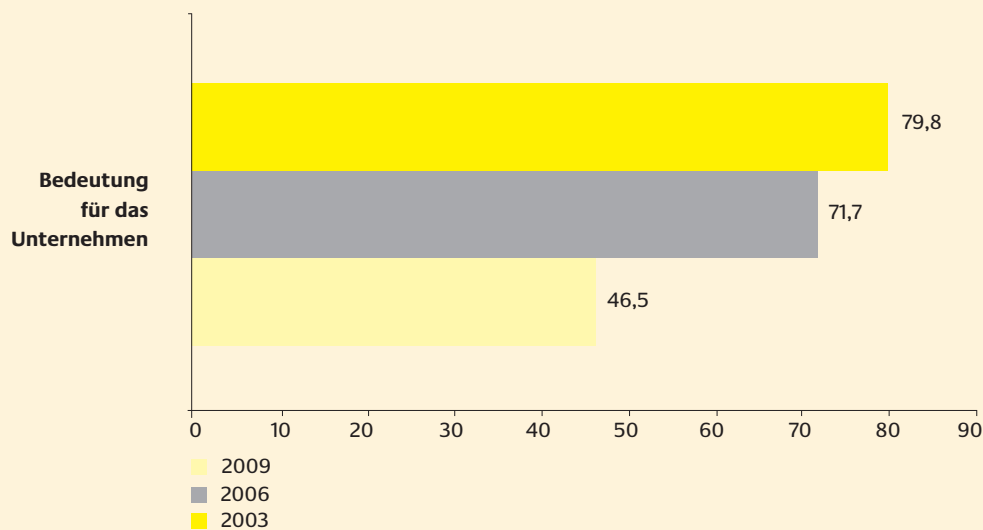
Abbildung 42: Bedeutung von Familienfreundlichkeit bei Arbeitgeberwahl



Quelle: BMFSFJ, 2010: Personalmarketingstudie 2010

Die Unternehmen in Deutschland sind sich der Bedeutung von Familienfreundlichkeit für eine nachhaltige Personalentwicklung zunehmend bewusst und übernehmen immer mehr Verantwortung, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Selbst in der Wirtschaftskrise 2008/2009 haben die Betriebe ihr Engagement nicht zurückgestellt. Stattdessen ist der Stellenwert von Familienfreundlichkeit in der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Fast 80 Prozent der Unternehmen schätzen Familienfreundlichkeit für das eigene Wohlergehen als wichtig ein, 2006 waren es 72 und 2003 erst 46 Prozent. Für knapp 60 Prozent sind familienfreundliche Maßnahmen inzwischen ein zentraler Bestandteil der Personalentwicklung.<sup>101</sup>

Abbildung 43: Bedeutung der Familienfreundlichkeit für Unternehmen



Quelle: BMFSFJ, 2010: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010, durchgeführt IW Köln

Der Anteil der Unternehmen, die ihren Beschäftigten Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen, ist deutlich gestiegen. Nur noch ein Prozent der Betriebe bietet überhaupt keine familienfreundliche Maßnahme an – das waren im Jahr 2006 noch 4,8 Prozent und im Jahr 2003 sogar noch 19,6 Prozent. In fast allen Unternehmen (95,8 Prozent) besteht die Möglichkeit zu bestimmten Formen der Arbeitszeitflexibilisierung und Telearbeit.

101 BMFSFJ, 2010: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010, durchgeführt IW Köln.

Besonders verbreitet sind Teilzeitangebote, individuell vereinbarte Arbeitszeiten und eine flexible Tages- und Wochenarbeitszeit. Auch die Förderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor, während oder nach der Elternzeit steht bei 90 Prozent der Unternehmen auf der Agenda. Im Vordergrund steht dabei die besondere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern bei der Planung von Arbeitsprozessen. In einer großen Mehrheit der Unternehmen bleiben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch während der Elternzeit beruflich verbunden, indem sie phasenweise beschäftigt sind oder eine Teilzeittätigkeit ausüben.<sup>102</sup>

Nicht ganz zwei Drittel der Unternehmen bieten zumindest eine Maßnahme im Bereich der Kinder- und Angehörigenbetreuung an. Für die Mehrheit der Betriebe ist es dabei selbstverständlich, Beschäftigte von der Arbeit über den gesetzlichen Anspruch hinaus freizustellen, wenn deren Kinder erkrankt sind. Auch unterstützen immer mehr Unternehmen ihre Beschäftigten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege: In knapp 35 Prozent der Unternehmen können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit – über die gesetzlichen Regelungen hinaus – unterbrechen, fast jedes elfte Unternehmen macht finanzielle oder anderweitige Angebote für die Inanspruchnahme eines Pflegedienstes oder einer Kurzzeitpflege.<sup>103</sup>

Unternehmen sind sich der Bedeutung ihrer Beschäftigten für den Unternehmenserfolg sehr bewusst: Das spiegelt sich auch in den Motiven für die Einführung von familienfreundlichen Maßnahmen wider: Die wichtigsten Argumente sind „Qualifizierte Beschäftigte halten und gewinnen“ (93 Prozent), „Arbeitszufriedenheit bzw. Produktivität erhöhen“ (93 Prozent bzw. 80 Prozent) und „Aus der Elternzeit zurückkehrende Beschäftigte schnell integrieren“ (77 Prozent).<sup>104</sup>

Der „Europäische Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit“, der Ergebnisse zur Verbreitung familienfreundlicher Maßnahmen in mehr als 5.000 Unternehmen in Großbritannien, Frankreich, Polen, Italien, Schweden und Deutschland liefert, zeigt, dass Deutschland sich für einen Großteil der Indikatoren im Vergleich der sechs untersuchten Länder im oberen Mittelfeld befindet. In Frankreich, Polen und Italien ist das Engagement der Geschäftsleitungen schwächer ausgeprägt als in Deutschland. Schwedische und britische Unternehmen bieten signifikant mehr familienfreundliche Maßnahmen an.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Arbeitsorganisation ist in allen sechs Ländern das bevorzugte Instrument der Geschäftsleitungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Teilzeitbeschäftigung, flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten und individuell ausgehandelte Arbeitszeiten stehen dabei in allen Untersuchungsländern im Vordergrund. Mit Ausnahme von Deutschland ist die Erfüllung gesetzlicher oder tarifvertraglicher Vorgaben der wichtigste Beweggrund für die Geschäftsleitungen, familienfreundliche Maßnahmen einzuführen. In Deutschland sind die Hauptmotive die Erhöhung der Arbeitszufriedenheit und die Aussicht auf eine Steigerung der Attraktivität des Unternehmens für Bewerberinnen bzw. Bewerber und Beschäftigte, gefolgt von der Hoffnung auf Produktivitätszuwächse. Diese drei Motive spielen auch in den anderen fünf untersuchten Ländern eine große Rolle.<sup>105</sup>

---

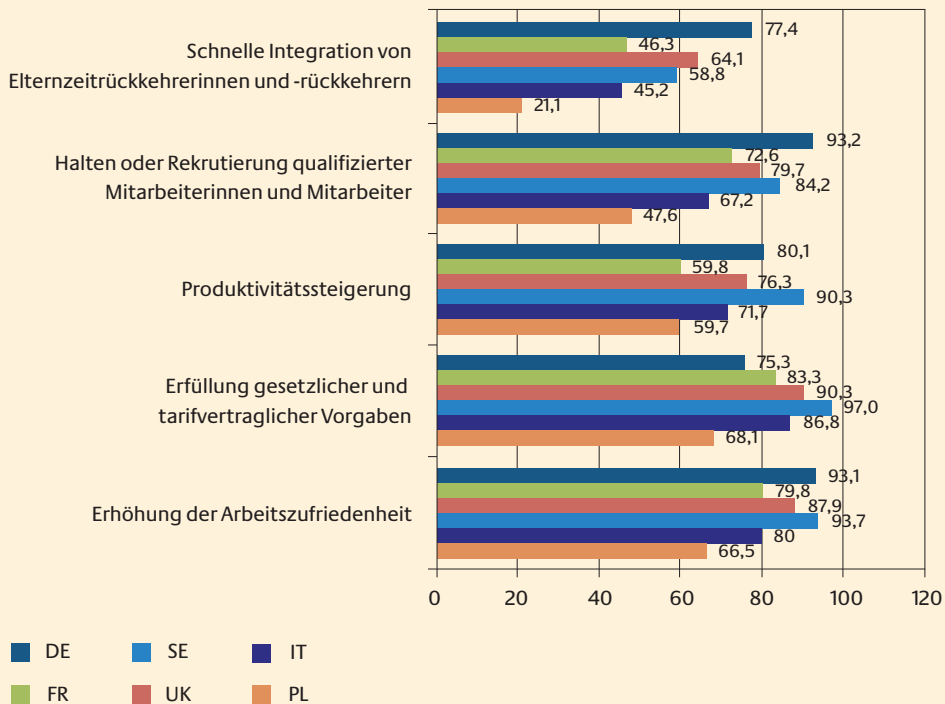
102 Ebd.

103 Ebd.

104 Ebd.

105 BMFSFJ, 2010: Europäischer Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010, durchgeführt IW Köln.

Abbildung 44: Motive für die Einhaltung oder Beibehaltung von familienfreundlichen Maßnahmen



Quelle: Institut der Wirtschaft Köln, 2010

Nicht nur für einzelne Unternehmen, auch für die soziale und ökonomische Entwicklung von Kommunen hat sich Familienfreundlichkeit zu einem harten Standortfaktor entwickelt. Die Zukunftsperspektiven der Städte und Gemeinden sowie deren Attraktivität für die Wirtschaft hängen künftig immer mehr davon ab, ob sie ein attraktives Lebensumfeld für Familien und berufliche Perspektiven vorhalten können. Eine Studie des IW Köln zeigt, dass familienfreundliche Rahmenbedingungen den kommunalen Standort wesentlich aufwerten. Eine zukunftsorientierte Region, die den Wirtschaftsstandort auch als Lebensraum für Familien versteht, zieht bereits heute qualifizierte Beschäftigte an und unterstützt damit die Bestandsentwicklung regionaler Unternehmen und die Innovationsdynamik der Region. Zuzug und Bindung von Familien sichern die regionale Kaufkraft und nicht zuletzt auch kommunale Steuereinnahmen.<sup>106</sup>

Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien durch bedarfsorientierte Projekte zu verbessern, engagieren sich zahlreiche Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Lokalen Bündnissen für Familie, einer Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dabei engagieren sich die Partner nach ihren eigenen Möglichkeiten und bringen ihr spezifisches Know-how ein. Kernthemen sind Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verlässliche Kinderbetreuung und unterstützende familienfreundliche Infrastruktur. Im Jahr 2010 war die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende sowie die Schaffung unterstützender Netzwerke das zentrale Handlungsfeld der Lokalen Bündnisse. Unter den Akteuren sind Vertreterinnen und

106 IW Köln, 2009: Wirkungsweise regionaler und kommunaler Maßnahmen zu mehr Familienfreundlichkeit; s. auch BMFSFJ, 2007: Familienatlas.

Vertreter von Kommunen, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, von Arbeitsagenturen, Verbänden, Stiftungen, Hochschulen, Krankenhäusern, Kirchen sowie den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Bundesweit gibt es mittlerweile an mehr als 650 Standorten Lokale Bündnisse für Familie. Rund 56 Millionen Menschen leben in der Reichweite Lokaler Bündnisse für Familie und können von den Effekten der etwa 5.200 Projekte für und mit Familien profitieren. Bundesweit engagieren sich bereits mehr als 13.000 Akteure, darunter über 5.000 Unternehmen, in Lokalen Bündnissen.

## 4.6 Maßnahmen für eine moderne Arbeitszeitpolitik

Anknüpfend am hohen Bedarf berufstätiger Eltern hat das Bundesfamilienministerium in Kooperation mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag im Herbst 2010 die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ gestartet. Damit werden Arbeitgeber motiviert und dabei unterstützt, mehr flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anzubieten, die Müttern mehr Karrierechancen und Vätern mehr Familienzeit ermöglichen. Dazu wurden u. a. ein praxisnaher Leitfaden für Betriebe sowie eine Datenbank mit über 120 Beispielen von Arbeitgebern und Beschäftigten erstellt, die bereits familienfreundliche Arbeitszeiten umsetzen.

Mit der Unterzeichnung der „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“ am 8. Februar 2011 haben sich die Bundesregierung, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (BDA, DIHK, ZDH) und die Gewerkschaften (DGB) auf höchster Ebene zu einem gemeinsamen Engagement für familienbewusste Arbeitszeiten verpflichtet. Die Akteure aus Politik und Wirtschaft arbeiten derzeit in einem Folgeprozess an der Umsetzung der Vereinbarungen.

Im Zuge der Umsetzung der Charta hat das Bundesfamilienministerium themen- und branchenspezifische „Dialogkreise Arbeitszeitkultur“ ins Leben gerufen, um direkt mit ausgewählten Unternehmen praxistaugliche Lösungskonzepte für eine moderne Arbeitszeitgestaltung zu erarbeiten, z. B. zu den Themen familienfreundliche Schichtmodelle, Führung in alternativen Arbeitszeitmodellen und gelungener Wiedereinstieg nach der Familienphase. Die Ergebnisse werden in einer Publikation zusammengefasst, die Impulse für andere Unternehmen gibt.

Zudem führt das Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“, das gemeinsam vom Bundesfamilienministerium und vom DIHK betrieben wird, in diesem Jahr zahlreiche Informationsveranstaltungen in verschiedenen Regionen Deutschlands durch, um insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben konkrete Hilfestellung bei der Einführung einer familienbewussten Arbeitszeitgestaltung zu bieten. Die Partner aus der Wirtschaft und von den Gewerkschaften führen ihrerseits Maßnahmen zur Umsetzung der Inhalte der Charta durch. Im Frühjahr 2013 wird eine Bilanz der Initiative gezogen.

Die Initiative ist Teil des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften initiiert hat. Ziel des Unternehmensprogramms ist es, familienbewusste Personalpolitik als strategisches Managementinstrument zur Gewinnung und

Bindung von Fachkräften zu nutzen und Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen. Die gemeinsamen Aktivitäten im Unternehmensprogramm haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass Familienfreundlichkeit von Unternehmen zunehmend als harter Standort- und Wettbewerbsfaktor wahrgenommen wird und die Zahl familienfreundlicher Unternehmen nachweislich steigt.

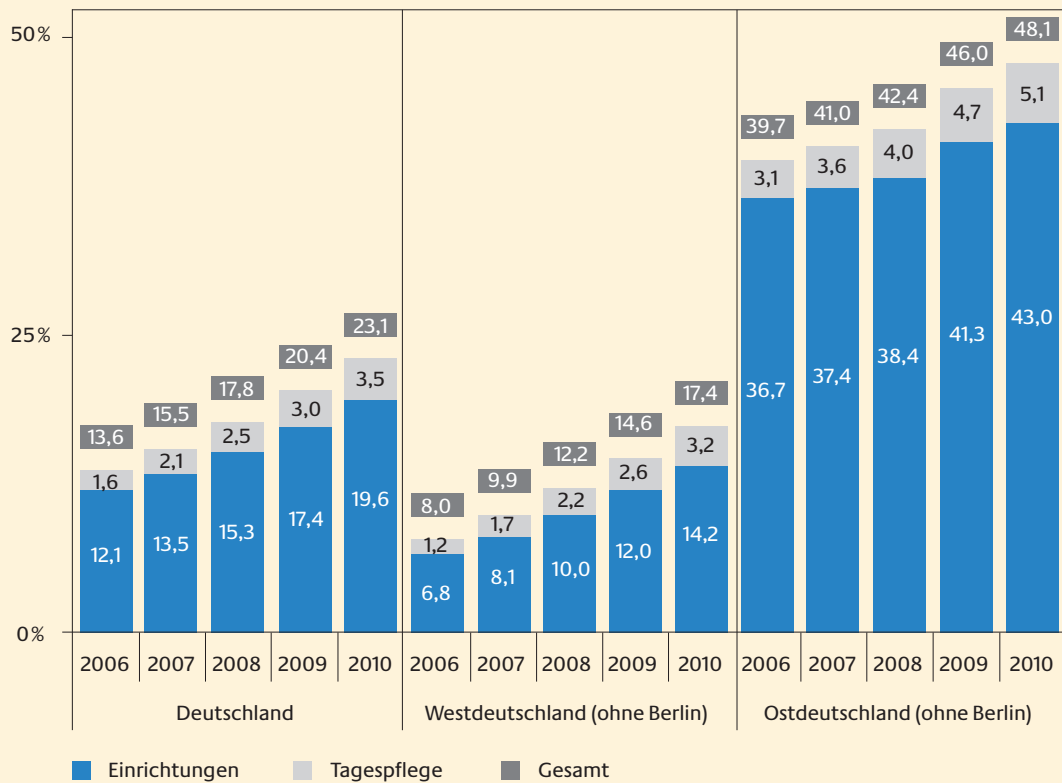
Zum Unternehmensprogramm gehört unter anderem das gleichnamige Unternehmensnetzwerk, das gemeinsam vom Bundesfamilienministerium und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gegründet wurde. Seit dem Start 2006 ist das Netzwerk auf über 3.500 Mitglieder angewachsen und hat sich als zentrale Plattform für Arbeitgeber etabliert, die sich für familienbewusste Personalpolitik interessieren oder bereits engagieren. Das Netzwerk rückt das Engagement und die Erfahrung familienfreundlicher Unternehmen stärker ins öffentliche Blickfeld, bietet insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen konkrete Hilfestellung bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen und agiert als Partner der 80 Industrie- und Handelskammern sowie anderer Multiplikatoren in den Regionen.

## 4.7 Ausbau Kinderbetreuung

Ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebot gibt Müttern und Vätern mehr Möglichkeiten, ihre beruflichen Vorstellungen und ihren Wunsch nach Familie miteinander zu vereinbaren. Zudem ist ein solches Angebot der Schlüssel für bessere frühkindliche Förderung und bietet gute Startchancen für alle Kinder. Um die Betreuungsangebote nachhaltig auszubauen, haben Bund, Länder und Kommunen im Jahr 2007 vereinbart, bis zum Jahr 2013 bundesweit rund 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen oder in der Kindertagespflege zu schaffen. Ab August 2013 hat jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Einrichtung oder in der Kindertagespflege.

Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen wurden mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) und dem Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008–2013“ geschaffen und zeigen bereits eine positive Wirkung: Seit Einführung der jährlichen Erhebung der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik im Jahr 2006 steigt die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren kontinuierlich an. Die Quote für ganz Deutschland stieg von 13,6 Prozent im Jahr 2006 auf 25,2 Prozent im Jahr 2011. Dabei gibt es noch immer erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zwar gab es das größte Wachstum in Westdeutschland: eine Steigerung von 12 auf knapp 20 Prozent. In Ostdeutschland wird aber inzwischen fast die Hälfte der Kinder unter drei Jahren außerhalb der Familie betreut.

**Abbildung 45: Kinder im Alter von unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2006 bis 2010 in Deutschland, West- und Ostdeutschland (in Prozent an der altersgleichen Bevölkerung)<sup>107</sup>**



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2010; Berechnungen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Obwohl insgesamt ein leichter Anstieg der Ausbaudynamik zu verzeichnen ist, muss diese – insbesondere in Westdeutschland – noch gesteigert werden, um wie geplant bis 2013 eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung zu erreichen.

Eine genaue Analyse der Entwicklung der Kita-Plätze macht jedoch deutlich, dass die unter Dreijährigen insbesondere bei Planungsprozessen nicht als homogene Gruppe betrachtet werden dürfen. Weiterhin werden vor der Vollendung des ersten Lebensjahres fast alle Kinder zu Hause betreut. Der Anteil der außerfamiliären Betreuung innerhalb dieser Altersgruppe liegt in Westdeutschland bei 1,9 Prozent. In Ostdeutschland liegt der Anteil bei fünf Prozent, ist aber in den letzten Jahren etwas gesunken. Dieser Rückgang kann als verlässlicher Hinweis darauf gewertet werden, dass es den Eltern seit der Einführung des Elterngeldes deutlich leichter gemacht wird, sich im ersten Lebensjahr intensiv um ihr Kind zu kümmern. Empirische Ergebnisse zeigen eine Reduzierung der Erwerbstätigkeit für die

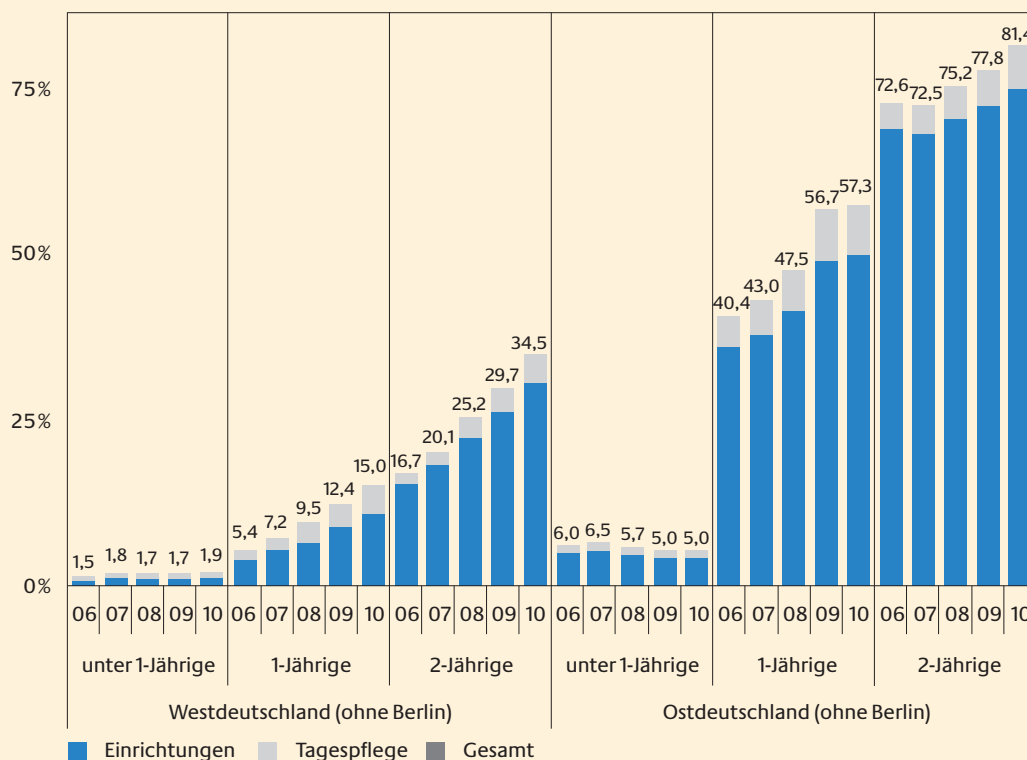
<sup>107</sup> Die vorliegende Grafik war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht mit den neuen Zahlen von 2011 erhältlich.



Dauer des Elterngeldbezuges – das entspricht der Intention des Gesetzgebers, einen Schonraum für das erste Lebensjahr des Kindes auszugestalten – und bewirkt eine günstige (Wieder-)Aufnahme der Erwerbstätigkeit nach Ablauf des ersten Jahres.

Entsprechend hat es bei den Zweijährigen in Westdeutschland zwischen 2006 und 2011 eine rasante Entwicklung gegeben. Die Betreuungsquote ist hier von knapp 17 auf rund 39 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg um 22 Prozentpunkte ist darauf zurückzuführen, dass durch die Öffnung der Kindergartengruppen für Zweijährige viele Angebote kurzfristig und ohne großen Aufwand geschaffen werden konnten. In Ostdeutschland liegt die Quote mit rund 82 Prozent noch erheblich höher. Aktuell beträgt die durchschnittliche Betreuungsquote für Ein- und Zweijährige bundesweit 36,4 Prozent.

**Abbildung 46: Kinder im Alter von unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. Nach Altersjahren 2006 bis 2010 in West- und Ostdeutschland (in Prozent an der altersgleichen Bevölkerung)<sup>108</sup>**

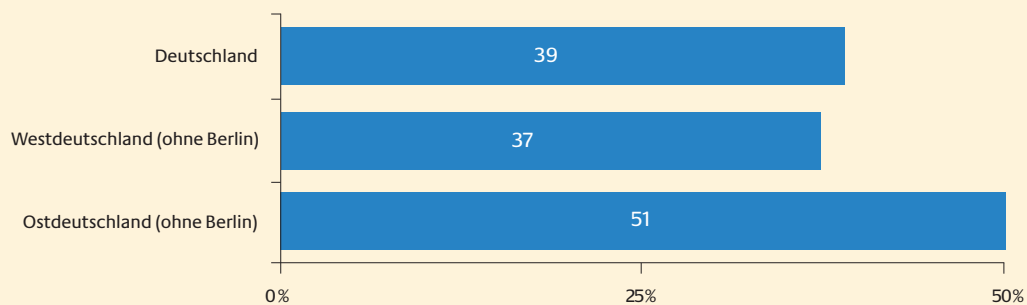


Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2010; Berechnungen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

108 Die vorliegende Grafik war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht mit den neuen Zahlen von 2011 erhältlich.

Die im Rahmen der Berichterstattung 2011 zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) für das Berichtsjahr 2010 durchgeführte repräsentative Elternbefragung zu den Bedarfen und Wünschen nach frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten hat ergeben, dass es signifikante Unterschiede je nach Erwerbsstatus, Alter des Kindes sowie sozialräumlicher Struktur gibt. Die Ergebnisse dieser Elternbefragung weisen für die Jahre 2009 und 2010 einen bundesdurchschnittlichen Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren von rund 39 Prozent auf.

**Abbildung 47: Betreuungsbedarfe im U3-Bereich nach dem Elternwunsch in Deutschland, Ost- und Westdeutschland**



Quelle: Deutsches Jugendinstitut: AID:A/Zusatzuntersuchung KiföG 2010, N = 2.409

Durch die vergleichsweise niedrige Geburtenrate in Deutschland und dadurch, dass nur elf Prozent der Eltern ein Ganztagsangebot wünschen, kann mit dem Ausbau auf 750.000 Plätze bis zum Jahr 2013 eine den Elternwünschen vergleichbare Zielgröße erreicht werden.

Grundlage des Ausbaus sind auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen. Neben den kommunalen Investitionen kommt es darauf an, dass die finanziellen Anstrengungen von Bund und Ländern Hand in Hand erfolgen. Nach Ausschöpfung des Investitionsprogramms des Bundes, das fast ausschließlich den Ausbau trägt, sind verlässliche Anschlussfinanzierungen durch die Länder erforderlich. Gleiches gilt für die Betriebskosten, die der Bund mit jährlich 1,85 Milliarden Euro unterstützt.

Im Zuge des Ausbaus der Kinderbetreuung verbessert sich auch die Qualität der Angebote an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung. Aus Sicht der Eltern sind zeitlich flexible Angebote wichtig für die Wahl der Kindertageseinrichtung und die Zufriedenheit mit dem Betreuungsrahmen. Die Eltern sind größtenteils zufrieden mit dem bestehenden Angebot. Vor allem in Westdeutschland wünschen sich die Eltern eine Verbesserung der Betreuungssituation, da die täglichen Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen weniger umfangreich und die Randzeiten geringer abgedeckt sind.

Die Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen zeigt, dass die Angebote immer stärker den Bedürfnissen der Kinder unter drei Jahren entsprechen: Der Anteil an altershomogenen Krippengruppen nimmt zu, die Personalschlüssel verbessern sich insbesondere in den Gruppen mit einem hohen Anteil an Kindern unter drei Jahren und das Personal bildet sich in altersspezifischen Themenbereichen weiter.

Die Bundesregierung unterstützt Länder und Kommunen dabei, die Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung zu verbessern. So zum Beispiel mit einer gezielten Sprach- und Integrationsförderung: Mit der „Offensive frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ soll über zusätzliche personelle Ressourcen in bis zu 4.000 Einrichtungen eine alltagsintegrierte und systematische frühe Sprachförderung verstärkt werden, die die Chancen der Kinder auf eine herkunftsunabhängige Teilhabe am Bildungssystem erhöht. Dafür stellt der Bund im Rahmen der Qualifizierungsinitiative bis zum Jahr 2014 rund 400 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem unterstützt die Bundesregierung die für die Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte verantwortlichen Bundesländer mit der „Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WIFF)“.

Um Eltern künftig einfacher und gezielter zu unterstützen, wenn es um die Bildungsverläufe ihrer Kinder geht, hat das Bundesfamilienministerium im Mai 2011 zudem das Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ gestartet, das insbesondere auch im Umfeld der Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration wirken soll. 4.000 Fachkräfte der Familienbildung werden zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern weiterqualifiziert. Sie sind künftig die kompetenten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, um Eltern in Fragen der frühkindlichen Förderung und anderen Bildungsthemen beiseitezustehen.<sup>109</sup>

## 4.8 Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

Betriebe, die ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung unterstützen, schaffen gute Voraussetzungen dafür, dass diese ihrer Arbeit stressfreier nachgehen können – und viele Mütter nach familiärer Auszeit rascher in den Betrieb zurückkehren. Die Öffnungszeiten betrieblich unterstützter Einrichtungen ermöglichen meist eine besonders gute Abstimmung von Arbeits- und Betreuungszeiten. Diese Vorteile der betrieblich unterstützten Kinderbetreuung wurden in den letzten Jahren von immer mehr Firmen erkannt. Insbesondere bei großen Unternehmen ist festzustellen, dass sie verstärkt in betrieblich unterstützte Kinderbetreuungsangebote investieren, dabei gibt es für diese vielfältige Möglichkeiten. Sie gründen einen eigenen Betriebskindergarten, schließen sich mit anderen Unternehmen zum Zweck einer gemeinsamen Betreuungseinrichtung zusammen, erwerben Belegrechte in bestehenden Kindertagesstätten oder fördern Elterninitiativen. Etwa 6 Prozent der privatwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland halten betriebliche Kinderbetreuungsangebote für ihre Beschäftigten vor.<sup>110</sup>

Um Unternehmen in ihrem Engagement bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, wurde im Februar 2008 das Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds ins Leben gerufen. Ziel ist es, Unternehmen und Hochschulen zu einem dauerhaften Engagement für die Kinderbetreuung zu gewinnen. Gefördert wird die Schaffung zusätzlicher Betreuungsgruppen für Mitarbeiterkinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr – sei es in bestehenden oder in neuen Einrichtungen. Die Unternehmen müssen während der Förderung einen substanziellen Beitrag von mindestens

---

<sup>109</sup> Vgl. auch Kapitel 7.5.

<sup>110</sup> IAB-Betriebspanel, 2008.

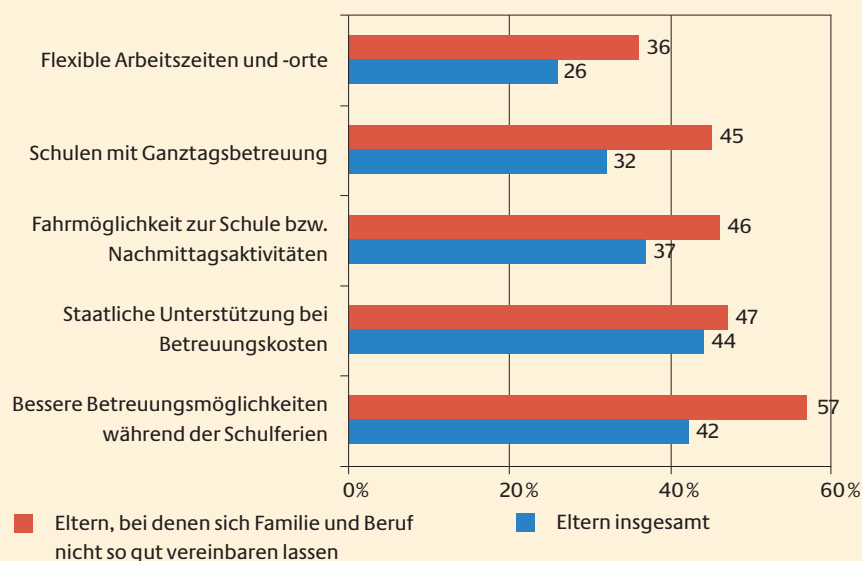
25 Prozent der Betriebskosten zur Finanzierung der Plätze leisten. Seit dem Start des Programms im Februar 2008 sind über 1.200 neue Betreuungsplätze für Mitarbeiterkinder geschaffen worden.<sup>111</sup>

## 4.9 Vereinbarkeit für Eltern von Schulkindern

Beruf und Familie miteinander in Einklang bringen ist nicht nur eine tägliche Herausforderung für Familien mit Kindern im Krippen- oder Kindergartenalter. Vereinbarkeit ist auch ein wichtiges Thema für Familien mit Schulkindern. Denn mit der Einschulung der Kinder muss die bisherige, oftmals ganztägige Betreuungsinfrastruktur für unter Sechsjährige durch neue Arrangements ersetzt werden. Zugleich ändern sich mit dem Übergang in die Grundschule die Bildungsanforderungen und Freizeitbedürfnisse der Kinder. Der altersgemäße Betreuungsbedarf von Kindern ab sechs Jahren drückt sich z. B. im steigenden Anspruchsniveau bei Freizeitgestaltung und Hausaufgabenhilfe aus.

Eine aktuelle Allensbach-Befragung zeigt, dass 56 Prozent der befragten Eltern mit schulpflichtigen Kindern den Eindruck haben, dass sich Familie und Beruf in Deutschland alles in allem nicht gut miteinander vereinbaren lassen. Bezogen auf die eigene Familie sehen über 30 Prozent der Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als problematisch an. Als Belastung erleben die Eltern von Schulkindern vor allem den hohen Aufwand, der mit der Unterstützung bei den Hausaufgaben sowie mit den Bring- und Holdiensten zu den nachmittäglichen Aktivitäten einhergeht. Herausforderungen entstehen für viele Eltern zudem immer dann, wenn ein Kind krank ist, in den Schulferien und wenn in der Schule Unterricht ausfällt. Auch die unregelmäßigen Anfangs- und Endzeiten des Schulunterrichts machen für Eltern die Organisation der Betreuung zum Teil schwierig, vor allem wenn mehrere Schulkinder im Haushalt leben.

**Abbildung 48: Was Eltern von Schulkindern am meisten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern würde, in Prozent**

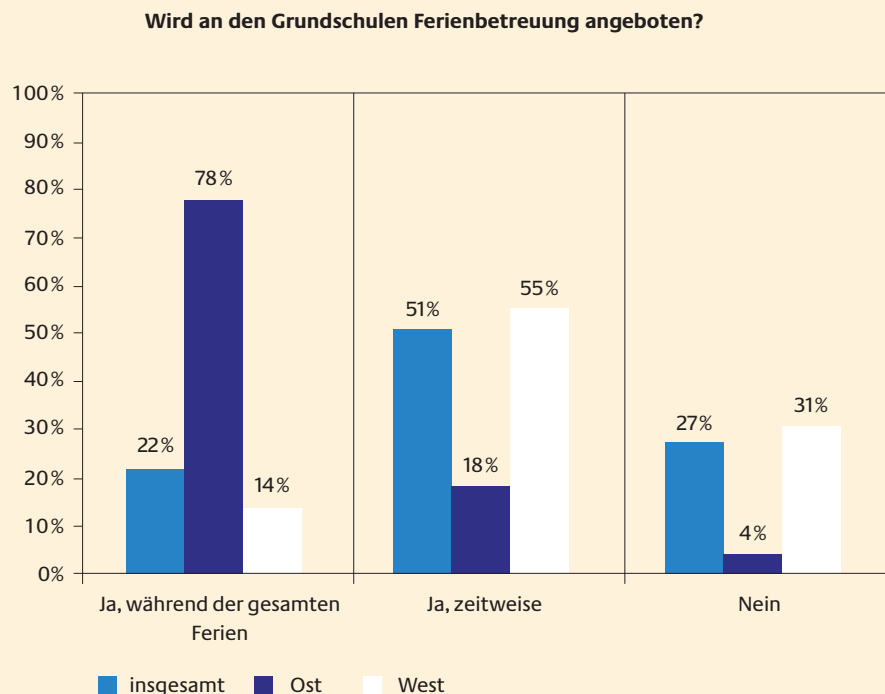


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Umfrage 6200, Dezember 2010

<sup>111</sup> S. [www.erfolgsweg-familie.de/kinderbetreuung](http://www.erfolgsweg-familie.de/kinderbetreuung), Zugriff am 29.08.2011.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch der vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) durchgeführte Grundschulcheck 2011: Zwar bieten nur 13 Prozent der befragten Grundschulen keine Nachmittagsbetreuung an. Dabei sind aber zum einen die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern stark ausgeprägt. So bieten fast 100 Prozent der beteiligten ostdeutschen Schulen eine solche an, hingegen 15 Prozent der westdeutschen Schulen gar keine. Von denen, die eine anbieten, betreuen unter den befragten Grundschulen nur sechs Prozent die Kinder auch nach 17 Uhr; 20 Prozent schließen spätestens um 15 Uhr. Weiterhin bieten nur 22 Prozent der Grundschulen Betreuungsmöglichkeiten während der gesamten Schulferienzeit an. 51 Prozent verfügen immerhin zeitweise und 27 Prozent über gar keine Angebote während der Schulferien.<sup>112</sup>

**Abbildung 49: Anzahl der Grundschulen, in denen Ferienbetreuung angeboten wird, nach Ost- und Westdeutschland, 2011, in Prozent**



Quelle: DIHK, 2011: Grundschulcheck

Diese Vereinbarkeitsprobleme führen dazu, dass Mütter mit Schulkindern seltener und in geringerem Umfang einer Erwerbstätigkeit nachgehen, als sie sich dies eigentlich wünschen. Einer aktuellen Untersuchung des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (HSU) zufolge würden mehr als zwei Drittel aller nicht erwerbstätigen Mütter mit mindestens einem Kind im Schulalter von sechs bis unter 15 Jahren gerne eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Das entspricht 905.000 Müttern, die erwerbstätig sein wollen. Zugleich gibt es etwa 2,3 Millionen Mütter mit Schulkindern, die zwar bereits erwerbstätig sind, ihren Stundenumfang aber gerne ausweiten würden.

<sup>112</sup> DIHK, 2011: Grundschulcheck 2011. Ergebnisse einer DIHK-Grundschulbefragung.

Unter Berücksichtigung des jeweils gewünschten Stundenumfangs ergeben die Wünsche nach einer Aufnahme und Ausweitung der Erwerbstätigkeit in der Summe ein maximales Potenzial von 767.000 Vollzeitstellen.

Durch eine Nachmittagsbetreuung im Anschluss an die Halbtagschule bzw. eine ganztägige Betreuung in Ganztagschulen könnte die Vereinbarkeitssituation von Familien mit Schulkindern deutlich verbessert werden. Unter Berücksichtigung der individuellen Arbeitsmarktnähe der Mütter ist davon auszugehen, dass bei einer zuverlässigen Betreuungsinfrastruktur bis zu 461.000 Mütter, die zuvor keine bzw. keine passende Kinderbetreuung hatten, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würden. Gleichzeitig könnten den Berechnungen zufolge bis zu 975.000 Mütter ihre Arbeitszeit ausweiten.<sup>113</sup>

Für die Initiierung und Umsetzung der Nachmittagsbetreuung, der Betreuung in Randzeiten sowie für die Notfallbetreuung spielen zivilgesellschaftliche Strukturen, die ihre jeweils spezifischen Ressourcen einbringen, eine zentrale Rolle. Lokale Netzwerke, in denen die unterschiedlichen Akteure eingebunden werden, sind von besonderer Bedeutung, wenn es um die Zusammenführung der Ressourcen und spezifischen Kompetenzen der Akteure geht. Das Bundesfamilienministerium hat deshalb im Herbst 2010 eine strategische Entwicklungspartnerschaft mit Lokalen Bündnissen für Familie begründet und über einen Ideenwettbewerb 14 innovative Projekte mit hohem Entwicklungspotenzial identifiziert, mit denen bestehende Lösungen aufbereitet, zu lückenlosen Betreuungsketten weiterentwickelt und in die Fläche getragen werden sollen. Die Weiterentwicklung der Projekte soll dazu beitragen, bedarfsgerechte Arrangements aufzubauen, die es Eltern ermöglichen, ihre je individuellen Vorstellungen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. An der Entwicklungspartnerschaft nehmen bereits mehr als 70 Lokale Bündnisse teil.<sup>114</sup>

## 4.10 Vereinbarkeit stärkt Integration

Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt auch die Integration von Familien mit Migrationshintergrund. Von einer gelungenen Integration in den Arbeitsmarkt profitieren die Familien, weil sich ihre materielle Situation verbessert. Familien mit Migrationshintergrund sind deutlich häufiger von Armutsrisiken betroffen. Während rund ein Viertel (27 Prozent) der Paarfamilien mit Migrationshintergrund unterhalb der Armutsgrenze lebt, betrifft dies nur jede zehnte Paarfamilie ohne Migrationshintergrund (neun Prozent). Auch leben sie häufiger von Transferleistungen als Familien ohne Migrationshintergrund. Für ihren Lebensunterhalt stehen durchschnittlich 13 Prozent weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung.<sup>115</sup>

Befragungen zeigen aber, dass auch die Stärke der gefühlten Integration in einem engen Zusammenhang zur Erwerbstätigkeit steht. Die Hälfte der vollzeiterwerbstätigen Mütter

---

113 Ausführlich zu dieser Thematik siehe BMFSFJ, 2011: Dossier Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern. Erstellt durch die Geschäftsstelle des Zukunftsrats Familie.

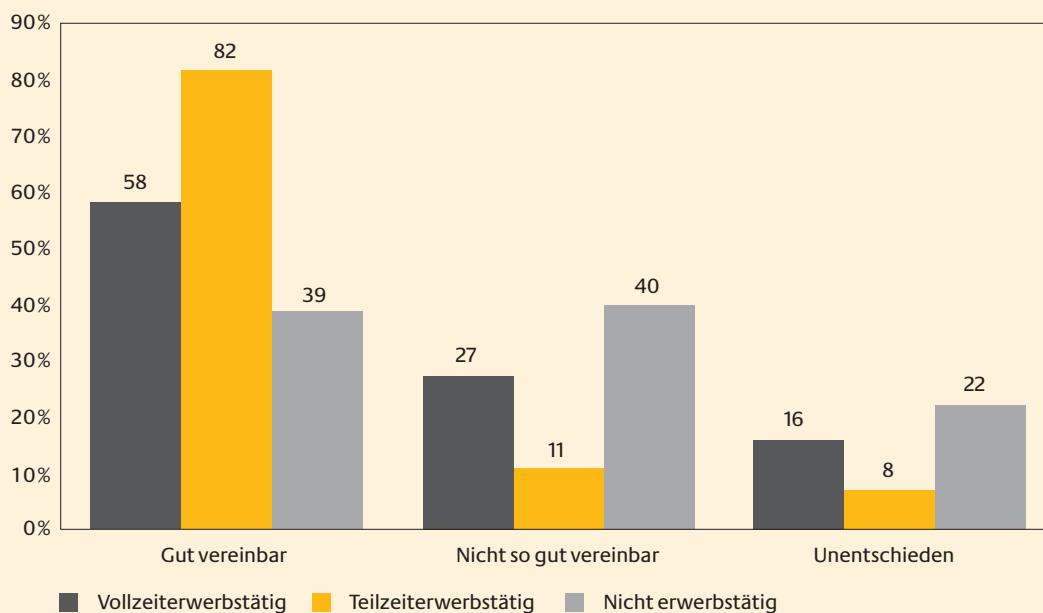
114 Zur Entwicklungspartnerschaft siehe BMFSFJ, 2011: Schulzeit, Freizeit, Arbeitszeit – alles unter einem Hut?

115 BMFSFJ, 2010: Dossier Familien mit Migrationshintergrund, S. 35 ff.

mit Migrationshintergrund gibt an, dass sie sich stark integriert fühlt. Das Gleiche trifft dagegen nur auf jede vierte nicht erwerbstätige Mutter zu. Gleichzeitig hat dieser Effekt Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Mütter mit einer geringen gefühlten Integration gaben an, seltener Unterstützung zu haben, wenn sie Hilfe bei der Kinderbetreuung benötigen.<sup>116</sup>

Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von Befragten mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen als wichtig eingestuft.<sup>117</sup> Eine Studie des „Zukunftsrats Familie“ im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hat sich 2010 mit der systematischen Aufbereitung von Fakten, Identifizierung von Erwerbsbarrieren und Unterstützungsbedarfen von Familien mit Migrationshintergrund beschäftigt. Die Ergebnisse wurden im Rahmen der Dossiers des „Zukunftsrats Familie“ veröffentlicht. Die Analyse greift auf Sonderauswertungen des Mikrozensus und des IAB zurück, die erstmals im Familienkontext ausgewertet wurden.<sup>118</sup>

**Abbildung 50: Einstellungen von Müttern von Kindern unter 14 Jahren mit Migrationshintergrund zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach Erwerbsstatus**



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5252

Etwa zwei Drittel der Familien mit Migrationshintergrund geben im Hinblick auf ihre Integration auf dem Arbeitsmarkt keinen Anlass zur Sorge. Sie sind entweder bereits gut integriert oder aufgrund ihrer vorhandenen Ressourcen selbstständig dazu in der Lage,

<sup>116</sup> Ebd., S. 91 ff.

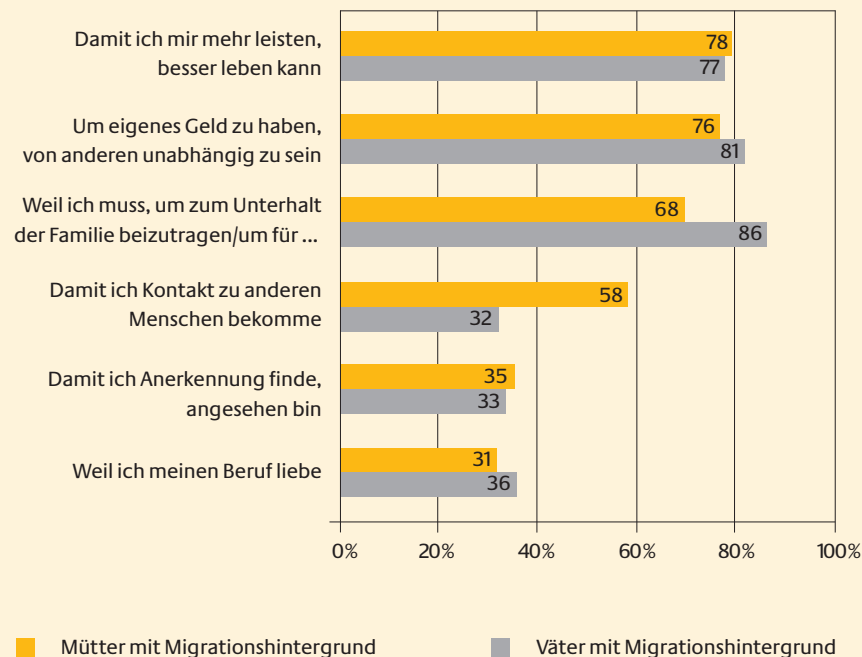
<sup>117</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung, 2011: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vergleichsstudie von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland.

<sup>118</sup> BMFSFJ, 2010: Dossier Familien mit Migrationshintergrund. Im Internet: <http://www.bmfsfj.de/Redaktion-BMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familien-mit-Migrationshintergrund,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, Zugriff am 29.08.2011.

den Integrationsprozess zu bewältigen.<sup>119</sup> Insgesamt sind rund 987.000 Mütter mit Migrationshintergrund und Kindern unter 18 Jahren erwerbstätig. Die Erwerbsbeteiligung ist – mit großen Unterschieden – immer noch unterdurchschnittlich, die Erwerbsmotivation sehr hoch. Während 72 Prozent der Mütter ohne Migrationshintergrund erwerbstätig sind, sind dies nur 50 Prozent der Mütter mit Migrationshintergrund. Weit mehr als die Hälfte aller Mütter mit Migrationshintergrund ist erwerbsorientiert, d. h., sie sind entweder erwerbstätig oder auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Auf Mütter von Kindern im Jugendalter trifft dies sogar zu zwei Dritteln zu. Jede dritte Mutter mit Migrationshintergrund besitzt das Abitur oder die Fachhochschulreife und jede sechste hat eine akademische Ausbildung. Etwa ein Drittel der erwerbstätigen Mütter arbeitet mehr als 30 Stunden und ein fast ebenso hoher Anteil der Arbeit suchenden Mütter mit Migrationshintergrund wünscht sich eine Vollzeitbeschäftigung.

Von ihren Partnern erhalten die erwerbstätigen Frauen fast ausnahmslos Unterstützung. Eine Mehrheit der Partner von nicht erwerbstätigen Müttern würde die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit begrüßen. Neben finanziellen Gründen spielt für weit mehr als jede zweite Mutter mit Migrationshintergrund auch der Kontakt zu anderen Menschen als Erwerbsmotiv eine wichtige Rolle.

**Abbildung 51: Wichtigste Gründe für eine Erwerbstätigkeit für berufstätige Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund**



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5252



Bei etwa einem Drittel der Mütter mit Migrationshintergrund konnten hingegen Unterstützungsbedarfe identifiziert werden, die sich teilweise mit bildungsfernen Müttern ohne Migrationshintergrund decken. Diese werden jedoch verschärft durch sprachliche, kulturelle und soziale Schwierigkeiten und mangelnde Unterstützung im direkten Umfeld.

Da Mütter mit Migrationshintergrund durchschnittlich jünger sind, wenn sie ihr erstes Kind bekommen, fällt die Familiengründung biografisch häufig mit der Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase zusammen. Darüber hinaus bleiben sie seltener kinderlos und bekommen häufiger drei und mehr Kinder. Gleichzeitig hat jede zehnte Mutter mit Migrationshintergrund keinen bzw. keinen in Deutschland anerkannten Schulabschluss und etwa jede dritte nur einen Hauptschulabschluss. Ein ebenso hoher Anteil der Mütter kann nicht auf eine abgeschlossene bzw. anerkannte Berufsausbildung aufbauen, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ohne besonders intensive und individuelle Unterstützungsmaßnahmen bleibt daher dieses eine Drittel der Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit dauerhaft von einem existenzsichernden Erwerbsleben ausgeschlossen und damit auch in sozialer Hinsicht weitestgehend isoliert.

Durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit können die Mütter dazu beitragen, dass die Familie ihren Lebensunterhalt ohne den Bezug von Transferleistungen bestreiten kann. Gleichzeitig wird die soziale Integration gestärkt und auch schwach ausgeprägte deutsche Sprachkenntnisse sowie die Kenntnis von hierzulande verbreiteten kulturellen Gepflogenheiten können durch die Praxis verbessert werden. Für die Kinder zeigen sich positive Sozialisationseffekte und eröffnen sich weitere Perspektiven in unserer Gesellschaft.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung erhöhte sich bundesweit bei Kindern bis fünf Jahren gegenüber dem Jahr 2009 um 2,2 Prozentpunkte auf 48,9 Prozent (Stichtag 1. März 2010). Die Betreuungsquote bei Kindern ohne Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe lag mit 61,7 Prozent deutlich darüber (+ 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Dabei sind große Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen festzustellen.

**Abbildung 52: Kinder bis fünf Jahre (mit und ohne Migrationshintergrund) in Kinderbetreuung in Deutschland (in Prozent, Stichtag 1. März 2010)**

Betreuungsquoten 2010	Kinder bis 5 Jahre insgesamt	Bis 2 Jahre	3 bis 5 Jahre
Kinder gesamt	57,9	23,0	92,2
Kinder mit Migrationshintergrund	48,9	12,2	85,7
Kinder ohne Migrationshintergrund	61,7	27,7	94,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2011

Als Gründe dafür, dass eigene Kinder nicht die Kita besuchen, nannten Eltern mit Migrationshintergrund in einer Befragung ähnliche Gründe wie Eltern ohne Migrationshintergrund: fehlende Plätze (43 bzw. 45 Prozent), ausreichende familiäre Unterstützung (40 bzw. 39 Prozent). Weniger wichtig waren die Kosten (für 22 bzw. 19 Prozent der Eltern ein Hindernis). 18 bzw. 20 Prozent der Eltern gaben an, ihre Kinder lieber zu Hause zu erziehen. Die Einführung eines verpflichtenden Kita-Besuchs für alle Kinder ab drei Jahren stieß auf große Zustimmung bei Eltern mit Migrationshintergrund (68 Prozent) und Eltern ohne Migrationshintergrund (65 Prozent).<sup>120</sup>

Befragungen zeigen, dass die Motivation, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, bei den nicht erwerbstätigen Müttern mit Migrationshintergrund sehr hoch ist. Die traditionellen Instrumente der Arbeitsvermittlung zeigen allerdings nur begrenzte Wirkung. Das Bundesfamilienministerium hat deshalb exemplarisch Unterstützungsstrukturen und Praxisansätze für Migrantinnen untersucht und den parallel ermittelten Bedarfen der Mütter mit Migrationshintergrund gegenübergestellt. Gemeinsam mit Kooperationspartnern sollen neue Wege zum Einstieg in die Erwerbsarbeit aufgezeigt werden.

---

<sup>120</sup> Bertelsmann Stiftung, 2011: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vergleichsstudie von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland.

# V.

## Zeit für Verantwortung in der Familie

### 5.1 Zeit für Familie: Neue Herausforderungen und Ressourcen

Gemeinsame Zeit ist die Grundbedingung des Familienlebens, für einen gelingenden Alltag und für stabile und liebevolle Bindungen der Familienmitglieder untereinander.<sup>121</sup> Zeit ist Voraussetzung für Verantwortung und Fürsorge füreinander, der Eltern für ihre Kinder, der Partner füreinander und der Erwachsenen für ihre Eltern. Familien brauchen verlässlich und flexibel Zeit, um sich durch Austausch, Zuwendung und Interaktion als Familie erfahren zu können.<sup>122</sup>

Zeit für Familie steht in mehrfacher Hinsicht in Konkurrenz zu anderen Optionen der Zeitverwendung, denn die Individualisierung von Lebensstilen und Lebensentwürfen eröffnet vielfältige Wahlmöglichkeiten. So konkurriert die Entscheidung für eine Familiengründung und damit für eine auf Dauer angelegte Verantwortungsübernahme mit alternativen Lebensentwürfen. Die Entscheidung für eine Familie ist nicht selbstverständlich und fällt jungen Frauen und Männern offensichtlich dann umso leichter, je weniger sie gezwungen sind, ihre Lebensplanung in anderen Bereichen (berufliche Etablierung, finanzielle Sicherheit, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, Freizeit, Freundinnen und Freunde usw.) aufzugeben oder zurückzustecken.

Zeit für Familie und Verantwortung in der Familie stellt sich auch vor dem Hintergrund der veränderten Rollen der Geschlechter insbesondere der Frauen in der Gesellschaft neu. Frauen stehen nicht mehr selbstverständlich ausschließlich für andere/für die Familie zur Verfügung. Für die Mehrheit der jungen Frauen und der Mütter sind Familie und Beruf keine Alternativen, sondern zu vereinbarende Lebensbereiche. Frauen unterliegen heute zunehmend selber zeitlichen Restriktionen, die ihre Verfügbarkeit ähnlich einschränken, wie dies bei Männern verbreitet und sozial akzeptiert der Fall ist.<sup>123</sup>

Obwohl für Deutschland im internationalen Vergleich keine besondere Zeitverknappung im Privatleben festgestellt werden kann<sup>124</sup>, ist Zeit für Familie nicht mehr fraglos gegeben. Die Koordination des Familienlebens wird ganz maßgeblich von den in der Arbeitswelt wachsenden Anforderungen an Flexibilität und Mobilität beeinflusst. Verbunden mit

---

121 BMFSFJ, 2011: Achter Familienbericht, 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant) Kapitel 4.

122 BMFSFJ, 2011: Achter Familienbericht, 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant). Zitiert nach Heitkötter et al., 2009: Zeit für Beziehungen. Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen.

123 BMFSFJ, 2011: Achter Familienbericht, 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant) Kapitel 1.

124 Ebd.

Betreuungsstrukturen, die häufig nicht mit den Bedürfnissen von Berufstätigen zusammenpassen, müssen Familien mit einem Zeitbudget jonglieren, auf deren Gestaltung sie selbst keinen Einfluss haben.

Zeit ist in der modernen Gesellschaft zu einer knappen Ressource geworden. Gesellschaftliche Strukturen haben auf den beschriebenen Wandel noch nicht ausreichend reagiert. Während Familie gefordert ist, sich flexibel an die Zeitstrukturen anderer sozialer Institutionen anzupassen, nehmen diese dagegen oftmals keine Rücksicht auf die zeitlichen Belange von Familie.<sup>125</sup> Dadurch entstehen strukturelle Zeitprobleme, die mit den Begriffen Zeitbudgetknappheit, Zeitsynchronisations- und Zeitverwendungsprobleme charakterisiert werden können.

Diese strukturellen Zeitprobleme treten einerseits in bestimmten Lebensphasen auf. Sowohl in der Familiengründungsphase als auch in der Phase der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit älterer Familienmitglieder kann es zu einer Zeitbudgetkonkurrenz vor allem zwischen Arbeits- und Familienzeit kommen mit der Konsequenz, dass in der Regel die Familienzeit zu kurz kommt.<sup>126</sup> Strukturelle Zeitprobleme treten andererseits je nach Familienform sowie Einbindung der Familienmitglieder in das Erwerbsleben und in Bildungs- und Betreuungssituationen auf. Familien, in denen beide Elternteile in Vollzeit oder vollzeitnah erwerbstätig sind, sowie Alleinerziehende leiden vor allem unter Zeitnot.<sup>127</sup> Es ist eine Aufgabe der Familienpolitik, diese neue Dimension der sozialen Ungleichheit in den Blick zu nehmen.<sup>128</sup>

## 5.2 Zeitverwendung in Familien aus unterschiedlichen Perspektiven

### 5.2.1 Die Perspektive von Müttern und Vätern

Das Rollenverständnis von Müttern und Vätern befindet sich im Wandel. Insbesondere beim Übergang zur Elternschaft lässt sich jedoch eine Traditionalisierung in der Aufgabenteilung zwischen Müttern und Vätern feststellen. Frauen verwenden unabhängig vom Ausmaß der Berufstätigkeit beider Partner den größeren Zeitanteil für Kinderbetreuung und Haushalt.<sup>129</sup>

Während die Zeitverwendung von Frauen und Männern vor der Familiengründungsphase relativ ähnlich ist, unterscheidet sich die Zeitverwendung von Müttern und Vätern mit Kindern deutlich. Für Erwerbsarbeit und Weiterbildung verwenden Männer mit Kindern 5:17 Stunden, für Hausarbeit 2:18 und für Kinderbetreuung und Pflege 0:40 Stunden, während Frauen mit Kindern nur 2:12 Stunden für Erwerbsarbeit, aber 4:32 Stunden für Hausarbeit und 1:25 Stunden für Kinderbetreuung und Pflege verwenden. Der relativ niedrige

---

125 Ebd.

126 Ebd.

127 BMFSFJ, 2010: Kassner. Unveröffentlichte Kurzexpertise.

128 BMFSFJ, 2011: Achter Familienbericht, 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant) Kapitel 1.

129 Ebd., Kapitel 4.1.2.4.

Zeitaufwand für Kinderbetreuung resultiert daraus, dass große Teile davon simultan zu anderen Tätigkeiten, wie der Einnahme von Mahlzeiten (sonstige Eigenzeit) oder der Hausarbeit, erfolgen und damit nicht als Kinderbetreuung erfasst sind.

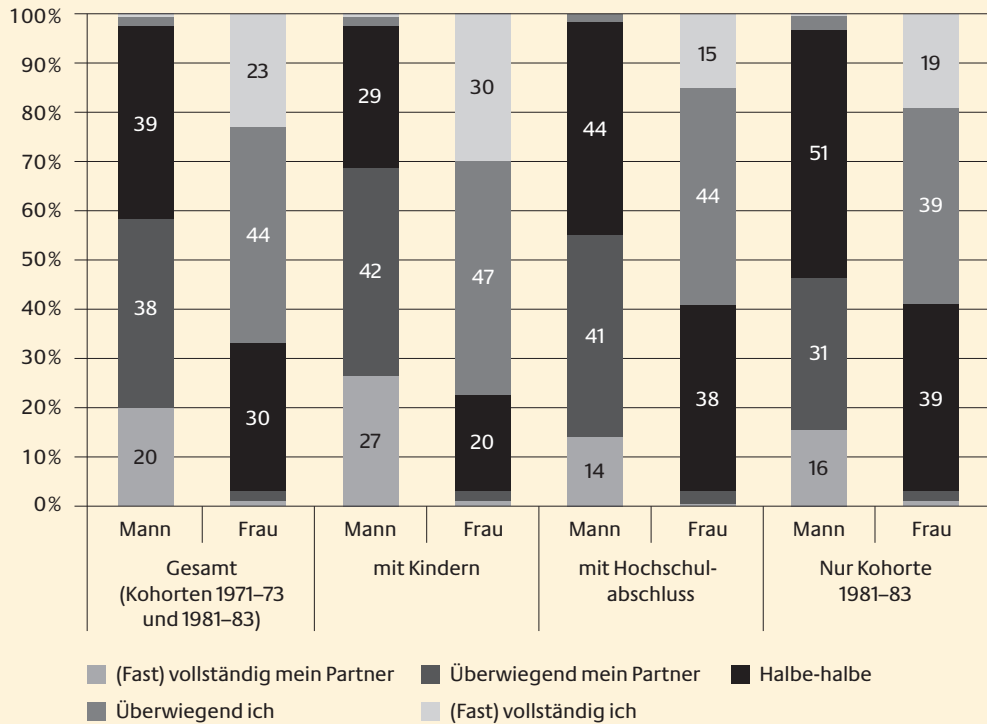
**Abbildung 53: Zeitverwendung nach Lebensphase**

	Insgesamt		Personen zwischen 20 und 40 Jahren ohne Kinder		Personen mit minderjährigen Kindern		Personen über 60 Jahren	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Angaben in Stunden:Minuten je Wochentag 2001/2002							
Schlafen	08:23	08:30	08:18	08:21	07:56	08:14	08:33	08:35
Sonstige Eigenzeit	02:32	02:44	02:14	02:28	02:27	02:34	03:04	03:05
Erwerbsarbeit/Weiterbildung	03:51	02:20	05:28	04:55	05:17	02:12	00:41	00:13
Hausarbeit	02:21	03:52	01:35	02:15	02:18	04:32	03:41	04:55
Kinderbetreuung und Pflege	00:16	00:29	00:09	00:14	00:40	01:25	00:14	00:14
Freizeit	06:34	06:03	06:14	05:43	05:19	04:59	07:44	06:56
Summe	24:00	24:00	24:00	24:00	24:00	24:00	24:00	24:00

*Quelle: Zeitbudgeterhebung 2001/2002; Berechnungen des ifo Instituts*

Auch bei den jüngeren Paaren übernimmt die Frau in der Regel den Großteil der Hausarbeit. Im Rahmen der Panelstudie zur Beziehungs- und Familienentwicklung in Deutschland (PAIRFAM) wurden 2008/2009 Personen im Alter von 25 bis 29 Jahren und von 35 bis 39 Jahren nach der Aufteilung der Hausarbeit in der Partnerschaft gefragt. Nach den Angaben von 67 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer übernimmt die Partnerin den überwiegenden Teil oder die gesamte Hausarbeit. Betrachtet man nur Personen mit Hochschulabschluss, sagen immer noch 59 Prozent der Frauen und 56 Prozent der Männer, dass die Frau den überwiegenden Teil oder die gesamte Hausarbeit übernimmt. Auch bei jungen Akademikern ist Hausarbeit also vorwiegend Frauenarbeit.

Abbildung 54: Aufteilung der Hausarbeit (bei jüngeren Paaren)



Anmerkung: „Wie haben Sie und Ihr Partner sich die Arbeit im Bereich der Hausarbeit (Waschen, Kochen, Putzen) aufgeteilt?“

Quelle: PAIRFAM 2008/2009; Berechnungen des ifo Instituts

Berufstätigkeit und Hausarbeit zusammengenommen, antworten 33 Prozent der Frauen, dass sie mehr als ihren „gerechten Anteil“, und nur 4 Prozent, dass sie weniger übernehmen. Interessanterweise sind die Antworten von Männern fast spiegelbildlich: 21 Prozent geben an, dass sie weniger, und nur 8 Prozent, dass sie mehr als ihren „gerechten Anteil“ übernehmen. Dies gilt auch für Paare mit Kindern.

Dass Mütter nicht in dem Maße, wie sie es wünschen, in den Beruf zurückkehren, liegt erheblich an den fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder. Das trifft für mehr als die Hälfte der Mütter zu, die die Kinderbetreuungsmöglichkeiten als nicht ausreichend einschätzen. Bei einem passgenaueren Betreuungsangebot wäre jede fünfte Mutter (19 Prozent) früher und jede achte von ihnen (13 Prozent) mit einem größeren Stundenumfang in den Beruf eingestiegen.<sup>130</sup>

Väter möchten sich stärker in der Familie engagieren, Zeitmangel prägt jedoch ihr Familienleben. Mehr als die Hälfte der Väter haben in der Woche nur wenig Zeit für Familie, mehr als ein Drittel kann nie fest zusagen, wann sie nach Hause kommen bzw. berichten über erhebliche Beeinträchtigungen durch die Arbeitszeiten eines Elternteils. Nur knapp

130 Ebd., Kapitel 4.2.2.2.

jeder fünfte Vater hat einen Beruf, der genug Zeit für die Familie lässt. Fast die Hälfte aller Väter hat oft ein schlechtes Gewissen, weil sie zu wenig Zeit mit der Familie verbringen. Längere Arbeitszeiten oder kurzfristige beruflich bedingte Abwesenheit führen eher bei Vätern zu Betreuungsproblemen als bei Müttern.

Mehr Zeit und Engagement der Väter in der Familie ist dabei nicht nur der Wunsch der meisten Väter selber, sondern entspricht auch den Vorstellungen der Bevölkerung. Zwei Drittel der Bevölkerung finden, dass sich Väter heute mehr an der Erziehung und Betreuung beteiligen als vor fünf bis zehn Jahren und beurteilen diese Entwicklung auch als sehr gut bzw. gut. Fast jeder Fünfte sagt, es hat sich nichts geändert, und die Mehrheit von ihnen findet, dass sich die Väter mehr beteiligen sollten.<sup>131</sup>

## 5.2.2 Die Perspektive von Kindern

Die Zeitbedarfe von Kindern ändern sich in erster Linie mit deren Lebensalter. Das betrifft auch den Zeitumfang und die Qualität der gemeinsamen Zeit, die Kinder mit ihren Eltern brauchen. Je jünger ein Kind ist, desto stärker ist es von der beständigen Fürsorge seiner Eltern abhängig. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse des Kindes durch seine Hauptbezugspersonen ist Voraussetzung dafür, dass es sich gesund entwickeln kann, Kompetenzen erwirbt und die jeweils alterstypischen Entwicklungsschritte bewältigt.<sup>132</sup> Mit der Einführung des Elterngeldes (vgl. Kapitel 6) haben Eltern einen Schonraum, um sich im ersten Jahr nach der Geburt intensiv der Betreuung ihres Kindes zu widmen.

Das familiäre Wohlbefinden bei Kindern ist bemerkenswert hoch ausgeprägt. 82 Prozent der in der World-Vision-Studie befragten Kinder (sechs- bis elfjährige) sind mit der Fürsorge ihrer Eltern zufrieden. Für mehr als die Hälfte der Kinder dieser Altersgruppen (51 Prozent) ist die regelmäßige Erwerbstätigkeit beider Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils Normalität. Nur noch eine Minderheit von 40 Prozent der Kinder dieses Alters lebt in einer traditionellen „Ein-Mann-Verdiener“-Familie. Nach ihren eigenen Aussagen sind die Kinder mit der Berufstätigkeit ihrer Eltern einverstanden. Sie wissen zu schätzen, dass ihre Eltern mit ihrer Lebensgestaltung zufrieden sind, eine anerkannte Rolle in der Gesellschaft spielen und das Einkommen für die Familie erarbeiten. Die allermeisten sind vor diesem Hintergrund mit der zeitlichen Zuwendung ihrer Eltern zufrieden. Es sind nicht primär die Kinder der erwerbstätigen Eltern, die häufiger eine fehlende Zuwendung der Eltern beklagen. Vielmehr sind es mit einem Anteil von 30 Prozent die Schulkinder, deren Eltern arbeitslos oder aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig sind. Auch 31 Prozent der Kinder mit erwerbstätigen alleinerziehenden Eltern sind mit dem zeitlichen Umfang für Zuwendung nicht zufrieden. Gleichwohl äußern auch Kinder dieser Altersgruppe, dass die gemeinsame Zeit mit den Eltern durch die Berufstätigkeit eingeschränkt ist. Im Fall der Berufstätigkeit der Mutter meinen dies 36 Prozent der Sechs- bis 14-Jährigen. Bezogen auf den Vater ist sogar jedes zweite Kind dieser Ansicht.<sup>133</sup>

---

131 IfD Allensbach, 2011: Monitor Familienleben 2011.

132 BMFSFJ, 2011: Achter Familienbericht, 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant) Kapitel 4.1.2.1.

133 GEOlino 2010, S. 50 ff. Zitiert nach BMFSFJ, 2011: Zur Vereinbarkeitssituation von Eltern mit Schulkindern. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Nr. 25.

Die Ergebnisse des „GEOlino-Kinderwerte-Surveys“ zeigen auch, dass nicht nur die rein quantitativ zur Verfügung stehende Zeit für die Kinder von Bedeutung ist. Diese Zeit ist bei berufstätigen Eltern zwangsläufig knapper, deshalb schätzen es Kinder, wenn die Mutter vorübergehend einmal beruflich aussetzt oder kürzertritt. Insgesamt ist die große Mehrheit der Kinder zufrieden damit, wie ihre Eltern für sie da sind.<sup>134</sup> Gleiches gilt auch für die Bewertung des Familienlebens. Jeweils deutlich über 90 Prozent der befragten Kinder sind damit sehr oder meistens zufrieden.

### 5.2.3 Erwartungen an die Familienpolitik

Große Zustimmung findet bei Eltern eine Familienpolitik, die mit Zeit, Infrastruktur und Geld zur Verbesserung ihres Wohlbefindens beiträgt. Die Verbesserung der zeitlichen Situation von Familien durch die Flexibilisierung von Arbeitsangeboten, der Öffnungszeiten von Infrastruktureinrichtungen und Möglichkeiten einer besseren Abstimmung zwischen familiären Zeiterfordernissen und der Kinderbetreuung stehen im Mittelpunkt. Dem Ravensburger Elternsurvey 2010 zufolge wünschen sich fast neun von zehn der Eltern (knapp 87 Prozent) mehr Zeit, wobei dieser Wunsch noch vor dem Wunsch nach mehr Geld oder nach besserer Kinderbetreuung rangiert. Im Ravensburger Elternsurvey werden negative Auswirkungen von Zeitdefiziten auf das Wohlbefinden von Eltern vermutet, mit Folgen auch für Kinder: Denn das Wohlbefinden der Eltern ist eine wichtige Ressource für die kindliche Entwicklung.<sup>135</sup> Als Bedingungen für ein gutes Aufwachsen der Kinder gelten Eltern neben gesicherten finanziellen Verhältnissen (84 Prozent) „genügend Zeit für die Familie“ (81 Prozent).<sup>136</sup>

## 5.3 Familienzeitpolitik: Der 8. Familienbericht

### 5.3.1 Zeitpolitik als Teil nachhaltiger Familienpolitik

Zeitpolitik erfährt aus den genannten Gründen einen großen Bedeutungszuwachs. Daraus erwächst die Aufgabe, Zeitpolitik als einen eigenständigen Teil einer nachhaltigen Familienpolitik systematisch zu entwickeln und strategisch auszurichten. Mit diesem Auftrag hat die Sachverständigenkommission den 8. Familienbericht vorgelegt und Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Zeitstrukturen markiert, mittels derer mehr „Zeit für Verantwortung in der Familie“ geschaffen werden kann. Zeitpolitik heißt, Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, die den Zeitwohlstand und die Zeitsouveränität von Familien erhöhen und Zeit für Verantwortung in Familie ermöglichen. Sie versteht sich als Strategie, die die freie Verfügung über Zeit in Familien befördert, nicht aber konkrete Zeitverwendungen vorgibt.<sup>137</sup>

---

134 GEOlino, 2010, S. 41.

135 BMFSFJ, 2010: Das Wohlbefinden von Eltern. Auszüge aus dem Ravensburger Elternsurvey. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Nr. 22.

136 IfD Allensbach, 2011: Monitor Familienleben 2011.

137 BMFSFJ, 2011: Achter Familienbericht, 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant) Kapitel 1.



Zeitwohlstand ist mehr als der Umfang der zur Verfügung stehenden Zeit. Nach einem Konzept von Gerhard Sherhorn (2002) besteht er aus dem Umfang der Zeit „für ein gutes Leben“ sowie aus den Dimensionen Qualität der Zeit, individuelle Kontrolle der Zeitverwendung und der sozialen Passung der verfügbaren Zeitressourcen. Familie, die unverzichtbare Leistungen für Wirtschaft und Gesellschaft erbringt, indem sie Kinder erzieht, private und teilweise öffentliche Fürsorge leistet und den sozialen Zusammenhalt stiftet, ist auf die Unterstützung durch Staat und Gesellschaft angewiesen. Sie ist es auch dort, wo ihre zeitlichen Ressourcen und zeitlichen Verpflichtungen betroffen sind.

### 5.3.2 Handlungsfelder familienbezogener Zeitpolitik

Der Familienbericht identifiziert vier Handlungsfelder von familienbezogener Zeitpolitik<sup>138</sup>:  
**Erhöhung der Zeitsouveränität:** Vielfältige gesellschaftlich vorgegebene Zeitstrukturen beeinträchtigen die freie Verwendung von Zeit, sodass es insbesondere in Familien im Alltag und im Lebensverlauf zu den oben beschriebenen strukturellen Zeitproblemen (Zeitbudgetknappheit und Zeitkonflikten) kommt. Diese können dazu führen, dass sich Familie nicht in der gewünschten Weise entwickelt. Ziel familienbezogener Zeitpolitik ist, Effizienzreserven bei der Verwendung von Zeit aufzuzeigen und zu nutzen. Solche Reserven liegen maßgeblich im Bereich der Arbeitszeiten, aber auch in anderen gesellschaftlichen Strukturen, insbesondere bei der institutionellen Kinderbetreuung. Bei der Erhöhung der Zeitsouveränität steht die Entlastung von Familien im Alltag im Fokus, wobei volkswirtschaftliche Effekte nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

**Verbesserung der Synchronisation verschiedener Zeitstrukturen:** Ein zentrales Problem bei der Gestaltung von Familienleben ist, dass verschiedene Zeitstrukturen nicht aufeinander abgestimmt sind. Insbesondere die Arbeitszeiten der Eltern sind oft wenig mit Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen usw. vereinbar. Die Abstimmung verschiedener Zeitstrukturen kann in den meisten Fällen am besten auf kommunaler Ebene erfolgen.

**Umverteilung von Zeit:** In den verschiedenen Lebensphasen und Lebenslagen unterscheidet sich der Umfang der Zeitressourcen von Familien auch zwischen den Geschlechtern und den Generationen deutlich. So leiden etwa Eltern mit Kindern häufig unter Zeitknappheit, während Personen im Ruhestand zum Teil große Zeitreserven haben. Es geht um die bestehende ungleiche Verteilung von sozial wenig geschätzter Familienarbeit zwischen Müttern und Vätern, in deren Folge die Mütter nach wie vor die Hauptverantwortung für die Kindererziehung tragen. Durch Veränderungen in der gesellschaftlichen Wertschätzung und durch die Umverteilung von Zeit in den Zuständigkeiten kann dieser Aspekt sozialer Ungleichheit verringert werden. Durch die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Kinderbetreuung und in der Betreuung und Pflege älterer Menschen könnten Zeitressourcen der Generationen umverteilt und genutzt werden.

---

138 Ebd.

**Stärkung der Zeitkompetenz:** Die Anforderungen an Familien und ihre einzelnen Mitglieder, die Zeitressourcen optimal zu nutzen – sei es für die Bewältigung des Alltags oder die Steuerung der eigenen Biografie und der von Kindern –, sind groß und in Veränderung. Familienbezogene Zeitpolitik hat zum Ziel, dass Menschen die Kompetenzen erhalten, ihre Zeit selbstverantwortlich so zu strukturieren, dass ihre Handlungsziele und Präferenzen dadurch möglichst gut verwirklicht werden. Der Ansatzpunkt hierfür liegt vor allem im Bildungssystem.

### 5.3.3 Akteure familienbezogener Zeitpolitik

Stärker denn je sind die verschiedenen Taktgeber familiärer Zeit aufgefordert, die Freiräume zeitlicher Gemeinsamkeit zu schaffen und zu respektieren. Hierfür sollen gesellschaftliche Zeitstrukturen und Zeitnormen entwickelt werden, in der Familie ihren Platz hat.<sup>139</sup>

Zeitpolitische Akteure sind die Arbeitgeber und die Sozialpartner: Sie gestalten die betrieblichen Arbeitsbedingungen und damit wesentlich die zeitlichen Rahmenbedingungen von erwerbstätigen Eltern. Eine gelingende Synchronisation der Arbeitszeiten zweier Erwerbstätiger – wie es heute für die Mehrzahl der Familien der Fall ist – verlangt mehr Freiräume und Flexibilität in der Hand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als die Schaffung zeitlicher Freiräume für nur einen am Erwerbsleben Beteiligten. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen heute Arbeitgeber und Sozialpartner zu ihrem zentralen Anliegen machen, wenn es um Zeit für Verantwortung in der Familie geht.

Gefordert sind auch die Kommunen als wichtigster Akteur: Sie stellen die Infrastrukturen für Familien, insbesondere zur Betreuung der Kinder zur Verfügung. Das Vorhandensein qualitativ hochwertiger, ortsnaher, bedarfsgerechter und zeitlich passender Betreuung ist notwendige Voraussetzung dafür, dass – die individuell gewünschten und ökonomisch oftmals dringend erforderlichen – Freiräume zur Erwerbstätigkeit geschaffen werden, dass Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe effektiv unterstützt und entlastet werden können.

Akteur ist nicht zuletzt der Gesetzgeber: Er schafft die Rahmenbedingungen, in denen Familie lebt und handelt. Nach gesetzlichen Vorgaben erfolgt nicht nur die Zuteilung finanzieller Ressourcen für Familie, sondern auch die Zuteilung des Rechts, über familiäre Zeit zu entscheiden.

## 5.4 Gesetzliche und tarifliche Arbeitszeitregelungen

Familien bewegen sich in der Arbeitswelt in einem komplexen Rahmen aus gesetzlichen und tariflichen Regelungen sowie Betriebsvereinbarungen und individuellen Absprachen mit ihrem Arbeitgeber. Das geltende Recht schafft durch das Zusammenspiel verschiedener Gesetze rechtliche Rahmenbedingungen, die eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen sollen. Zu nennen sind insbesondere das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, das Teilzeit- und Befristungsgesetz und das Pflegezeitgesetz.

---

139 Ebd., Kapitel 7.

Die Regelungen eröffnen Spielräume für einen fairen Interessenausgleich für Arbeitgeber sowie Beschäftigte. Werden die Spielräume intelligent genutzt, entsteht eine echte Win-win-Situation für Beschäftigte und Arbeitgeber. Beide Seiten können und sollen gleichermaßen profitieren: Beschäftigte erhalten die notwendige Flexibilität und die Verlässlichkeit, um mehr Zeit mit der Familie verbringen zu können. Arbeitgeber hingegen können qualifizierte Beschäftigte halten und neue gewinnen, sparen Wiedereingliederungskosten, motivieren Eltern in ganz besonderem Maße, können aber auch besser auf Nachfrageschwankungen reagieren. Flexibilität und Familienfreundlichkeit sind also kein Widerspruch, sondern ergänzen einander vielmehr.<sup>140</sup>

Unternehmen und Beschäftigte legen besonderes Augenmerk auf familienfreundliche Arbeitszeiten. Grundsätzlich sind es drei Hebel, die bei der Gestaltung von familienbewussten Arbeitszeitmodellen von entscheidender Bedeutung sind: die Länge der Wochenarbeitszeit, die Lage der Arbeitszeit am Arbeitstag und die Verteilung der Arbeitszeit auf Wochentage, ggf. auch auf längere Zeiträume.

**Länge:** Familiäre Fürsorge, insbesondere bei der Betreuung von kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, führt häufig phasenweise zu einer Reduzierung der Arbeitszeit. Doch nicht selten wollen gerade teilzeitbeschäftigte Mütter ihre Arbeitszeit nach einer intensiven Familienphase auch wieder aufstocken. Familienbewusste Arbeitszeitgestaltung bedeutet deshalb oft, mit den Beschäftigten einen adäquaten Beschäftigungsumfang zu vereinbaren, der je nach familiärer Situation auch veränderbar ist.

**Lage:** In Familien mit kleinen Kindern sind das gemeinsame Frühstück und Abendessen Kernzeiten, an denen Eltern zu Hause sein wollen. Für Menschen, die Angehörige pflegen, kann es dagegen auch der Arzttermin sein, für den man eine längere Mittagspause benötigt. Eine Arbeitszeitgestaltung, die soweit möglich auch Familienzeiten berücksichtigt und verlässliche Freiräume ermöglicht, ist für viele Beschäftigte eine große Unterstützung.

**Verteilung:** Gerade wenn sich Eltern die Betreuung ihrer Kinder teilen und diesbezüglich dringende Termine einhalten müssen, sind sie oft auf freie Tage angewiesen. Dafür stehen sie zu anderen Phasen in der Woche auch länger zur Verfügung und können gegebenenfalls dann zu Zeiten arbeiten, die sonst schwer abzudecken sind. Familienbewusste Arbeitszeitgestaltung kann daher – auch in Verbindung mit Telearbeit – bedeuten, dass Beschäftigte Zeit für Familie bekommen und gleichzeitig flexibel einsetzbar sind.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind jedoch nur ein Baustein bei der Ausgestaltung familienfreundlicher Arbeitszeiten. Es ist auch Aufgabe der Tarifvertragsparteien, Betriebsräte und Personalverantwortlichen in Unternehmen, individuell passende Lösungen zu finden. Gerade dieses Zusammenspiel von gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen ist Ausgangspunkt für Unternehmen, systematisch eine umfassende familienbewusste Personalpolitik zu entwickeln. Dadurch gelingt es, die Kultur in immer mehr Unternehmen maßgeblich zu beeinflussen. Denn drei Viertel der Unternehmen führen familienfreundliche Maßnahmen auch ein, um den gesetzlichen oder tarifvertraglichen Vorgaben gerecht zu werden.<sup>141</sup>

---

140 Im Einzelnen vgl. Kapitel 4.

141 BMFSFJ, 2010: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010, durchgeführt IW Köln.

Dabei gibt es nicht das universell einsetzbare familienfreundliche Arbeitszeitmodell. Flexible und gleichzeitig familienbewusste Arbeitszeiten können und müssen sehr unterschiedlich ausgestaltet werden – je nach der Größe eines Unternehmens, seiner Beschäftigtenstruktur und der Branche, in der es tätig ist. Gerade Lage und Verteilung der regulären Arbeitszeit werden regelmäßig durch Vereinbarung der Arbeits- und Tarifvertragsparteien oder der Betriebspartner einvernehmlich festgelegt. Das entspricht den für das Arbeitsrecht maßgeblichen Grundsätzen der Vertragsfreiheit und der Tarifautonomie. Hinzu kommt, dass kleine Betriebe oft keine (große) Personalabteilung haben, die systematische Arbeitszeitmodelle entwickeln, wie dies in Großbetrieben der Fall ist. Dafür können sie oft spontaner reagieren und mit ihren Beschäftigten auf kurzem Weg individuelle Arbeitszeitlösungen vereinbaren.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass familienfreundliche Arbeitszeiten von allen Beteiligten verstärkt als Aufgabe der Sozialpartner verstanden werden – zum Nutzen aller. Zahlreiche Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen aus unterschiedlichen Branchen enthalten mittlerweile Regelungen, durch die die Vereinbarkeit von Familienpflichten und Berufstätigkeit gefördert wird.

Nach der WSI-Betriebsrätebefragung 2007 verfügten zum Befragungszeitpunkt knapp 10 Prozent der Betriebe explizit über eine Vereinbarung zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass zwischen 2005 und 2007 eine wachsende Zahl von Unternehmen betriebliche Vereinbarungen zum Thema Vereinbarkeit abgeschlossen haben. Während unter den Betrieben mit unter 2.000 Beschäftigten der Anteil derer mit Betriebsvereinbarungen zur Familienfreundlichkeit fast linear mit der Betriebsgröße von neun auf 17 Prozent gestiegen ist, sind Betriebe mit über 2.000 Beschäftigten überdurchschnittlich aktiv bei der Vereinbarung familienfreundlicher Maßnahmen und verfügten zu 44 Prozent über entsprechende Vereinbarungen.<sup>142</sup>

Dazu kommen Vereinbarungen, die nicht ausdrücklich der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie dienen, aber dennoch familienfreundliche Regelungen enthalten. Familienfreundliche Arbeitszeiten werden beispielsweise auch in allgemeinen Betriebsvereinbarungen zu Arbeitszeiten oder Arbeitsorganisation geregelt. Neue Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen sind seitdem dazugekommen. Mittlerweile haben vier von zehn Unternehmen (42 Prozent) betriebliche Vereinbarungen zu Familienfreundlichkeit mit dem Betriebsrat oder den Beschäftigten direkt getroffen.<sup>143</sup>

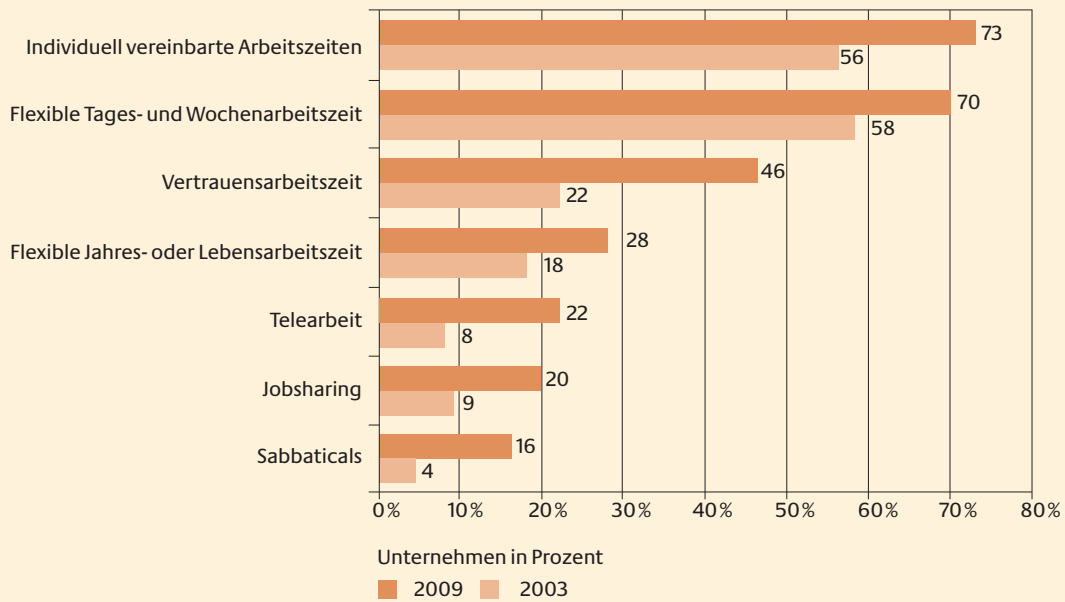
Die Vereinbarungen spiegeln ein vielfältiges Instrumentarium einer familienfreundlichen Personalpolitik wider. Das Instrumentarium reicht von flexiblen Arbeitszeitmodellen mit Gleitzeit und/oder (Lebens-/Jahres-)Arbeitszeitkonten, individuellen Arbeitszeitregelungen, Vertrauensarbeitszeit, Regelungen zu Teilzeit (auch für Führungspositionen), Job-sharing und Sabbaticals bis zu Telearbeit. Nahezu alle Tarifverträge enthalten auch Regelungen über die Freistellung der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers bei bestimmten familiären Verpflichtungen.

---

142 Klenner, C., 2008: Gleichstellung und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, in: WSI-Mitteilungen 6/2008.

143 BMFSFJ, 2010: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010, durchgeführt IW Köln.

Abbildung 55: Verbreitung familienbewusster Arbeitszeiten



Quelle: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010

Der „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2010“ (IW Köln) zeigt, dass viele Unternehmen den Nutzen einer familienfreundlichen Personalpolitik erkannt haben. Familienfreundliche Arbeitszeiten sind in Unternehmen von besonderer praktischer Bedeutung. In knapp 80 Prozent der Unternehmen arbeiten Beschäftigte in Teilzeit. Individuell zwischen den Beschäftigten und den Unternehmen vereinbarte Arbeitszeiten (73 Prozent) sowie eine flexible Tages- und Wochenarbeitszeit (70 Prozent) stellen nach wie vor die mit am weitesten verbreiteten Maßnahmen dar.<sup>144</sup>

Bei der Gestaltung von familienfreundlichen Arbeitszeiten sind mehrere Grundmodelle zu Arbeitszeit und Arbeitsort von entscheidender Bedeutung. Die geschickte Kombination dieser Grundelemente und der bestehenden Regelungen bieten ein breites Spektrum von Möglichkeiten, sodass sich passgenaue Lösungen für Betriebe aller Größen und Branchen finden lassen, die ihren Beschäftigten die Balance von Familie und Beruf ermöglichen wollen.<sup>145</sup> In den Betrieben wird bereits jetzt die Arbeitszeitorganisation mit einer Vielzahl von Maßnahmen anforderungsgerecht und flexibel gestaltet – von vollzeitnahen Teilzeitmodellen über Jahresarbeitszeit- beziehungsweise Langzeitkonten bis hin zu mobilen Arbeitsmöglichkeiten, bei denen ein Teil der Arbeit von zu Hause erledigt werden kann.

144 Ebd.

145 BMFSFJ, 2010: Familienbewusste Arbeitszeiten. Leitfaden für die praktische Umsetzung von flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen.

Die „Datenbank der ‚Guten Beispiele‘“, die im Rahmen der Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“<sup>146</sup> entstanden ist, gibt bereits erfolgreichen Modellen aus der betrieblichen Praxis ein Gesicht. Über 100 Arbeitgeber und Beschäftigte zeigen die Vielfalt der Modelle, sie zeigen die Vielfalt der Branchen, in denen sie angewendet werden, und sie zeigen die Vielfalt der individuellen Bedarfe. Sie soll Unternehmen zu mehr Kombinationsfreude ermutigen.

Die neue Familienpflegezeit, die zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, sieht vor, dass Beschäftigte, die einen Angehörigen pflegen, ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf mindestens 15 Wochenstunden reduzieren können. Wird in dieser Zeit ihr Einkommen nur halb so stark gekürzt wie die Arbeitszeit, kann der Arbeitgeber die Entgeltaufstockung mit Bundesmitteln zinslos refinanzieren.<sup>147</sup>

---

146 Vgl. Kap. 4.

147 <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/themen-lotse,thema=thema-familienpflegezeit.html>, Zugriff am 31.08.2011.

# VI.

## Elterngeld und Elternzeit mit Fokus Väter

Mit dem Inkrafttreten des Elterngeldgesetzes vor knapp fünf Jahren hat die deutsche Familienförderung eine Wendung vollzogen, deren Wirkungen sich jetzt zeigen: Das Elterngeld schafft einen Schonraum für das Zusammenwachsen der neuen Familie ohne größere Einkommenseinbußen. Es eröffnet Vätern neue Möglichkeiten der Sorge für die Jüngsten in der Familie, und diese Chance wird von immer mehr Vätern genutzt. Es unterstützt zudem den mit dem Ausbau der Kinderbetreuung erkennbaren Trend, dass mehr Mütter früher und mit mehr Stunden als zuvor wieder in den Beruf zurückkehren und dabei von ihren Partnern unterstützt werden. Für die Bindungen in der Familie und das neue Miteinander wird es in den Familien hoch geschätzt. Das Elterngeld erreicht die mit ihm gesetzten Ziele.

### 6.1 Das Elterngeld kommt an

Das Elterngeld ist – obwohl es in der Regel nur bis zu 14 Monate lang gezahlt wird – bekannt wie kaum eine andere Leistung: Obwohl nur von etwa zwei Prozent der Bevölkerung bezogen, kennen es 91 Prozent. Die Familienpolitik wird zugleich in hohem Maße mit dem Elterngeld identifiziert.

Die Wertschätzung der Leistung in der Bevölkerung ist ausgesprochen hoch: Das Elterngeld wird von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung als gute Regelung eingestuft. Diese hohe Wertschätzung in der Gesamtbevölkerung steigert sich noch bei den beziehenden Eltern auf 85 Prozent (vgl. Abbildung 56).

**Abbildung 56: Bewertung des Elterngeldes**

<b>Elterngeld: Gerade ‚aus der Nähe‘ eine gute Regelung</b>			
Frage: „Halten Sie das Elterngeld alles in allem für eine gute oder keine gute Regelung?“			
	Bevölkerung insgesamt	Eltern von Kindern unter 18 Jahren	Eltern mit Kindern unter 2 Jahren, die Elterngeld beziehen (selbst oder Partnerin bzw. Partner)
	%	%	%
Gute Regelung	69	72	85
Keine gute Regelung	9	11	8
Unentschieden, keine Angaben	22	17	7
	100	100	100

*Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 18 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5276 (2010)*

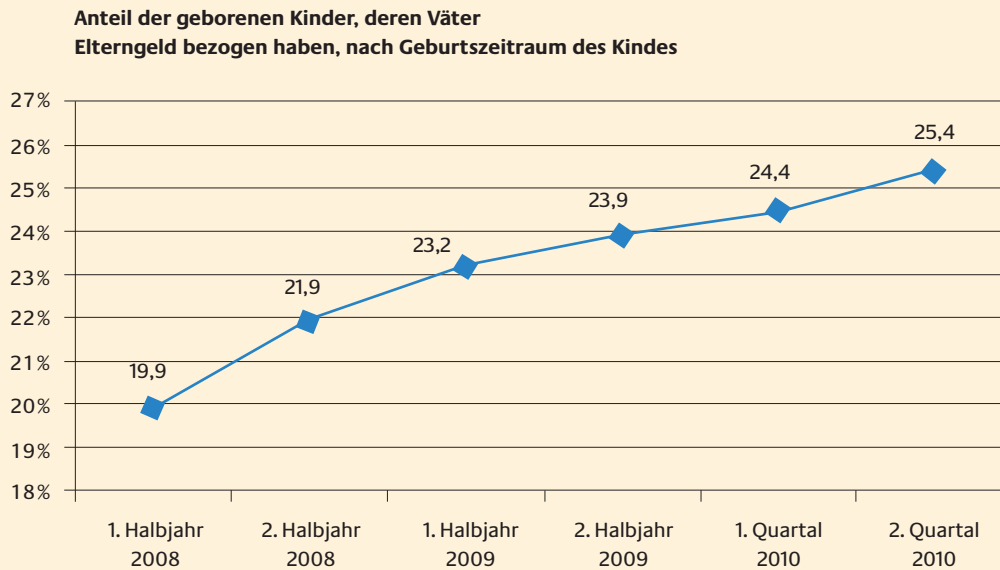
Das Elterngeld wird von nahezu allen jungen Eltern beansprucht und einvernehmlich von 90 Prozent der beziehenden Eltern als besonders wichtige Leistung für die Familie bewertet. Eltern aller Einkommensgruppen schätzen diese Leistung als wichtig ein: 88 Prozent der Geringverdiener, 93 Prozent der Eltern mit mittlerem Einkommen und 83 Prozent der beziehenden Eltern mit höheren Einkommen sehen das Elterngeld als besonders wichtig für die eigene Familie an.

## 6.2 Entwicklung und Determinanten der Väterbeteiligung

Immer mehr Väter nehmen Elterngeld in Anspruch. Von den im zweiten Quartal 2010 geborenen Kindern haben 25,4 Prozent der Väter Elterngeld bezogen. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) betrug die Väterbeteiligung zu diesem Zeitpunkt sogar fast 27 Prozent. Im Gegensatz dazu lag bei den im ersten Halbjahr 2008 geborenen Kindern der Anteil der Väter mit Elterngeldbezug noch bei etwa 20 Prozent.



Abbildung 57: Anteil der Kinder, deren Väter Elterngeld bezogen haben, nach Geburtszeitraum des Kindes



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009–2011: Statistiken zum Elterngeld. Gemeldete beendete Leistungsbezüge, Wiesbaden

Im Durchschnitt nehmen die Väter dreieinhalb Monate Elterngeld in Anspruch. Jeder vierte Vater bezieht länger als zwei Monate Elterngeld, um sich in dieser Zeit um sein Neugeborenes zu kümmern. Fast 15 Prozent der Väter, deren Kinder im vierten Quartal 2009 geboren sind, nutzen für drei bis neun Monate ihren Schonraum und mehr als zehn Prozent beanspruchten das Elterngeld für zehn bis 12 Monate.

Väter gehen häufig entweder direkt nach der Geburt des Kindes in Elternzeit oder nach Ablauf der maximalen Bezugsdauer von Elterngeld für die Mutter, d. h. meist nach 12 Monaten. Knapp 28 Prozent der Väter gingen direkt nach der Geburt und somit oft zur gleichen Zeit wie die Mutter in Elternzeit. Rund 18 Prozent der Väter dieser Kinder begannen ihren Elterngeldbezug erst nach den ersten 12 Lebensmonaten des Kindes. Jedoch steigt seit Einführung des Elterngeldes der Anteil der Väter, die zwischen dem sechsten und elften Lebensmonat des Kindes ihren Elterngeldbezug beginnen.

Dabei ist zu beobachten, dass sich vor allem jüngere Väter für einen frühen Leistungsbeginn entscheiden. So ging knapp die Hälfte der Väter zwischen 20 und unter 25 Jahren bereits im ersten Monat nach der Geburt in Elternzeit (44,6 Prozent), dagegen nur ein Viertel der 35- bis unter 40-Jährigen (26,1 Prozent). Ältere Väter (35 bis unter 40 Jahren) beginnen den Elterngeldbezug mit 20,4 Prozent dagegen doppelt so häufig erst 12 Monate nach der Geburt des Kindes wie jüngere Väter (20 bis unter 25 Jahren).

Vor allem jüngere Väter entscheiden sich für einen frühen Leistungsbeginn: Fast die Hälfte der Väter zwischen 20 und 25 Jahren gingen bereits im ersten Monat nach der Geburt in Elternzeit. Bei den 35- bis 40-Jährigen betrug dieser Anteil dagegen nur etwa 25 Prozent. Die älteren Väter nehmen mit knapp über 20 Prozent doppelt so häufig erst nach 12 Monaten nach der Geburt des Kindes das Elterngeld in Anspruch wie die jüngeren Väter mit etwa elf Prozent.

Für die Nutzung des Elterngeldes durch Väter ist auch die berufliche Situation in der Paar-konstellation entscheidend: Der Anteil der Väter, die in Elternzeit gehen, ist besonders hoch, wenn die Mutter das höhere Nettoeinkommen erzielt. Elterngeld wird von Vätern unabhängig von dem Grad ihrer Ausbildung genutzt.<sup>148</sup>

Neben familiären Einflussfaktoren sind auch betriebliche Rahmenbedingungen bedeut-sam für die Nutzung des Elterngeldes durch Väter. Förderlich wirken sich nach Sicht der Elterngeldnutzer vor allem eine familienfreundliche Betriebskultur, eine vergleichsweise hohe Betriebsgröße, Aufgabenbereiche mit höheren Gestaltungsspielräumen sowie bereits im Unternehmen etablierte Vertretungsregelungen aus. Erschwert wird die Inanspruch-nahme vor allem durch fehlende Möglichkeiten der Väter, die Arbeitszeit zu reduzieren – sei es aus betrieblichen oder finanziellen Gründen.

### 6.3 Positive Wirkungen aktiver Vaterschaft auf die kindliche Entwicklung

Die Elternzeit von Vätern legt wichtige Grundlagen für das familiäre Miteinander. Die Vater-Kind-Bindung ist komplementär zur Mutter-Kind-Bindung zu sehen und entwickelt sich bereits während der Schwangerschaft sowie in der frühen Kindheit. Eine positive Beziehung entsteht, wenn das Kind in der Bindungsperson einen ‚sicheren Hafen‘ erkennt und diese dem Kind emotionale Sicherheit vermittelt sowie feinfühlig auf seine Bedürfnisse eingeht. Eine eigenständige Beziehung zwischen Vater und Kind, die sich von der Bezie-hung zur Mutter unterscheidet, kann bereits in der frühen Kindheit aufgebaut werden. Engagieren sich Väter in der frühen Kindheit mehr und spielen häufiger mit ihren Klein-kindern, so wirkt sich dies positiv auf die kognitive und emotionale Entwicklung von Kin-dern aus.<sup>149</sup> Das Elterngeld trägt dazu bei, dass Väter stärker eine solch positive Beziehung zu ihren Kindern aufbauen können. Wenn Väter Elternzeit in Anspruch nehmen, verbrin-gen sie deutlich mehr Zeit mit der Betreuung ihrer Kinder (täglich sieben Stunden) als Väter, die nicht in Elternzeit sind (täglich drei Stunden).<sup>150</sup>

Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, erhoffen sich hierdurch, vor allem mehr Zeit mit ihrem Kind/ihren Kindern verbringen zu können, eine Prioritätenverschiebung in Rich-

---

148 DIW 2011: Studie Elterngeld Monitor, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant).

149 Fegert et al., 2011: Vaterschaft und Elternzeit – Eine internationale Literaturstudie zur Frage der Bedeutung der Vater-Kind-Beziehung für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder sowie den Zusammenhalt in der Familie, Ulm.

150 DIW 2011: Studie Elterngeld Monitor, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant).

tung Familie sowie einer gleichberechtigteren Teilhabe an der elterlichen Verantwortung.<sup>151</sup> Im Anschluss an die Elterngelderfahrung berichten Väter, dass sie hierdurch einen realistischeren Blick auf die Erziehungs- und Betreuungsaufgaben gewonnen haben und sich auch in Zukunft stärker beteiligen wollen. Zudem beabsichtigen viele der befragten Väter, ihre Arbeitszeit stärker auf das nötige Maß reduzieren zu wollen sowie ihre Arbeitsaufgaben nach Möglichkeit familienfreundlicher zu organisieren (Telearbeit, Teilzeit etc.). Knapp die Hälfte der Mütter (46 %), deren Partner Elternzeit genutzt haben, ist der Meinung, dass sich hierdurch die Beziehung zwischen Vater und Kind intensiviert hat.

Einige Studien zeigen auch positive Langzeiteffekte des väterlichen Engagements auf die Entwicklung von Kindern bis ins Erwachsenenleben. Diese Effekte werden jedoch vor allem an der Beziehungsqualität und den Kompetenzen des Vaters festgemacht (z. B. Feinfühligkeit, Interesse für die schulischen Belange etc.) und lassen sich nicht als Aussagen oder Prognosen für die Effekte einer stärkeren Präsenz des Vaters auf Basis von (häufig zwei) Partnermonaten bewerten.<sup>152</sup>

Es gibt auch positive Wechselwirkungen des väterlichen Engagements und der Zufriedenheit in der Elternbeziehung: Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft verstärkt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Väter bei der Kinderbetreuung engagieren. Umgekehrt hat das väterliche Engagement wiederum positive Auswirkungen auf die Beziehungsqualität.

## 6.4 Zeitverwendung und Beteiligung von Vätern im internationalen Vergleich

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich ein Trend, nach dem mehr Väter in den letzten Jahrzehnten – zum Teil ermöglicht durch Leistungen wie das Elterngeld – immer mehr Zeit für die Betreuung ihrer Kinder aufgewendet haben.<sup>153</sup> Die Zeit, die Väter mit Kinderbetreuung und Hausarbeit verbrachten, stieg in den letzten Jahrzehnten im internationalen Trend kontinuierlich an. Kinderbetreuung zeigte dabei einen noch deutlicheren Aufwärtstrend als Hausarbeit.

Nicht nur die Zeit in Minuten, sondern auch der Anteil der Väter, die überhaupt Zeit mit ihren Kindern verbrachten, nahm über die Zeit deutlich zu. Auch Mütter haben – trotz ansteigender Frauenerwerbstätigkeit – ihre Kinderbetreuungszeit in den letzten Jahrzehnten in den meisten Ländern erhöht. Dies gilt in der Regel für teilzeit- und vollzeitbeschäftigte Mütter gleichermaßen und zeigt insgesamt einen Bedeutungszuwachs von Kinderbetreuung. Dagegen war die Hausarbeitszeit von Müttern deutlich rückläufig.

Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen begünstigte tendenziell das Engagement der Väter für Hausarbeit. So leisteten Väter in Ländern mit höherer Frauenerwerbsquote in der Regel mehr Hausarbeit als in Ländern mit geringerer Erwerbsbeteiligung von Frauen.

---

151 Pfahl, S. u. Reuyß, S., 2009: Das neue Elterngeld. Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern, Düsseldorf 2009.

152 Fegert et al., 2011: Vaterschaft und Elternzeit.

153 Boll, C. u. Leppin, J., 2011: Zeitverwendung von Eltern auf Familie und Beruf im internationalen Vergleich 2011.

Familienpolitiken der einzelnen Länder hatten Einfluss: In Ländern mit hoher Frauenerwerbsbeteiligung verwenden Frauen zum Beispiel umso weniger Zeit für Kinderbetreuung bzw. greifen auf externe Anbieter zurück. Die Hausarbeitszeit von Müttern und Vätern ist in den Ländern geringer, wo Frauen in hohem Maße vollzeitbeschäftigt sind. Dabei wirkt der Angleichung der Arbeitsteilung von Frauen und Männern eine lange Elternzeit mit geringer Bezahlung entgegen. Diese fördert eine Ungleichverteilung der Aufgaben zwischen den Eltern. In skandinavischen Ländern haben spezielle Väterkomponenten, gekoppelt mit hohen Lohnersatzleistungen, hier im internationalen Vergleich eine Wirkung gezeigt.

## 6.5 Auswirkungen des Elterngeldes auf die Zufriedenheit in den Familien

Das zunehmende Engagement der Väter steht in positiver Wechselwirkung zu der Zufriedenheit in der Elternbeziehung. Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft verstärkt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Väter bei der Kinderbetreuung engagieren. Die Beteiligung der Väter hat ebenfalls positive Auswirkungen auf die Beziehungsqualität: In Schweden zeigte sich parallel zur Einführung der Partnermonate ein Absinken der Scheidungsrate. Familien, in denen die Väter Elterngeld beim ersten Kind in Anspruch genommen haben, hatten eine um 30 Prozent geringere Scheidungswahrscheinlichkeit als Familien, in denen Väter nicht in den Elternurlaub gegangen sind. Es zeigte sich auch, dass Ehen stabiler sind, wenn die Frauen bald nach der Familiengründung wieder arbeiten.<sup>154</sup> Zugleich zeigen Erfahrungen, dass die Erziehungszeit von Vätern auch positive Auswirkungen auf die weitere Fertilität der Mütter haben kann: In einigen nordischen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutter ein zweites Kind bekommt, in den Familien deutlich höher, in denen der Vater die Elternzeit in Anspruch nimmt bzw. genommen hat.<sup>155</sup>

## 6.6 Das Elterngeld stabilisiert das Haushaltseinkommen

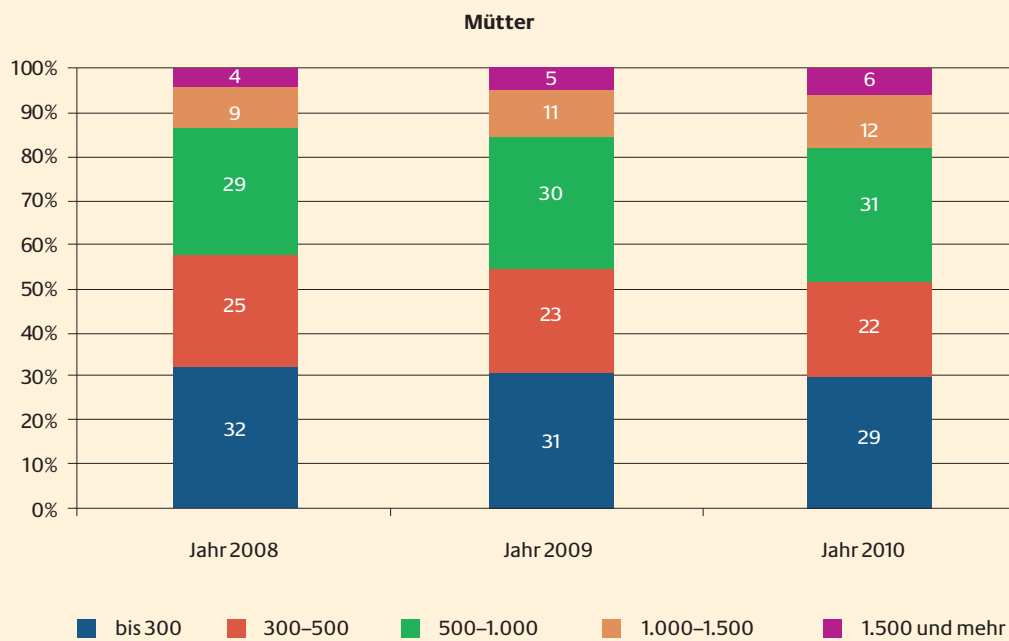
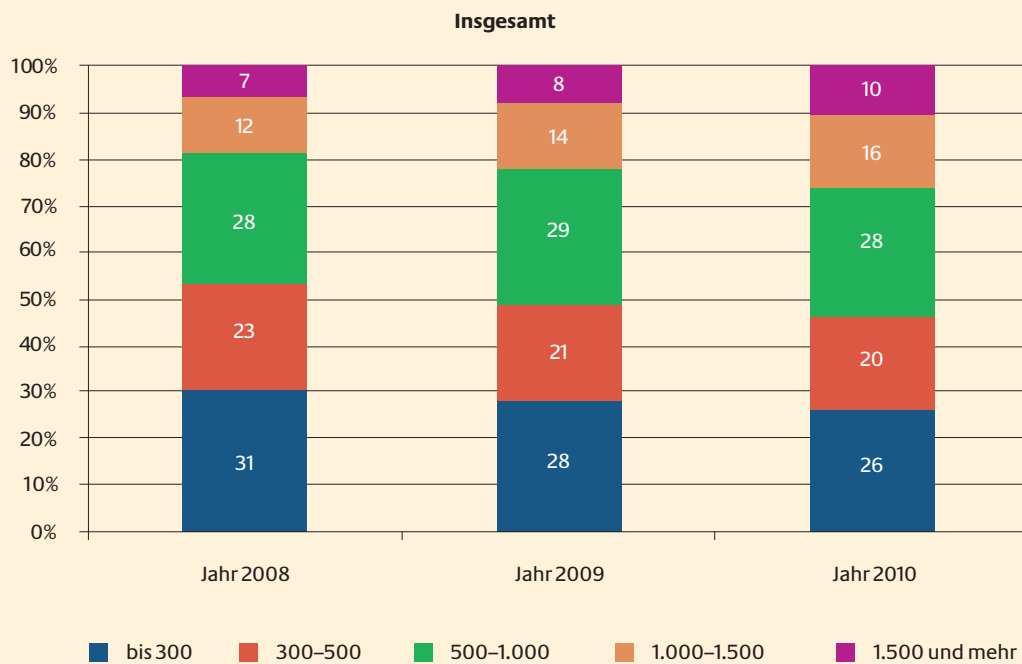
Mit dem Elterngeld bietet der Staat jungen Familien eine Unterstützung an, die von allen Familien aller Einkommensklassen gleichermaßen beansprucht wird und das Haushaltseinkommen stabilisiert. Die nachfolgenden Grafiken schlüsseln die unterschiedlichen Höhen des Elterngeldes für Mütter und Väter gemeinsam sowie für beide einzeln auf.

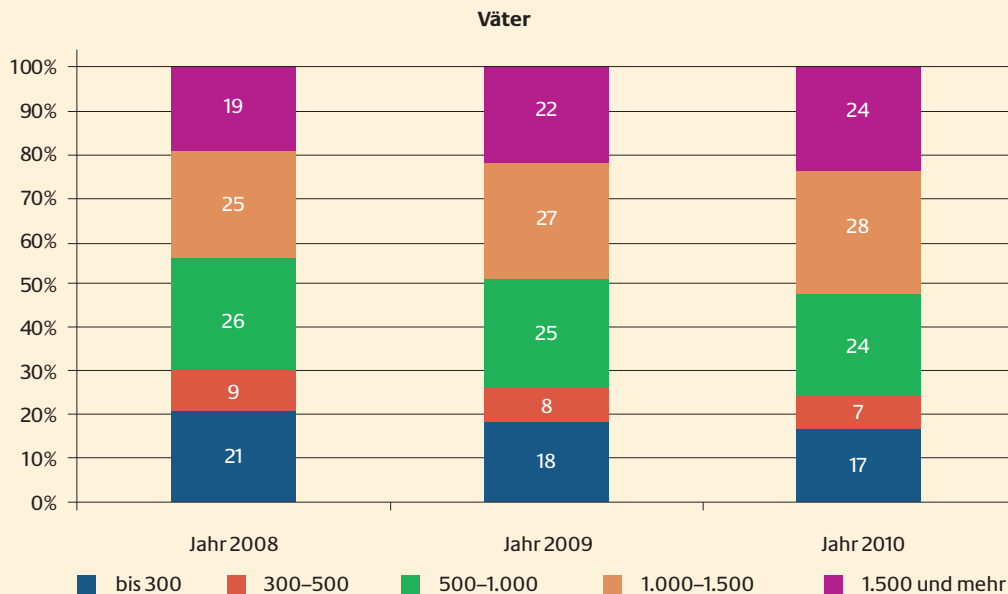
---

154 Fegert et al., 2011: Vaterschaft und Elternzeit – Eine internationale Literaturstudie zur Frage der Bedeutung der Vater-Kind-Beziehung für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder sowie den Zusammenhang in der Familie, Ulm.

155 BMFSFJ, 2010: Wohlfahrtsstaatliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate in europäischen Ländern. Erstellt durch Prognos AG, Geschäftsstelle des Zukunftsrats Familie des BMFSFJ.

Abbildung 58: Höhe des Elterngeldes insgesamt und nach Geschlecht (in Prozent)





Fragt man nach der Wirkung des Elterngeldes auf das monatliche Einkommen von Familien, d. h. nach dem Anteil des Elterngeldes am Haushaltsnettoeinkommen im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes, so zeigt sich, dass nahezu alle Haushalte im ersten Lebensjahr des Kindes im Durchschnitt gleich viel, in vielen Fällen mehr Einkommen zur Verfügung haben als vor Einführung dieser Leistung. Im Durchschnitt erhöht sich das Haushaltsnettoeinkommen von Familien im ersten Lebensjahr des Kindes um 400 Euro im Monat. Es gibt einige wenige Haushalte, deren Einkommen aufgrund der Einführung des Elterngeldes gesunken ist. Darunter fallen elterngeldberechtigte Elternteile, die vor der Geburt nicht erwerbstätig und nach der Geburt auf ALG II angewiesen sind. Sie haben weniger zur Verfügung, da seit 01.01.2011 der Sockelbetrag des Elterngeldes von 300 Euro auf das Einkommen angerechnet wird.<sup>156</sup>

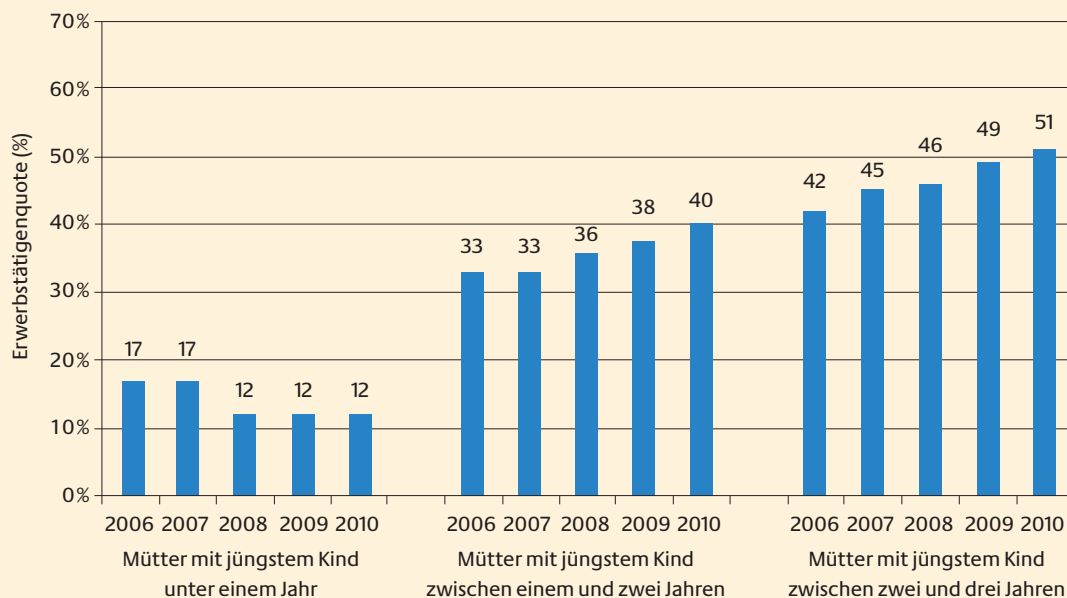
## 6.7 Das Elterngeld stärkt die Erwerbstätigkeit und den Wiedereinstieg von Müttern

Das Elterngeld stellt vor allem für Mütter ein Angebot dar, für befristete Zeit von der Erwerbstätigkeit zu pausieren und dann wieder in den Beruf einzusteigen. Während das Elterngeld es den Eltern ermöglicht, sich im ersten Lebensjahr ohne gravierende finanzielle Einbußen ihren Kindern zu widmen, nehmen mehr Mütter ihre Erwerbstätigkeit im zweiten Lebensjahr wieder auf als früher. Für das zweite Jahr nach der Geburt des Kindes unterstützt das Elterngeld die Erwerbstätigkeit von Müttern.

<sup>156</sup> DIW 2011: Studie Elterngeld Monitor, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2011 (Veröffentlichung für 2012 geplant).

Die Statistik zeigt entsprechend, dass die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit Kindern unter einem Jahr gesunken sind, während sich die der Mütter mit Kindern zwischen einem und zwei Jahren seit 2007 von 33 Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2010 gesteigert haben. Es wird damit für mehr Mütter zugleich wahrscheinlicher, dass sie auch aus der Erwerbstätigkeit kommen, wenn sie ein weiteres Kind bekommen. Allein die Entwicklung der Erwerbstätigenquoten deutet stark darauf hin, dass wesentliche Ziele des Bundeselterngeldes und des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für unter dreijährige Kinder – nämlich ein Schonraum für Familien im ersten Lebensjahr des Kindes und die Verbesserung der Möglichkeiten für eine Erwerbstätigkeit für Eltern mit Kleinkindern – erreicht werden.

**Abbildung 59: Entwicklung der Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit<sup>157</sup>) von Müttern mit Kindern unter drei Jahren, Deutschland, 2006–2010, in Prozent**

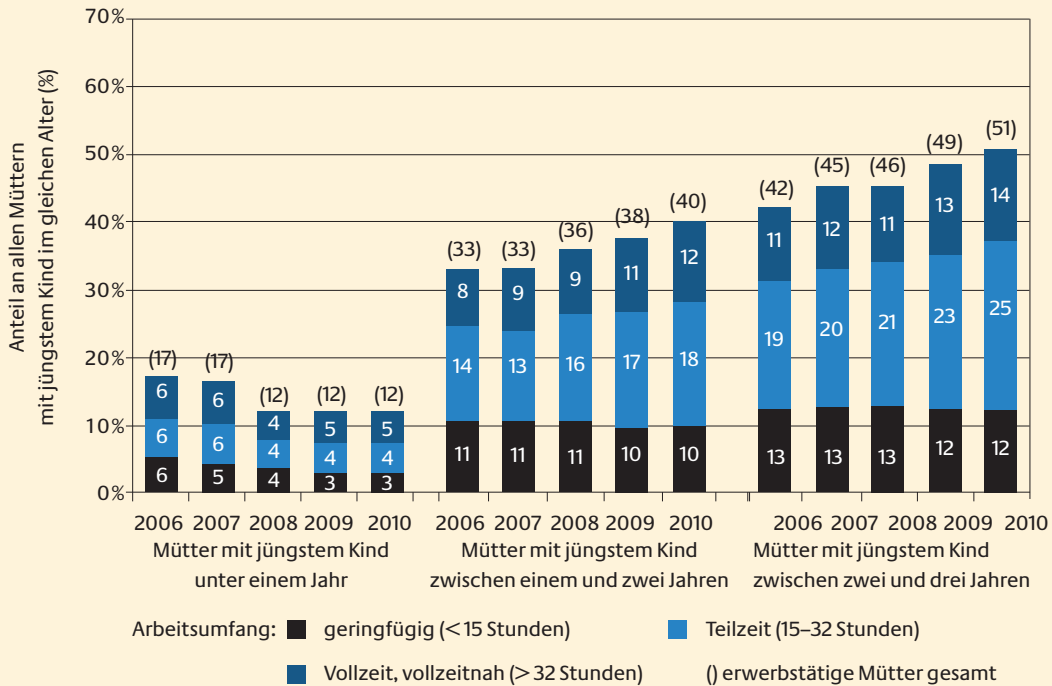


Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s11146, Berechnung Prognos AG

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Erwerbsvolumina: Sie sinken im ersten Jahr, steigen danach jedoch kontinuierlich an. Von den 40 Prozent der Mütter mit jüngstem Kind zwischen einem und zwei Jahren arbeiten im Jahre 2010 bereits wieder gut die Hälfte 30 Stunden die Woche oder mehr.

<sup>157</sup> Mit Hilfe der Definition „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

**Abbildung 60: Erwerbstätige Mütter (ausgeübte Erwerbstätigkeit<sup>158</sup>) mit Kindern unter drei Jahren nach Arbeitszeitmuster, Deutschland, 2006–2010, in Prozent**



Betrachtet man die kausalen Effekte, die das Elterngeld auf die Erwerbstätigkeit von Müttern hat, so zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutter im zweiten Lebensjahr ihres neugeborenen Kindes eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, im Vergleich zum Erziehungsgeld gestiegen ist, besonders für Mütter mit niedrigem Haushaltseinkommen.<sup>159</sup>

Auch die Inanspruchnahme der Partnermonate durch die Väter verbessert die Möglichkeiten für Mütter, schneller in den Beruf zurückzukehren. Dies hatte sich bereits in der vorigen Elterngeldevaluierung angedeutet, in der die Erwerbstätigkeit von Müttern in Familien mit und ohne Partnerantrag miteinander verglichen wurde. Die Müttererwerbstätigkeit bei Paaren mit Väterbeteiligung ist über den gesamten Zeitraum in etwa 20 Prozent höher als bei Müttern, deren Partner kein Elterngeld beziehen.<sup>160</sup>

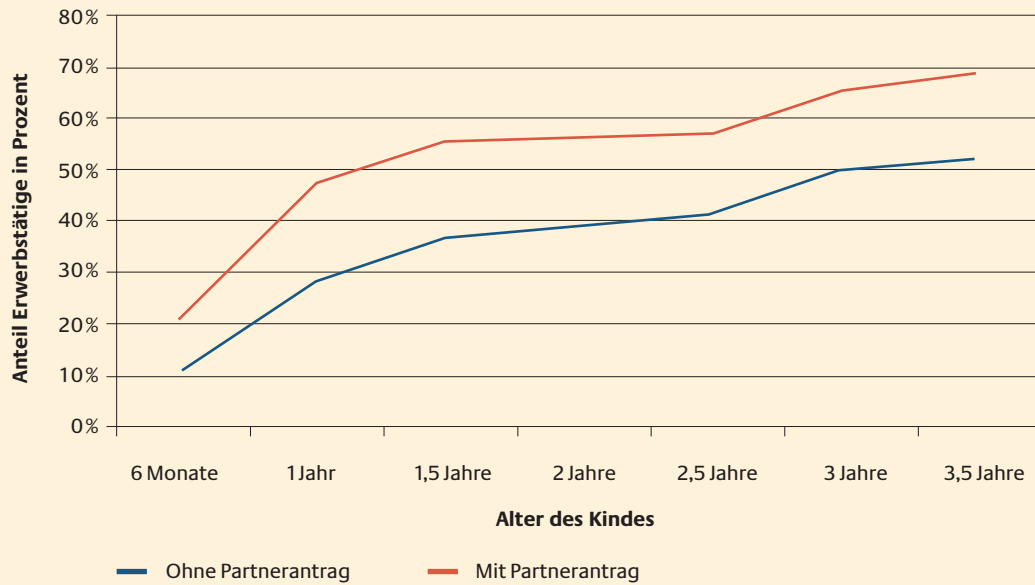
158 Mit Hilfe der Definition „ausgeübte Erwerbstätigkeit“ werden nicht nur aktiv Erwerbstätige erfasst, sondern auch Personen, die normalerweise einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, diese zum Zeitpunkt der Abfrage aber nicht ausgeübt haben wegen Urlaub, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung, beruflicher Aus- und Fortbildung etc.

159 Studie Elterngeld Monitoring, DIW 2011/2012.

160 RWI, 2009: Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und Vereinbarkeitsplanung.



Abbildung 61: Einfluss der Väterbeteiligung auf die Müttererwerbstätigkeit



Quelle: RWI-Elterngeldbericht 2009

Das aktuelle Monitoring bestätigt, dass die Inanspruchnahme der Partnermonate durch die Väter die Möglichkeiten für Mütter verbessert, schneller in den Beruf zurückzukehren. Dadurch entlasten sie ihre Partnerinnen, die die Betreuung durch den Vater für ihre Rückkehr in ihren Beruf nutzen. Dies zeigt sich in den doppelt so hohen Erwerbsquoten von Müttern, deren Partner während der Elternzeit die Kinderbetreuung übernehmen (36 Prozent), als von solchen, deren Partner nicht in Elternzeit ist (17 Prozent).<sup>161</sup>

161 Studie Elterngeld Monitoring, DIW 2011/2012.

# VII.

## Gute Entwicklung von Kindern

### 7.1 Wirtschaftliche Situation von Familien

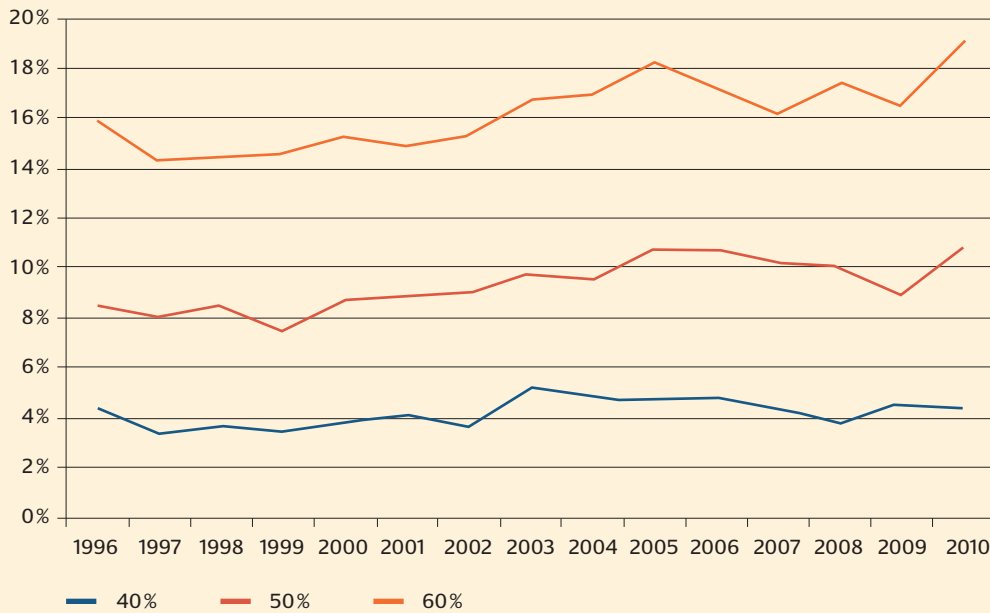
#### 7.1.1 Materielle Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Für die Frage der finanziellen Absicherung von Kindern ist die wirtschaftliche Stabilität der gesamten Familie entscheidend. Die Lebenslage eines Kindes ist untrennbar mit der Lebenslage und Einkommenssituation der Eltern verbunden. Die Definition des Armutsbegriffs verengt den Blick auf das Einkommen; daher ist die Vielschichtigkeit von Armut zu betonen. Nicht nur fehlendes Einkommen, auf das sich die Armutsrisikoquote bezieht, sondern auch der Mangel an Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe sowie das Fehlen individueller Ressourcen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für eine aktive Lebensgestaltung notwendig sind, führen in eine unsichere Lebenssituation.

Gegenwärtig verfügen ca. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,5 Millionen Haushalten in Deutschland über ein Einkommen, das unterhalb von 60 Prozent des gewichteten Medianeinkommens liegt. Die Armutsrisikoquote der unter 18-Jährigen liegt damit bei 19,4 Prozent. Auf Haushaltsebene liegt sie mit 12,5 Prozent niedriger, weil in den betroffenen Haushalten mehr Kinder leben als in Familien jenseits der Armutsrisikogrenze. Setzt man die niedrigere Einkommensschwelle von 50 Prozent des gewichteten Medianeinkommens an (wie z. B. in Frankreich), so leben 1,4 Mio. Kinder in einem Haushalt mit relativ niedrigem Einkommen, die Armutsrisikoquote liegt bei 10,8 Prozent.

Das auf Basis des SOEP gemessene statistische Armutsrisiko (60-Prozent-Schwelle) von Kindern und Jugendlichen ist in Deutschland seit dem Ende der 90er-Jahre der Tendenz nach angestiegen und lag im Jahr 2010 (Einkommen aus 2009) um 4,8 Prozentpunkte über dem Niveau von 1997. Zwischen 2002 und 2009 hat sich die Armutsrisikoquote jedoch relativ stabil zwischen 16 Prozent und 18 Prozent bewegt, ohne weiter anzusteigen. 2010 ist allerdings ein deutlicher Anstieg um 2,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, der vor allem auf den Anstieg des mittleren Einkommens zurückzuführen ist. Auch die Armutsquote, die sich an der 50-Prozent-Schwelle orientiert, schwankte in den letzten Jahren relativ konstant, stieg im Jahr 2010 aber deutlich (um zwei Prozentpunkte) an. Die Betroffenheit von starker Armut (40-Prozent-Schwelle) liegt weiterhin relativ konstant zwischen drei Prozent und vier Prozent.

Abbildung 62: Entwicklung der Armuts(risiko)quoten von Kindern, 1996 bis 2010



Quelle: SOEP 2011, Berechnungen von Prognos auf Basis von Einkommen aus dem Jahr 2009

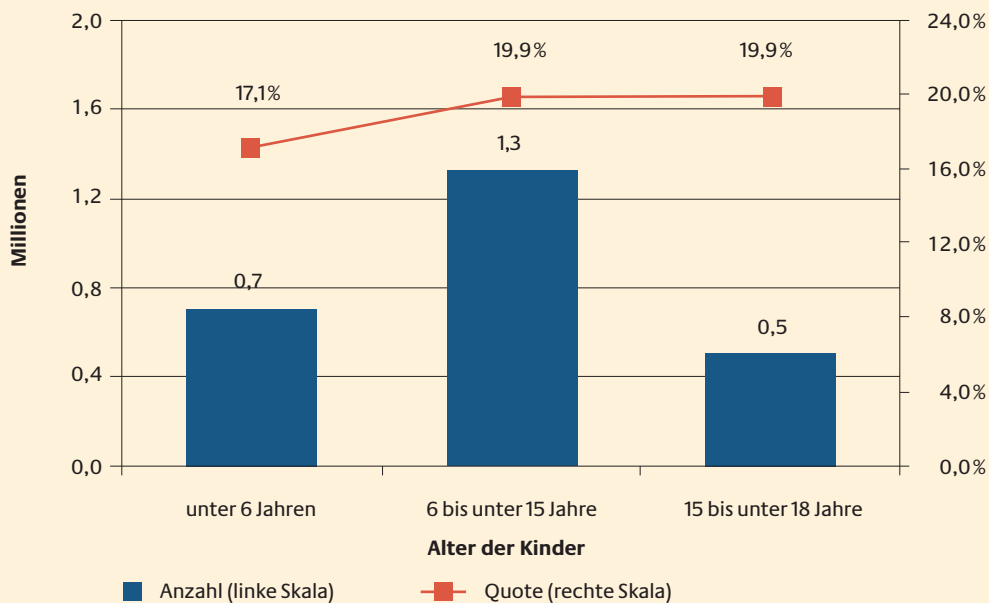
Die nachfolgenden Ausführungen stellen die Ausprägungen des Armutsrisikos von Kindern und Jugendlichen anhand verschiedener sozioökonomischer Merkmale dar. Datengrundlage ist, soweit nicht anders gekennzeichnet, das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) aus dem Jahr 2011.<sup>162</sup>

### 7.1.2 Armutsrisiken nach dem Alter der Kinder

Kinder und Jugendliche sind umso häufiger von Armut betroffen, je älter sie sind (s. Abbildung 63). Etwa jedes fünfte Kind bzw. jeder fünfte Jugendliche im Alter zwischen sechs bis unter 18 Jahren gilt als armutsgefährdet. Auf die Gruppe von 15 Jahren bis unter 18 Jahren – die nur drei Alterskohorten umfasst – entfallen 20 Prozent aller armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen.

<sup>162</sup> Die Werte des SOEP, das wegen der hohen Befragungstiefe als Datengrundlage gewählt wurde, können aufgrund der unterschiedlichen Erhebungs- und Hochrechnungsmethoden im Einzelfall geringfügig von jenen anderer Erhebungsmethoden abweichen. Das Gesamtbild der nachfolgenden Analyse ist jedoch sehr robust gegenüber der Wahl der Datenquelle.

**Abbildung 63: Anzahl und Quoten von armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen, nach Altersklassen, 2010**



Quelle: SOEP 2011, Berechnungen von Prognos auf Basis von Einkommen aus dem Jahr 2009

Für den hohen Anteil armutsgefährdeter Jugendlicher zwischen 15 und unter 18 Jahren gibt es mehrere Erklärungen: Zum einen ist der Anteil der Jugendlichen aus Alleinerziehendenhaushalten in dieser Gruppe höher als bei den unter 15-Jährigen. Weiterhin entfällt für die Alleinerziehenden der Unterhaltsvorschuss, der nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gewährt wird. Darüber hinaus wohnt ein Teil dieser Jugendlichen bereits in einem eigenen Haushalt und verfügt – entsprechend der eigenen Erwerbssituation – nur über ein geringes Erwerbseinkommen. Schließlich ist die höhere Armutsrisikoquote unter Jugendlichen auch durch die höheren materiellen Bedürfnisse in dieser Altersklasse zu erklären. Diese wirken sich in einer Höhergewichtung der Jugendlichen bei der Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens aus.<sup>163</sup>

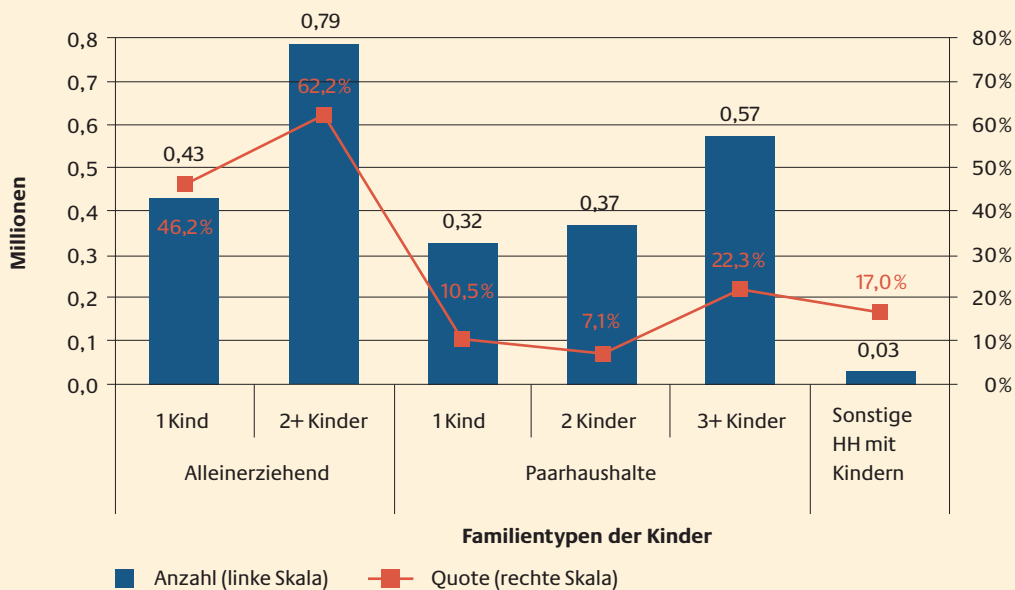
### 7.1.3 Armutsrisiken in unterschiedlichen Familientypen

Das höchste Armutsrisiko besteht für Kinder aus Alleinerziehendenhaushalten. Mit den insgesamt rund 1,2 Millionen armutsgefährdeten Kindern aus dieser Gruppe wächst fast jedes zweite von relativer Armut bedrohte Kind mit nur einem Elternteil auf.

Diese weit überdurchschnittliche Betroffenheit ist – trotz besonderer öffentlicher Transferleistungen für Alleinerziehende – vor allem dadurch zu erklären, dass in diesen Haushalten nur eine Person erwerbstätig sein kann und dies aufgrund der derzeit gegebenen Betreuungssituation zumeist nur eingeschränkt.

<sup>163</sup> Ein Haushalt verfügt unter sonst gleichen Bedingungen über ein niedrigeres Nettoäquivalenzeinkommen, wenn die im Haushalt lebenden Kinder älter sind. Den Berechnungen liegt ein Faktor von 0,3 für jedes Kind unter 14 Jahren und ein Faktor von 0,5 für jedes Kind ab 14 Jahren zugrunde.

Abbildung 64: Anzahl und Anteil der armutsgefährdeten Kinder in Deutschland, nach Familientypen, 2010



Quelle: SOEP 2010, Berechnungen von Prognos auf Basis von Einkommen aus dem Jahr 2009

Es ist jedoch anzumerken, dass für viele Kinder und Jugendliche, die in Alleinerziehendenhaushalten leben, Armut einen vorübergehenden Charakter hat, da sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder in einem Paarhaushalt leben. Insgesamt belegen Zeitreihenanalysen, dass es während eines dreijährigen Betrachtungszeitraums über zwei Drittel der Kinder gelang, den Bereich der relativen Armut zu verlassen.

Deutlich geringer als in Haushalten von Alleinerziehenden fällt die Armutsrisikoquote in Paarhaushalten aus. Je nach Anzahl der Kinder liegt sie zwischen 7,1 Prozent und 22,3 Prozent (s. Abbildung 64).

Insgesamt waren 2010 rund 1,3 Millionen Kinder und Jugendliche in Paarhaushalten von Armut betroffen. Dabei mag die rückläufige Armutsrisikoquote beim Übergang von Ein-kindfamilien zu Zweikindfamilien zunächst erstaunen, da das Nettoäquivalenzeinkommen für sich genommen durch ein zweites Kind sinkt. Jedoch ist zu beobachten, dass sich diese Familien oftmals in einer Lebensphase befinden, in der sie in ihrer beruflichen Entwicklung spürbare Einkommenszuwächse erfahren. Dieser Effekt überkompensiert dann die finanziellen Mehrbelastungen durch ein zweites Kind.

Anders stellt sich der Vergleich zwischen Zweikindfamilien sowie Drei- und Mehrkindfamilien dar. Die Armutsrisikoquoten zwischen beiden Familientypen unterscheiden sich um 15,2 Prozentpunkte. Für diesen deutlichen Anstieg im Übergang zwischen beiden Familientypen können mehrere Gründe angeführt werden.

So ist bekannt, dass Mütter mit mindestens drei Kindern im Durchschnitt in jüngerem Alter ihr erstes Kind bekommen als Mütter mit ein oder zwei Kindern. Mutterschaft in jungem Alter führt in Deutschland aufgrund der mangelhaften Vereinbarkeit von Familie und Berufsbildungssystem bzw. Studium zu beruflichen Nachteilen, etwa wenn eine Ausbildung nicht abgeschlossen wird, der Berufseinstieg misslingt, die Berufstätigkeit von Müttern zu diskontinuierlich ist oder in geringem Umfang stattfindet.<sup>164</sup>

Hinzu kommt, dass sich mit der Anzahl der Kinder die Phase, in der ein oder mehrere Kinder einer intensiven Betreuung bedürfen und meist Mütter ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, verlängert. Je länger aber der Ausstieg aus dem Berufsleben andauert, desto schwieriger wird der gelingende Wiedereinstieg. Ebenso verringert sich die Wahrscheinlichkeit, wieder eine der eigenen Qualifikation entsprechende Erwerbstätigkeit aufzunehmen. In Deutschland ist etwa die Hälfte der Mütter mit drei oder mehr Kindern nicht erwerbstätig; diejenigen Mütter mit Erwerbstätigkeit erleiden regelmäßig deutliche Einkommensverluste aufgrund des langen Berufsausstiegs, die nicht durch Familienleistungen kompensiert werden können. In der Folge stellt sich die Einkommensposition von Mehrkindfamilien sowohl in den ersten Jahren nach Familiengründung als auch im Lebensverlauf spürbar schlechter dar als von Familien mit ein oder zwei Kindern.

#### 7.1.4 Armutsrisiken und Erwerbsstatus der Eltern

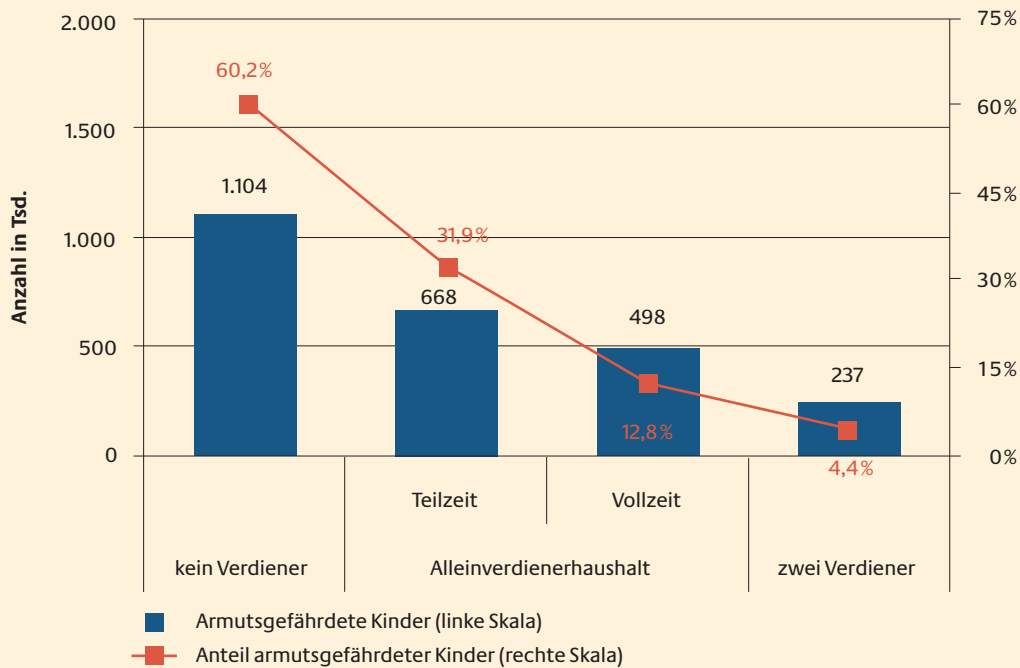
Mit zunehmender Erwerbsbeteiligung sinkt das Armutsrisiko beträchtlich. Bereits in den Familien, in denen eine Person teilzeitbeschäftigt ist, liegt die Armutsgefährdungsquote von Minderjährigen etwa nur noch halb so hoch wie in Haushalten ohne einen Erwerbstätigen (s. Abbildung 65).<sup>165</sup> Noch niedriger fällt sie aus, wenn mindestens ein Familienmitglied einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht. Eine Armutsrisikoquote in Höhe von 12,8 Prozent in dieser Gruppe zeigt, dass eine Vollzeitbeschäftigung eine gute Grundlage für die wirtschaftliche Stabilität der Familie bildet. Kaum eine Rolle spielt Kinderarmut in Paarfamilien, in denen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die entsprechenden Quoten liegen bei 4,4 Prozent.

---

164 Vgl. Bertram (2008). BMFSFJ, 2008: Die Mehrkinderfamilie in Deutschland. Zur demographischen Bedeutung der Familie mit drei und mehr Kindern und zu ihrer ökonomischen Situation. Erstellt durch Prof. Dr. Hans Bertram.

165 Die geringfügig Beschäftigten sind in der Darstellung den Teilzeitbeschäftigten zugerechnet, da eine gesonderte Betrachtung aufgrund zu geringer Fallzahlen als nicht sinnvoll erachtet wurde.

Abbildung 65: Armutsrisikoquoten von Kindern nach Erwerbsbeteiligung der Eltern, 2010



Quelle: SOEP 2010, Berechnungen von Prognos auf Basis von Einkommen aus dem Jahr 2009

Von den mit Abstand höchsten Kinderarmutsrisikoquoten sind Familien betroffen, in denen kein Elternteil einer Erwerbsarbeit nachgeht und/oder die in den Regelungsbereich des SGB II fallen. In Haushalten ohne mindestens einen Erwerbstätigen war im Jahr 2009 durchschnittlich die Hälfte (60,2 Prozent) der Kinder von Armut bedroht.

Die Bedeutung öffentlicher Unterstützung für Familien zur Vermeidung von Familien- und Kinderarmut sollte, wie die altersspezifisch unterschiedlichen Armutsrisikoquoten zeigen, nicht unterschätzt werden. Gleichwohl liefern die vorliegenden Daten sehr deutliche Hinweise darauf, dass die beste Absicherung gegen Armut eine Vollzeitbeschäftigung bzw. die Erwerbstätigkeit beider Elternteile darstellt.<sup>166</sup>

### 7.1.5 Armutsrisiken im europäischen Vergleich

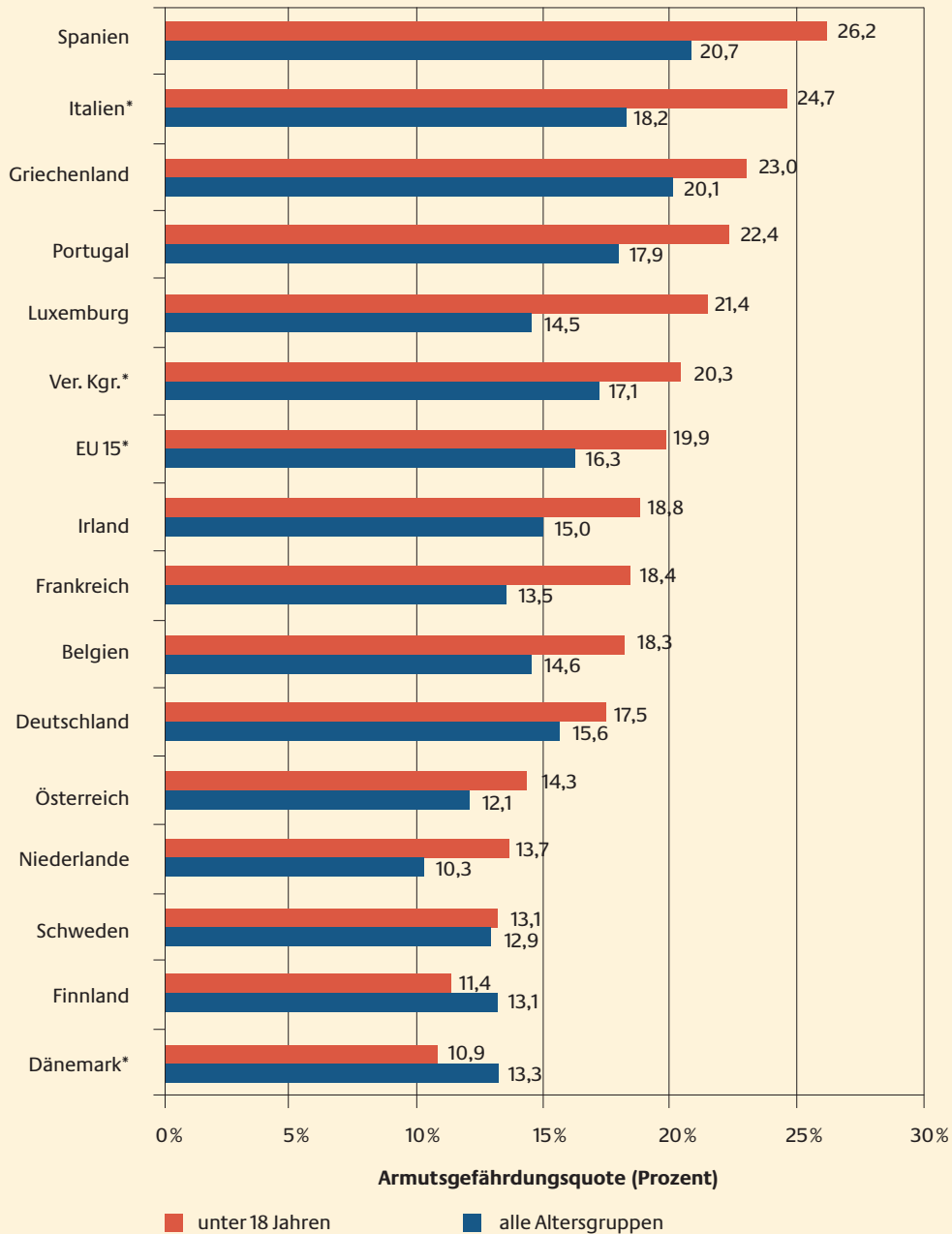
In nahezu allen Ländern der Europäischen Union sind Kinder einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt als Erwachsene. Im Jahr 2010 betrug der durchschnittliche Abstand der Armutsgefährdungsquoten in den Ländern der EU 15 zwischen beiden Bevölkerungsgruppen 3,6 Prozentpunkte. Besonders auffällig sind die Unterschiede in Luxemburg und Italien, wo die Armutsgefährdungsquote der unter 18-jährigen etwa sieben Prozentpunkte über der der Erwachsenen liegt. Dänemark, Finnland, Schweden und Deutschland hingegen weisen für die jüngere Bevölkerungsgruppe sogar ein geringeres Armutsrisiko aus als für den Durchschnitt der Bevölkerung.<sup>167</sup>

<sup>166</sup> Aufgrund der geringen Armutsgefährdungsquoten solcher Haushalte wurde auf weitere Differenzierungen der Erwerbskonstellationen verzichtet.

<sup>167</sup> Das Niveau der Armutsgefährdung, das sich aus den Daten der EU-SILC ergibt, kann nicht unmittelbar mit den Ergebnissen nationaler Erhebungen verglichen werden, da in der Statistik der Europäischen Union beispielsweise nicht die Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum (Imputed Rent) erfasst werden. Darüber hinaus ist die Stichprobe für Deutschland deutlich kleiner als beispielsweise der Mikrozensus oder das SOEP.

Neben dem Vereinigten Königreich sind vor allem in den südeuropäischen Ländern hohe Armutsgefährdungsquoten bei Kindern unter 18 Jahren zu beobachten. In Griechenland, Spanien und Italien ist etwa jedes fünfte oder sogar jedes vierte Kind von relativer Einkommensarmut bedroht. Deutschland schneidet in diesem Vergleich deutlich besser ab als der europäische Durchschnitt. Lediglich in den skandinavischen Ländern sowie in Österreich und Dänemark ist der Anteil armutsgefährdeter Kinder noch geringer als in Deutschland.

**Abbildung 66: Armutsgefährdungsquoten der unter 18-Jährigen in den Ländern der EU 15 im Vergleich zur durchschnittlichen Armutsgefährdung der gesamten Bevölkerung, 2010**



\*Werte aus 2009  
Quelle: EU-SILC 2010

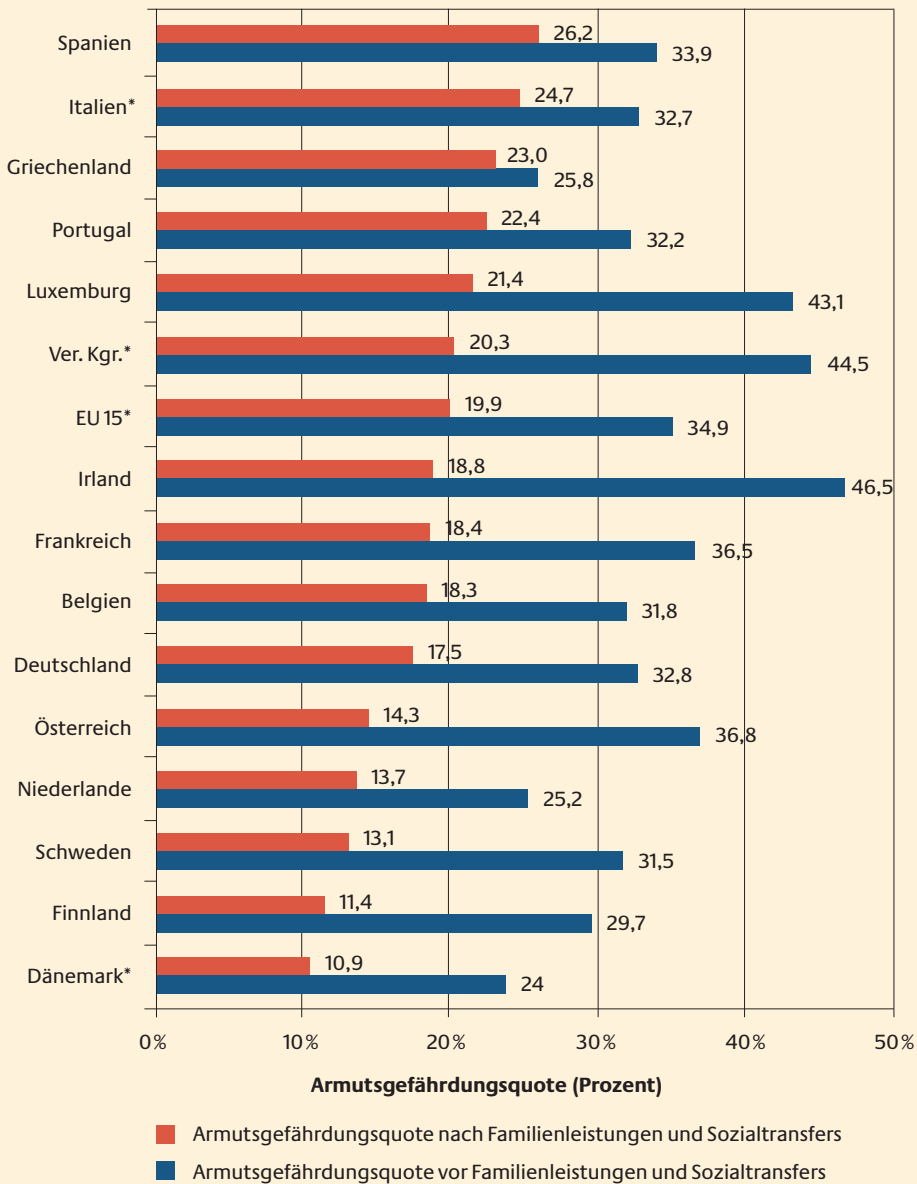


## 7.1.6 Armutsgefährdung und monetäre Familienleistungen

Eine armutsreduzierende Wirkung entsteht, wenn das Nettoeinkommen eines Haushalts mit Kindern und Jugendlichen durch Sozialtransfers und monetäre Familienleistungen über die Armutsrisikogrenze von 60 Prozent des Medianeinkommens gehoben wird.

Im europäischen Vergleich ist für alle aufgeführten Länder eine deutliche Verringerung der Armutsgefährdung von Kindern unter 18 Jahren durch solche Leistungen beobachtbar. Deutschland liegt mit einer Armutsreduktion von 15 Prozentpunkten im Mittelfeld. Wirksamer erweisen sich insbesondere die irischen, britischen, österreichischen und luxemburgischen Maßnahmen zur Armutsvermeidung.

**Abbildung 67: Armutsgefährdungsquoten der unter 18-Jährigen in den Ländern der EU 15 vor sowie nach Sozialtransfers und monetären Familienleistungen, 2010**



\*Werte aus 2009  
 Quelle: EU-SILC 2010

In Deutschland sind die Ausgaben für familienbezogene und soziale Transferleistungen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ hoch. Nicht zuletzt deshalb entfalten die familienbezogenen Transfers hinsichtlich der Reduzierung des Armutrisikos von Kindern hierzulande einen größeren Effekt als in vielen anderen EU-Ländern.

Im Ergebnis verschiedener Studien wird deutlich, dass westeuropäische Staaten wie Österreich, Frankreich, Belgien und Deutschland eine hohe finanzielle, vor allem einkommensunabhängige Förderung für Familien gewähren und damit effektiv zur Armutsreduktion von Familien beitragen. Im Gegensatz dazu weisen die skandinavischen Länder, speziell Dänemark und Schweden, eine höhere einkommensabhängige Förderung auf.<sup>168</sup>

## 7.2 Eltern wollen Chancen für ihre Kinder

Was brauchen Kinder für eine gute Entwicklung und faire Chancen auf Teilhabe in unserer Gesellschaft? Wie wirtschaften Eltern mit kleinen Einkommen? Wie sehen Freizeitgestaltung und Bildungsförderung dieser Kinder tatsächlich aus? Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Angemessenheit der SGB-II-Regelsätze und der Diskussion um die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets im Verlauf des Jahres 2010 haben diese Fragen besondere Relevanz erfahren.

Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen: Eltern wollen für ihre Kinder das Beste, auch wenn sie nur begrenzte Möglichkeiten haben, sie zu unterstützen. Auch sind die Kompetenzen und Ansätze, um dies zu erreichen, zum Teil sehr unterschiedlich.<sup>169</sup>

Grundsätzlich wollen Eltern aller Einkommensgruppen Geld zum Wohle ihrer Kinder verwenden. Gute Entwicklungsperspektiven der Kinder hinsichtlich Bildung und sozialer Teilhabe, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung mit verlässlicher Nachmittagsbetreuung sowie gesunde Ernährung sind dabei Themen, die Mütter aus allen Einkommensgruppen gleichermaßen beschäftigen.

Familien mit kleinen Einkommen oder im SGB-II-Bezug stehen darüber hinaus vor spezifischen Herausforderungen: Für sie stellt die Finanzierung von Bildungsbedarfen (Schul Ausstattung, Gruppenkassen, Ausflügen) eine erhebliche Belastung dar. Sie benennen außerdem eingeschränkte Möglichkeiten zur Pflege sozialer Kontakte und der Talentförderung ihrer Kinder. Kinder aus diesen Familien sind in Förderkursen und im Sportverein unterrepräsentiert. Häufig fehlen neben den finanziellen Mitteln auch Kenntnisse über die Angebote.

---

168 Bradshaw, J., Finch, N., 2002: A Comparison of Child Benefit Packages in 22 Countries. Department of Work and Pension Research Report, No. 174.

169 Umgehensweisen von Müttern mit monetären Familienleistungen, Sinus Sociovision 2010. Die Autorinnen und Autoren der Studie haben eine Typologie des Familienmanagements entwickelt, aufbauend auf einer Befragung der für das Haushaltsmanagement verantwortlichen Personen. Dies waren in allen Fällen die Mütter. Untersucht wurde das Ausgabenverhalten von Familien aller Einkommensgruppen in engem Zusammenhang mit Werthaltungen, Alltagsorientierungen und Handlungsmustern dieser Familien.

Für Familien, in denen beide Eltern erwerbstätig sind, stellt sich nicht nur die Frage, wie sie Zeit für die Familie mit Zeit für die Arbeit in Einklang bringen können, sondern auch, wie sie ihre Erwerbstätigkeit mit einer guten Förderung der Kinder in Einklang bringen können. Dies wird mit steigenden Bildungsanforderungen für Kinder mit zunehmendem Lebensalter immer wichtiger – und schwieriger.

## **Die wichtigsten Ergebnisse der Sinus-Studie „Umgehensweisen von Müttern mit monetären Familienleistungen“**

### **Aufwachsen von Kindern ...**

#### **... aus Familienhaushalten im oberen und mittleren Einkommensbereich**

Die Bedürfnisse von Familien differenzieren sich merklich entlang der verschiedenen Einkommensgruppen aus. Mütter aus Familienhaushalten im höheren und mittleren Einkommensbereich formulieren deutlich andere Erwartungen an die Politik als die übrigen Gruppen.

Vor allem die Mütter aus dem höheren Einkommensbereich sind von einem optimistischen Glauben an eine erfolgreiche Zukunft ihrer Kinder getragen und gehen die Förderung ihrer Kinder durchaus strategisch an. Viel Ehrgeiz und Leidenschaft, Zeit und finanzielle Ressourcen werden darauf verwendet, den Kindern von klein auf vielfältige Anregungen und Freizeitaktivitäten zu bieten. Diese sind häufig nach einem funktionalen Mehrwert für die weitere Entwicklung des Kindes ausgesucht. Die Kinder werden zur Selbstständigkeit und Argumentationsstärke erzogen.

Müttern aus dem mittleren Einkommensbereich sind vor allem die Vermittlung von Werten wie Respekt, Solidarität, klare Regeln, Umgang mit Geld und das Vermitteln von Geborgenheit und Vertrauen wichtig. Sie sind eher vom Glauben getragen, dass die eigenen Kinder es einmal schwerer haben werden als sie selbst. Während Mütter aus gut verdienenden Haushalten Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereits früh und intensiv nutzen und nicht vorhandene Angebote privat durch Tagesmütter oder Babysitter kompensieren, passen sich die Mütter mit mittlerem Einkommen den Gegebenheiten an. Dies hat Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und prägt bei diesen Müttern ein Gefühl des Spagats zwischen Freiheit und Fremdbestimmung.

Beide Einkommensgruppen haben hohe Erwartungen an die Qualität sowohl in der Kinderbetreuung als auch der schulischen Ausbildung. Nachmittagsangebote für Schulkinder, eine gute Ausstattung und Infrastruktur sowie kostenfreie bzw. ermäßigte Freizeitangebote sind Wünsche, die diese Mütter an die Familien- und Bildungspolitik haben.

#### **... aus Familienhaushalten im niedrigeren Einkommensbereich**

Unsichere Arbeitsverhältnisse, Schichtdienste, kurzfristige und unvorhersehbare Veränderungen und Ereignisse tragen mit dazu bei, dass die gesamte Familiensituation von diesen Müttern als unsicher und schwer planbar erlebt wird. Sie sehen sich in der Situation, aus finanziellen Gründen arbeiten zu müssen, dafür aber nur sehr wenig Zeit für die Kinder zu haben. Gleichzeitig bleibt die finanzielle Basis der Familie dennoch häufig labil.

Ihrer Wahrnehmung nach fallen sie durch das soziale Raster, weil sie nur unwesentlich mehr verdienen, als SGB-II-Bezieherinnen und -Bezieher vom Staat erhalten. Sie bekommen keine Vergünstigungen (z. B. einmalige Leistungen nach dem SGB II wie die Erstaussstattungen für die Wohnungen, Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt, Übernahme der Kosten mehrtägiger Klassenfahrten sowie Vergünstigungen auf kommunaler Ebene beim Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen oder beim öffentlichen Personennahverkehr), haben aber infolge der Erwerbstätigkeit mehr Belastungen.

Die Faktoren Zeit und Geld sind es auch, die diesen Familien die Förderung ihrer Kinder grundsätzlich schwer macht. Ihnen ist es zwar wichtig, dass die Kinder sozial eingebunden sind. Insbesondere die Freizeitgestaltung der Kinder wird jedoch als sehr kostenintensiv wahrgenommen. Mütter dieser Einkommensgruppe erwarten daher dringend finanzielle Entlastungen im Bereich Bildung (Schulbedarf, Klassenfahrten) und Kinderbetreuung. Aber auch im Bereich der medizinischen Versorgung werden Bedarfe geäußert. Darüber hinaus ist gesunde Ernährung ebenso ein Thema wie kostenloses Mittagessen für Kinder, kostenlose Freizeitangebote, die Förderung von Mobilität und die Information über Leistungen.

### **... aus Familienhaushalten in der Grundsicherung und mit geringem Einkommen**

Das Thema Geld dominiert die Alltagsgestaltung der Familienhaushalte in der Grundsicherung und mit geringem Einkommen. Mütter dieser Gruppe sind die Einzigen, die nicht über einen Mangel an Zeit klagen. Es gibt kaum feste Termine, die wahrgenommen werden, sodass der Alltag einerseits durch Unsicherheit, andererseits durch Langeweile geprägt ist. Diese Mütter sind gewiss, an der eigenen Situation inklusive der Arbeitslosigkeit nichts ändern zu können.

Erziehungsziel dieser Frauen ist, dass es den Kindern einmal besser gehen soll. Ein Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung werden als dafür unabdingbar erkannt. Auch die eigene Vorbildfunktion wird wahrgenommen, sodass manche Mütter zum Teil nur deshalb kurzfristige Jobs annehmen, damit ihre Kinder sehen, dass sie arbeiten gehen. Erziehung bedeutet für diese Mütter vor allem, ihren Kindern zu vermitteln, dass nur begrenzte finanzielle Mittel vorhanden sind. Nicht Werte, sondern das Konto stellt die letzte Entscheidungsinstanz dar.

Wie ihre Kinder längerfristig gut gefördert werden können, ist diesen Müttern weniger klar. Sie blicken daher vor allem in die direkte Gegenwart und versuchen, ihren Kindern unmittelbare Glücksmomente durch eine schöne Geburtstagsfeier, ein Geschenk oder eine Süßigkeit beim Einkaufen zu ermöglichen. Entwicklungs- und gesundheitsförderliche Ausgaben wie Betreuungs-, Bildungs- und Förderangebote für Kinder werden zugunsten demonstrativer Konsumgüter wie Handys, teure Kleidung und Spielwaren eingeschränkt. Vor allem die Mütter sparen eher an sich selbst und stellen eigene materielle wie zeitliche Bedürfnisse zurück – was auch zu einer Überforderung beiträgt.

Kinder aus diesen Familien nehmen deutlich seltener an Freizeit- und Bildungsangeboten teil und auch die einfachen sozialen Kontakte außerhalb dieser Angebote zu anderen Kindern und Familien sind seltener, weil sie wiederum mit Kosten verbunden sind (z. B. Kindergeburtstagsgeschenke) oder die eigene bedürftige Situation verschleiert werden soll.

Mütter aus diesem Milieu wünschen sich Unterstützung bei der Deckung der „Pflichtkosten“ (Schulbedarf, Kita-Ausflüge), kostenlose Freizeitangebote, die komplette Deckung von Leistungen sowie Informationen und Beratung.

Es gibt aber auch eine Gruppe – häufig alleinerziehende Frauen –, der es bei knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen gelingt, dem Kind ein abwechslungsreiches Freizeitangebot zu bieten. Diese Mütter sind sehr aufstiegsorientiert und sie sind z. T. sogar bereit, für eine gute Bildung ihres Kindes einen Kredit aufzunehmen. Sie verfügen meist über ein gutes Netzwerk, das sie bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt und ihnen darüber hinaus auch ermöglicht, sich für ein paar Stunden in der Woche den eigenen Bedürfnissen zu widmen und Freundschaften zu pflegen. Diese Frauen erhoffen sich von der Familienpolitik eine verlässliche und gut ausgebaute (kostenlose) Betreuungsinfrastruktur, flexible Arbeitsbedingungen, organisierte Nachmittagsbetreuung in den Schulen sowie kostenlose Nachhilfe/Hausaufgabenbetreuung.

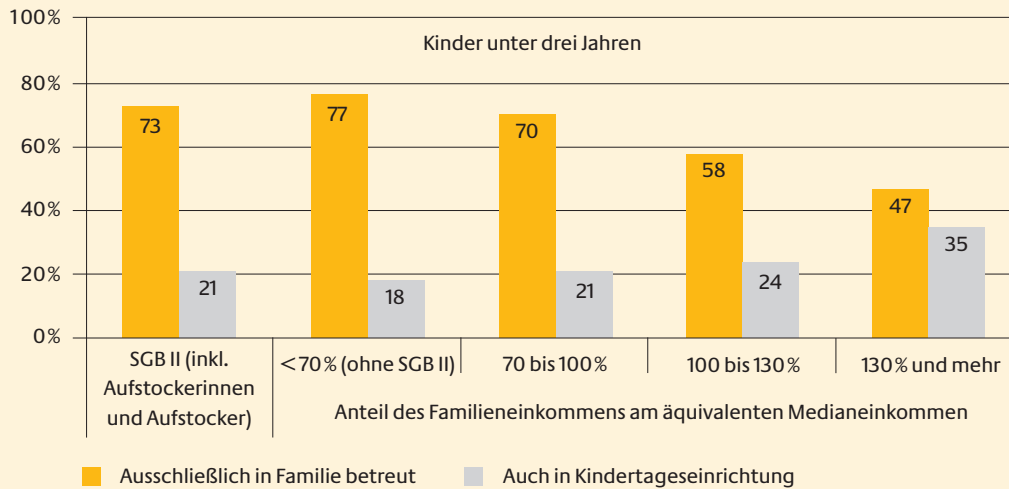
*Quelle: Umgehensweisen von Müttern mit monetären Familienleistungen, Sinus Sociovision 2010*

### **Teilhabe an Betreuung, Bildung und Förderangeboten**

Für die Entwicklung der kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten von Kindern ist es zentral, dass sie am sozialen Leben teilhaben können und frühzeitig mit anregenden Lernangeboten in Berührung kommen. Gerade für Kinder aus sozioökonomisch schwachen Haushalten, aus Alleinerziehendenfamilien sowie Familien mit Migrationshintergrund werden positive Effekte erwartet, wenn sie früh mit Kinderbetreuungsangeboten in Kontakt kommen.

Während der Besuch einer Betreuungseinrichtung bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren nicht vom Familieneinkommen abhängig ist, zeigen sich deutliche Unterschiede bei den unter Dreijährigen: Kinder aus Familien mit höherem Einkommen (ab 130 Prozent des Medians) besuchen etwa doppelt so häufig (35 Prozent) eine Kindertageseinrichtung wie Kinder aus Niedrigeinkommensfamilien (18 Prozent). Ursache dafür ist möglicherweise, dass bei einem Krippenbesuch Kosten für Essen, Ausflüge und Gruppenkassen anfallen, die von den betroffenen Familien als weitere finanzielle Belastung wahrgenommen werden.

**Abbildung 68: Anteil der Kinder unter drei Jahren, die nach Angaben der Eltern in einer Kindertageseinrichtung betreut werden, in Abhängigkeit vom Familieneinkommen<sup>170</sup>**



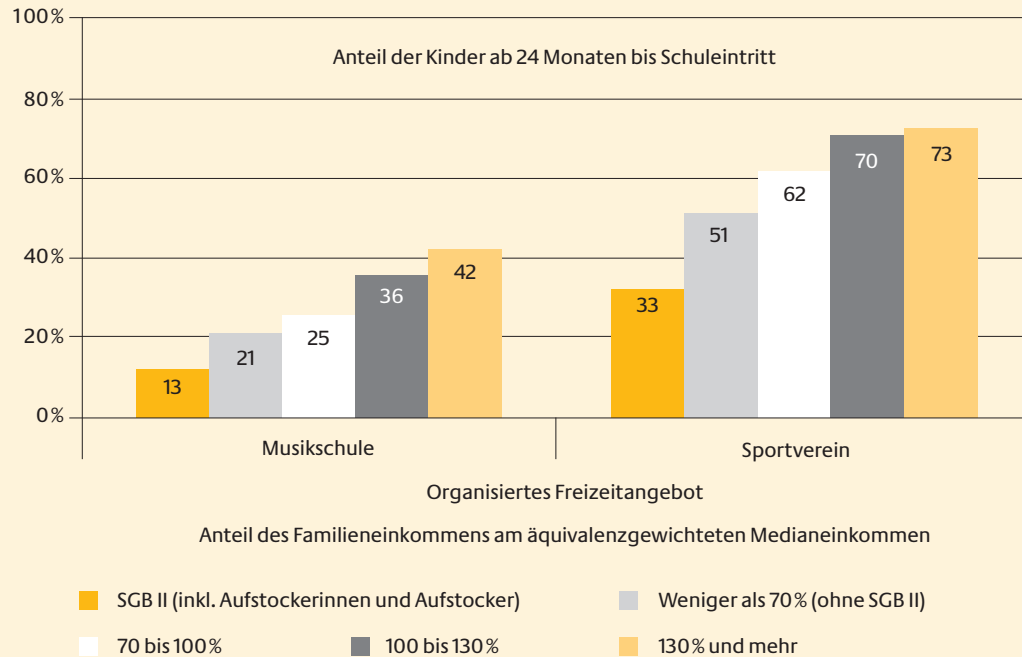
Datenbasis: Sonderauswertung AID: A DJI-Survey 2009

Auch bei den Förder- und Freizeitangeboten am Nachmittag sind Kinder aus Familien im SGB-II- und Niedrigeinkommens-Bereich unterrepräsentiert, wie eine Untersuchung vor Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets gezeigt hat. Während nach Auskunft der Eltern rund 13 Prozent der Kinder aus SGB-II-Familien im Alter von 24 Monaten bis zum Schuleintritt eine Musikschule besuchen, trifft dies ab einem Einkommen zwischen 70 und 100 Prozent des Medians auf mehr als jedes vierte Kind zu. Auch in Sportvereinen sind Kinder aus SGB-II-Familien unterrepräsentiert. In diesen Familien ist etwa jedes dritte Kind Mitglied in einem Sportverein, in sozioökonomisch bessergestellten Familien sind dagegen fast drei Viertel der Kinder in einem Sportverein aktiv.

Teilnahmegebühren, der Erwerb von Sportkleidung oder Musikinstrumenten stellen für Familien mit geringem Einkommen und im SGB-II-Bezug bereits eine finanzielle Hürde dar. Zudem fehlen den Eltern häufig schon allein die Kenntnisse und Orientierung, welche Angebote für ihre Kinder förderlich sein könnten und wie sie diese bspw. beim Erlernen eines Instruments unterstützen können. Ebenso wichtig sind gemeinsame sportliche Aktivitäten der Eltern mit ihren Kindern, da die Eltern eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen.

<sup>170</sup> Die dargestellten Betreuungsquoten unterscheiden sich geringfügig von der amtlichen Statistik, da Kinder erst ab einem halben Jahr erfasst wurden. In der Summe zu 100 Prozent fehlende Angaben entfallen auf „nur andere (externe) Betreuungsangebote: Das Medianeinkommen bezeichnet die Grenze zwischen zwei gleich großen Einkommenshälften. Das Medianeinkommen für eine Familie mit einem Kind unter 14 Jahren, das nach der neuen OECD-Skala berechnet wurde, liegt beispielsweise bei 2.770 Euro und bedeutet, dass von allen befragten Familien mit einem Kind unter 14 Jahren 50 Prozent weniger und 50 Prozent mehr als 2.770 Euro zur Verfügung haben. Weniger als 70 Prozent des Medianeinkommens würden für diese Gruppe entsprechend weniger als 1.940 Euro bedeuten. Es handelt sich hierbei um berechnete und nicht um tatsächliche Einkommen.

**Abbildung 69: Anteil der Kinder ab 24 Monaten bis Schuleintritt, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, in Abhängigkeit vom Familieneinkommen (in Prozent)**



Datenbasis: Sonderauswertung AID: A DJI-Survey 2009

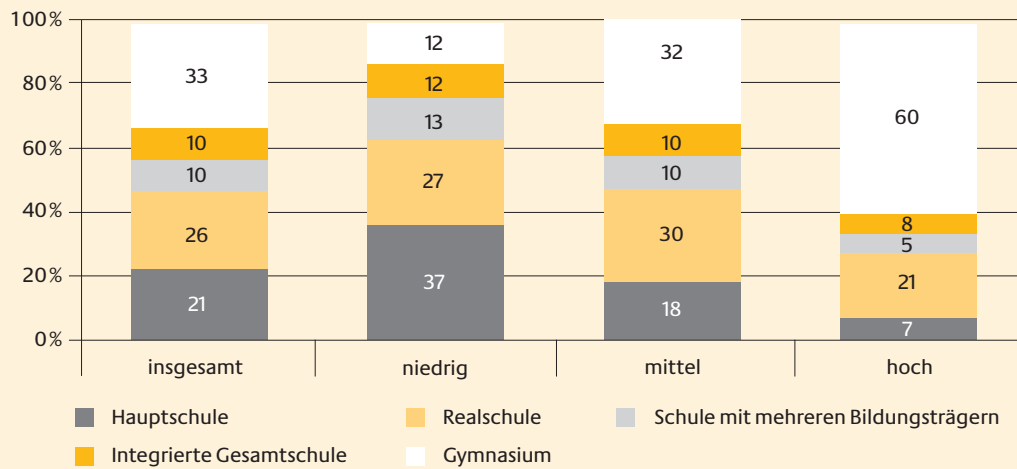
Die beschriebenen Unterschiede in der frühkindlichen Bildung und im Freizeitverhalten schlagen sich später auch im Bildungsverlauf der Kinder nieder. Der Einfluss des sozioökonomischen Status zeigt sich bereits beim Eintritt in die Schule. So wird bei Kindern mit niedrigerem sozioökonomischen Status häufiger als bei anderen Kindern aufgrund der Schuleingangsuntersuchung eine Rückstellung beantragt.

Auch bei den Schullaufbahneempfehlungen zeigt sich wiederum eine enge Verbindung zwischen familiärem Hintergrund und Bildungserfolg: Trotz gleicher Kompetenz haben Kinder aus Familien mit einem hohen sozialen Status eine höhere Wahrscheinlichkeit, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kinder aus Familien mit einem niedrigen sozialen Status. Zudem gehen Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren mit einem niedrigen sozialen Status etwa viermal seltener (19 Prozent) davon aus, am Ende ihrer Schullaufbahn einmal das Abitur zu erreichen als Kinder aus der Oberschicht (76 Prozent).<sup>171</sup>

Dies schlägt sich auch in den Ergebnissen der PISA-Studie nieder, die die Verteilung der Jugendlichen auf weiterführende Schulen erfasst hat: Je höher der sozioökonomische Status und der Bildungshintergrund der Eltern, desto höher ist der Anteil der Kinder, die ein Gymnasium besuchen.

<sup>171</sup> Hurrelmann, K./Andresen, S., 2010: Kinder in Deutschland 2010. 2. World-Vision-Kinderstudie.

**Abbildung 70: Schulartverteilung der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler nach sozioökonomischem Status<sup>172</sup>**



Datenbasis: PISA E 2006

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 65

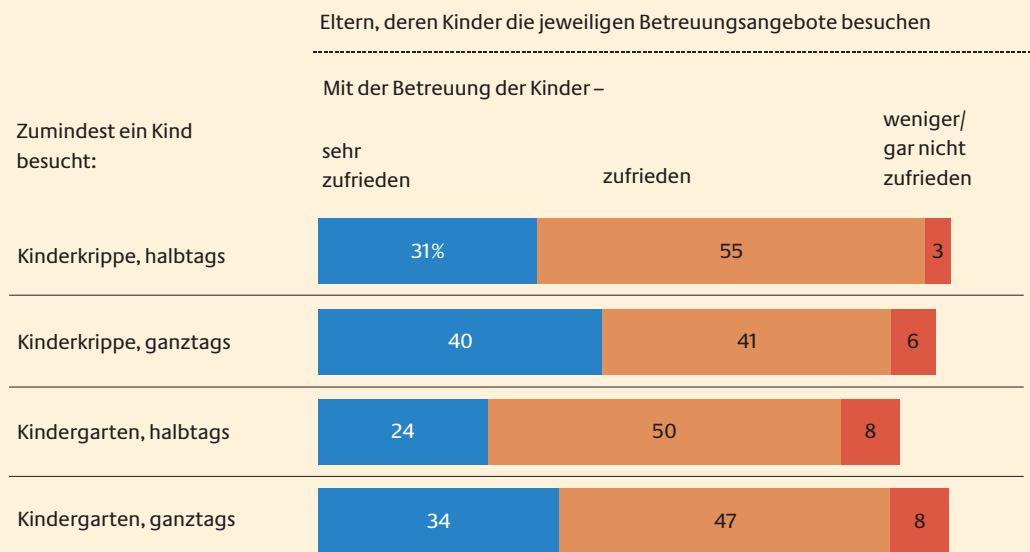
### Kinderbetreuung fördert

Die Eltern, deren (kleine) Kinder Betreuungsangebote nutzen, bewerten diese auch in qualitativer Hinsicht mit Blick auf die frühe Förderung ihrer Kinder überwiegend positiv. Besonders zufrieden äußern sich die Eltern, bei denen der Betreuungsumfang ihrer Kinder eine Halbtagsbetreuung übersteigt. Eltern von Kindern unter drei Jahren bewerten nur zu einem geringen Teil von drei bzw. sechs Prozent den Besuch einer Betreuungseinrichtung kritisch.

<sup>172</sup> Zuordnung der Schülerinnen und Schüler nach höchstem beruflichen Status der Eltern, gemessen anhand des International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI). Berücksichtigt werden Ausbildungsdauer, Einkommen und soziales Berufsprestige.



**Abbildung 71: Bewertung der institutionellen Betreuung kleiner Kinder**



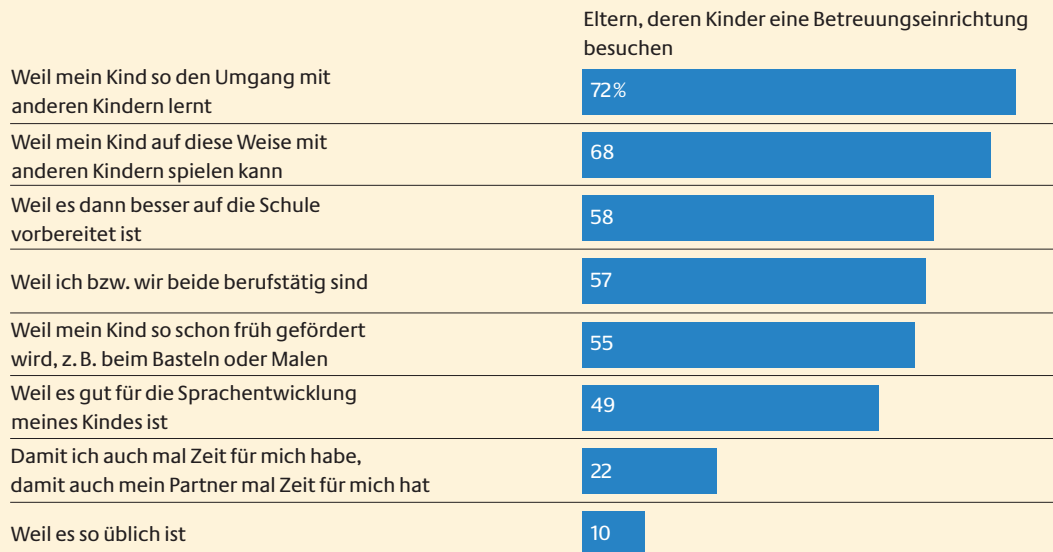
*Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern, deren Kinder Betreuungsangebote nutzen, an 100 fehlende Prozent: keine Angabe*

*Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5276 (2010)*

Zu den wichtigsten Gründen für den Besuch institutioneller Betreuungsangebote gehören in erster Linie der Kontakt zu anderen Kindern und die damit verbundenen Spielmöglichkeiten. Weiterhin spielen Fördergedanken (Vorbereitung auf die Schule, Sprachentwicklung, spezielle Förderung von Fertigkeiten) eine wichtige Rolle. Der Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen vor allem in Westdeutschland wird diese positiven Einstellungen verstärken.

**Abbildung 72: Gründe für die Nutzung von institutionellen Betreuungsangeboten**

**Für die Betreuung unserer Kinder in einer Betreuungseinrichtung spielen für uns die folgenden Gründe eine Rolle:**



*Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit Kindern in Betreuungseinrichtungen  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5276 (2010)*

Auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung bestätigen, dass die in den Betreuungseinrichtungen geleistete frühe Förderung der Kinder gute Auswirkungen auf den kindlichen Bildungserfolg hat. So wurde zum Beispiel ein positiver Zusammenhang zwischen Lesekompetenz im zweiten Schuljahr und der Dauer des Kindergartenbesuchs sowie der Qualität der Einrichtung festgestellt. Es gibt auch allgemeine Hinweise auf positive Effekte eines frühen Kindergartenbesuchs auf die Schulleistungen.<sup>173</sup>

Darüber hinaus scheint sich die Dauer eines Kindergartenbesuchs positiv auf einen späteren Besuch des Gymnasiums bzw. der Realschule auszuwirken. Für den Durchschnitt der Kinder erhöht sich demnach die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, von 36 auf rund 50 Prozent, wenn sie eine Krippe besucht haben. Dabei liegt die Verbesserung der Bildungschancen durch den Krippenbesuch für benachteiligte Kinder höher als für den Durchschnitt. So gehen von den benachteiligten Kindern, welche eine Krippe besucht haben, rund zwei Drittel mehr auf das Gymnasium.<sup>174</sup>

Bildung ist nicht nur aus Gründen der Chancengerechtigkeit als wichtiger gesellschaftlicher Auftrag zu verstehen, sondern hat auch einen hohen gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Nutzen. Mittlerweile liegen detaillierte Analysen zur Bestimmung der gesamtgesellschaftlichen Folgekosten unzureichender Bildung vor. Rund 150.000 junge Erwachsene ohne beruflichen Bildungsabschluss werden jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt entlassen, ohne eine reelle Perspektive für eine langfristige Einkommenssicherung zu

<sup>173</sup> PIRLS/IGLU, 2006, Studie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement.

<sup>174</sup> Bertelsmann Stiftung, 2008: Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung, Gütersloh.

haben. Entsprechend hohe Folgekosten sind damit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene prognostiziert.<sup>175</sup> Umgekehrt werden Wirtschaftswachstum und Produktivität durch eine höher qualifizierte Bevölkerung positiv beeinflusst.

### 7.3 Leistungen für Bildung und Teilhabe

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets rückwirkend zum 1. Januar 2011 hat die Bundesregierung bei der Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien einen neuen Weg eingeschlagen. Das Paket wurde eingeführt für Kinder von Eltern, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Sozialhilfe beziehen. Zudem können auch etwa 460.000 Kinder von Eltern, die Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, die neuen Leistungen in Anspruch nehmen.

Leitidee des Bildungspakets ist es, diesen Kindern Chancen zu eröffnen auf eine gute Bildung, die Entwicklung ihrer Talente und auf eine Teilhabe am schulischen, sozialen und kulturellen Leben. Im Bildungs- und Teilhabepaket sind enthalten:

- | eintägige Schul- und Kita-Ausflüge,
- | mehrtägige Klassen- und Kita-Fahrten,
- | der persönliche Schulbedarf,
- | die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zur Schule,
- | Lernförderungen,
- | die Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Schule oder Kindertageseinrichtungen,
- | die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Diese Leistungen werden als Geld- oder Sachleistungen gewährt. Durch die Sachleistungen wird sichergestellt, dass die Kinder individuell gefördert werden können. Die betroffenen Kinder – insgesamt 2,5 Millionen – erhalten damit die Möglichkeit, zum Beispiel ein Musikinstrument zu lernen, Mitglied im Fußball- oder einem anderen Sportverein zu werden und an Freizeiten teilzunehmen. Der Besuch von Kursen an Volkshochschulen oder andere Aktivitäten kultureller Bildung wie Museumsbesuche, Theaterbesuche sowie museumspädagogische Angebote und Aktivitäten zur Stärkung der Medienkompetenz – mit Ausnahme von Kinovorstellungen – gehören ebenfalls dazu.

Eine erste begleitende Evaluierung des Bildungs- und Teilhabepakets zeigt<sup>176</sup>: Nur zwei Monate nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets war das Paket bereits bei 91 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher des Kinderzuschlags bekannt. 47 Prozent von ihnen haben bereits jetzt Leistungen daraus in Anspruch genommen oder beantragt, weitere 31 Prozent haben dies vor. Die Kinderzuschlagsbezieherinnen und -bezieher beanspruchen also schon heute die neue Hilfe in beträchtlichem Umfang und wollen in Zukunft noch stärker davon Gebrauch machen.

---

175 Allmendinger, J./Giesecke, J./Oberschachtsiek, D., 2011: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

176 Monitoring Kinderzuschlag (noch andauernd) im Auftrag des BMFSJF, durchgeführt durch das IfD Allensbach und die Prognos AG.

Fast ausnahmslos betrachten die Kinderzuschlagsbezieherinnen und -bezieher die Teilnahme ihrer Kinder an den jetzt durch das Paket geförderten Bildungs- und Teilhabeangeboten wie etwa Klassenfahrten, Nachhilfe oder auch Sport im Verein als wichtig für die Entwicklung ihrer Kinder. Wegen ihrer kleinen Einkommen fällt es diesen Eltern bisher jedoch meist schwer, ihren Kindern die Teilnahme zu ermöglichen. Um den Kindern zumindest einige Angebote machen zu können, schränken die Kinderzuschlagsbezieherinnen und -bezieher ihre eigenen Ansprüche bisher häufig stark ein. Verzichten müssen bislang aber oft auch die Kinder: 58 Prozent der Kinderzuschlagsbezieherinnen und -bezieher insgesamt, 63 Prozent der Bezieherinnen und Bezieher mit Schulkindern im Haushalt geben an, dass ihre Kinder aus Kostengründen auf zumindest eines der Bildungs- und Teilhabeangebote verzichten müssen, die neuerdings durch das Paket gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen die Kinderzuschlagsbezieherinnen und -bezieher das Bildungs- und Teilhabepaket als passgenaue Unterstützung bei der Aufgabe, die eigenen Kinder auch mit geringem Einkommen angemessen zu fördern. 91 Prozent halten das Paket generell für sinnvoll und 64 Prozent widersprechen der Behauptung, das Bildungspaket setze nicht an der richtigen Stelle an.

Eine knappe Mehrheit der Kinderzuschlagsempfängerinnen und -empfänger befürchtet zwar einen hohen Beantragungsaufwand, allerdings hatten 71 Prozent der Kinderzuschlagsbezieherinnen und -bezieher, die bereits Anträge für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets gestellt haben, keine Probleme damit. Lagen dennoch Probleme bei der Antragstellung vor, so hing dies häufig mit den noch nicht eingespielten Prozessen in den Kommunen zusammen: Die Transparenz für die Zuständigkeit und die Dauer der Bearbeitung sollten sich in den kommenden Monaten jedoch weiter verbessern. Schlüsselfaktoren für die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets werden auch weiterhin Information und Beratung sein. Mit der fortlaufenden Evaluierung soll dazu beigetragen werden, dass das Bildungs- und Teilhabepaket so zielgenau und wirksam wie möglich gestaltet und umgesetzt wird.

## 7.4 Wohlbefinden von Eltern und Kindern

Die Lebenszufriedenheit von Müttern, Vätern und Kindern ist eine wichtige Größe für die Familienpolitik, die zunehmend die wissenschaftliche Forschung beschäftigt. Seit einigen Jahren hat sich die Forschungstradition des subjektiven Wohlbefindens entwickelt, die das Wohlbefinden von Eltern als wichtige Ressource für die kindliche Entwicklung begreift. Um den Begriff des Wohlbefindens zu füllen, werden folgende Parameter betrachtet:<sup>177</sup>

- materielles Wohlbefinden,
- Wohlbefinden im Bereich der Erwerbstätigkeit,
- Wohlbefinden im Bereich Persönlichkeit und Gesundheit,
- Wohlbefinden im Bereich Netzwerke (familial und außerfamilial),
- Wohlbefinden in der Familie,
- Wohlbefinden im Bereich Bildung.

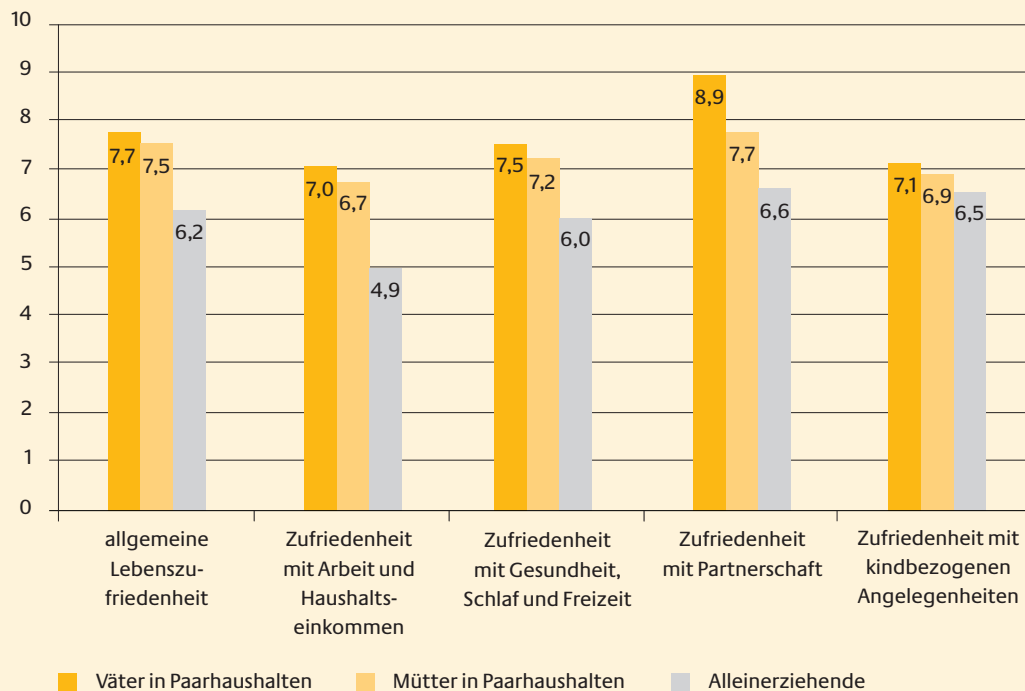
---

<sup>177</sup> Eingeführt durch Prof. Hans Bertram, Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung, in: UNICEF Innocenti Research Centre, Innocenti Working Paper No. 2006-02.

Insgesamt liegen die für Deutschland errechneten Zustimmungswerte<sup>178</sup> – differenziert nach Vätern in Paarhaushalten, Müttern in Paarhaushalten und Alleinerziehenden – in den einzelnen Bereichen fast alle über dem mittleren Wert. Etwas niedriger ist bei allen Gruppen die Zufriedenheit mit Arbeit und Haushaltseinkommen, die bei Alleinerziehenden im Durchschnitt noch weit unter derjenigen der Mütter und Väter in Paarhaushalten liegt.

**Abbildung 73: Mittelwerte der allgemeinen Lebenszufriedenheit und der bereichsspezifischen Zufriedenheit nach Haushaltstypen**

Antwort auf die Frage: *Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen, die nur Sie selbst betreffen?*



Quelle: Bertram/Spieß, 2010: Ravensburger Elternsurvey

Maßnahmen zur Verbesserung der zeitlichen Situation von Familien haben bei den Eltern hohe Zustimmungswerte. Für Eltern sind insbesondere Maßnahmen der Zeitpolitik, beispielsweise Maßnahmen zur Flexibilisierung von Arbeitszeitangeboten etwa im Krankheitsfall von Kindern, aber auch Maßnahmen zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Infrastruktureinrichtungen, wünschenswert.<sup>179</sup>

178 Die ausgewählten Parameter weichen in der jüngsten Untersuchung zum elterlichen Wohlbefinden leicht von den oben aufgeführten ab. Bertram, H./Spieß, C. K., 2010: Ravensburger Elternsurvey. Elterliches Wohlbefinden – Erwartungen, Voraussetzungen und Unterstützung der elterlichen Ressourcen für die Zukunft der Kinder. Im Auftrag der Stiftung Ravensburger Verlag, erste Auswertungen.

179 S. auch Kapitel Vereinbarkeit und Zeit.

## **Wohlbefinden von Kindern**

Kinder in Deutschland fühlen sich zum allergrößten Teil in ihren Familien wohl: 82 Prozent der Kinder sind mit der Fürsorge ihrer Eltern sehr zufrieden bzw. zufrieden. Familie ist im Leben der Kinder hinter Freundschaften der zweitwichtigste Faktor und ist für 96 Prozent der Befragten „wichtig“ oder „total wichtig“.<sup>180</sup>

Aus Sicht der Kinder ist weder die Erwerbstätigkeit der Eltern noch insbesondere die der Mütter etwas Störendes. Kinder sehen die Erwerbstätigkeit ihrer Eltern meist positiv. Sie sind mit der Zuwendung ihrer erwerbstätigen Eltern eher zufrieden als Kinder, deren Eltern keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (2010: 30 Prozent, 2007: 28 Prozent). Für Kinder ist nicht die Quantität der Zeit mit den Eltern entscheidend, sondern die Verlässlichkeit und Qualität der Zeitgestaltung. Einzige Ausnahme bilden Kinder von berufstätigen Alleinerziehenden: Hier beklagen sich 31 Prozent (2007: 35 Prozent) über fehlende elterliche Zuwendung.<sup>181</sup>

Kinder sehen die Berufstätigkeit ihrer Mutter insgesamt positiv. 58 Prozent stimmen „total“ zu, dass sie froh sind, dass ihre Mutter eine Arbeit hat, 33 Prozent stimmen „eher“ zu. Die Kinder schätzen vor allem die gute finanzielle Lage und Sicherheit, die eine doppelte Erwerbstätigkeit der Eltern garantiert. Sie beklagen jedoch, dass vor allem ihre Väter unter der Woche zu wenig Zeit für sie haben: Nur 44 Prozent sind mit der gemeinsamen Zeit mit ihrem Vater zufrieden, aber 80 Prozent mit der Zeit, die sie mit ihrer Mutter verbringen.<sup>182</sup>

Eltern nehmen für Kinder die wichtigste Position bei der Vermittlung von Werten ein; 97 Prozent der befragten Kinder gaben an, dass ihre Eltern ihnen Werte vermitteln. An zweiter Stelle stehen mit 77 Prozent Lehrerinnen und Lehrer, danach Großeltern und andere Verwandte (76 Prozent) und Freundinnen bzw. Freunde (64 Prozent).<sup>183</sup>

## **7.5 Bildungschancen verbessern**

Faire Chancen für Kinder sind eng mit der frühen Förderung durch ihre Eltern verknüpft. Zahlreiche Studien belegen, dass in der Familie der Grundstein für den Bildungsweg gelegt wird. In Deutschland, stärker noch als in anderen Ländern, entscheidet sich schon früh, in welche Richtung Bildungswege angelegt werden. Entsprechend manifestieren sich unterschiedliche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bereits in der frühen Kindheit. Beeinträchtigungen ergeben sich dort, wo Bildungsbiografien ins Abseits führen, weil Chancen ungenutzt bleiben, sich gemäß seinen Potenzialen zu entfalten. Geringe Entscheidungsmöglichkeiten, fehlende individuelle Förderung und mangelnde Wertschätzung von Bildungsinhalten sind einige der Faktoren, die Bildungswege verengen und behindern können.

---

180 Hurrelmann, K./Andresen, S., 2010: Kinder in Deutschland 2010. 2. World-Vision-Kinderstudie.

181 Ebd.

182 GEOlino-Kinderwerte-Monitor 2010.

183 Ebd.

Nach Erkenntnissen der OECD ist ein erfolgreicher Bildungsweg bei Kindern aus wirtschaftlich schlechtergestellten Familien weniger wahrscheinlich als bei Kindern aus wohlhabenderen Familien.<sup>184</sup> Neben individuellen Einkommensverlusten entstehen damit auch volkswirtschaftliche Nachteile. So wirken sich fehlende Bildungsabschlüsse, angesichts von Fachkräftemangel und globalen Wirtschaftsbeziehungen, nachteilig auf die wirtschaftliche sowie die gesellschaftliche Stabilität aus. Geringe Bildungserträge führen zu einem erhöhten Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut sowie einem häufigeren Bedarf an Transferleistungen. Höhere Bildung geht dagegen auch mit positiven Wirkungen auf andere Lebensbereiche einher, beispielsweise gesundheitlichem Wohlbefinden, kultureller und politischer Partizipation und einer vielseitigeren Freizeitgestaltung.<sup>185</sup>

Frühe Förderung und die Einbeziehung der Familie wurden daher in den vergangenen Jahren zu wichtigen Einflussgrößen, die für eine Verbesserung der Bildungschancen bestimmend sind.

Bildungsökonomische Analysen zeigen, dass neben einem qualitätsorientierten Angebot an Kinderbetreuung vor allem die Stärkung der familiären Bildungsvermittlung wichtig ist, um gute Bildungschancen eröffnen zu können. Denn das Bildungsniveau der Eltern ist für Bildungsentscheidungen und den Bildungserfolg offenbar ein entscheidender Hintergrundfaktor.<sup>186</sup>

Verschiedene Untersuchungen belegen, dass der Einfluss des Elternhauses auf Bildungschancen in kaum einem anderen Land so stark ausgeprägt ist wie in Deutschland. Dieser Befund gilt für lange Befragungszeiträume von Mitte der 1970er-Jahre bis Ende der 1990er-Jahre ebenso wie über verschiedene Geburtsjahrgänge hinweg.<sup>187</sup> Für die empirische Kindheits- und Bildungsforschung stellen die primären Herkunftseffekte (Leistungsunterschiede aufgrund der sozialen Herkunft) und sekundären Herkunftseffekte (die über Leistungsunterschiede hinausgehenden Differenzen in den familialen Bildungsentscheidungen) des Elternhauses wesentliche Einflussfaktoren auf das Qualifikationsniveau der Kinder dar.

Alle Befunde zur Verteilung von Bildungschancen in Deutschland und zur Bedeutung der sozialen Herkunft für den Schulübertritt und den Schulerfolg lenken den Blick auf eine stärkere Einbeziehung der Familie in Bildungsprozesse. Bildungs- und Erziehungspartnerschaften von Bildungsinstitutionen wie Kitas und Schulen mit den Eltern finden in Bildungsplänen bereits ihren Niederschlag. Die Angebote der Erziehungs- und Elternbildung beziehen Bildungsaspekte in der Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz, wie sie sich aus den Befunden der Familien- und Bildungsforschung ergeben, bislang nicht systematisch ein. Familienbildung erreicht darüber hinaus bildungsferne Familien oder ressourcenarme Familien mit Migrationshintergrund nicht in einem ausreichenden Maße.<sup>188</sup>

---

184 OECD, 2008: Humankapital. Wie Wissen unser Leben bestimmt.

185 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, S. 197.

186 Lassnigg, L./Vogtenhuber, S., 2009: Bildungsstatus und Bildungsherkunft im Sekundarbereich II, in: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009.

187 Pollak, R., 2010: Kaum Bewegung. Viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg.

188 Vgl. Gottschall, K./Pothmann, J., 2011: Eine Frage der Gerechtigkeit, in: DJI-Impulse 2011.

### **Mehr wissen – kompetent beraten**

Das im Mai 2011 gestartete Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“ knüpft hier mit dem Ziel an, die familiäre Begleitung frühkindlicher Bildungsprozesse zu festigen. Kern des Programms ist die Weiterqualifizierung von 4.000 Fachkräften der Familienbildung zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern. Das Bundesfamilienministerium finanziert im Rahmen der „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ bis 2014 die Aufbauschulungen, organisiert den Entwurf einheitlicher Curricula und implementiert Wirkungsforschung und wissenschaftliche Begleitung.

Eltern sollen zukünftig einfacher und gezielt kompetenten Rat finden, wenn es um die Bildungschancen ihrer Kinder geht. Über bereits etablierte Strukturen der Familienbildung wird die direkte und aktive Elternansprache auch in Bildungsfragen realisiert. Elternbegleiterinnen und -begleiter sind zukünftig die kompetenten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, um Eltern für Fragen zur frühkindlichen Förderung und zu anderen Bildungsthemen beiseitezustehen. Ihre Erfahrung in der Elternbildung nutzen sie, um an den Schnittstellen zwischen Kindertagesstätten, Schulen, Familienbildung und Elternhaus Eltern aktiv anzusprechen.

Bildungsferne oder sozioökonomisch benachteiligte Eltern können ihre Kinder oft nur unzureichend bei Bildungsentscheidungen oder im konkreten Schulalltag unterstützen. Auch wenn Schulbildung und Ausbildung in vielen Familien einen hohen Stellenwert haben, mangelt es in der Alltagspraxis oft an Lernkompetenz und Unterstützungsvermögen.<sup>189</sup> Insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund fühlen sich häufig nicht kompetent genug, Bildungsentscheidungen für ihre Kinder zu treffen. In der Folge weisen vor allem bildungsferne Schichten und Personen mit Migrationshintergrund niedrigere Bildungsabschlüsse auf und erreichen häufiger keinen allgemeinen oder beruflichen Bildungsabschluss.<sup>190</sup> Direkter Kontakt, niederschwellige Angebote und kontinuierliche Begleitung gehören zu den zentralen Eckpfeilern des Programms „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“.

Fachliche Grundlage der Qualifizierung zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter sind speziell entwickelte Rahmenpläne rund um den Bildungsverlauf von Kindern. Fachwissen, praktische Anleitung von Eltern und mehr Know-how zur Netzwerkarbeit mit allen familienbezogenen Diensten im Umfeld gehören ebenso dazu wie die Vermittlung von interkulturellen und diagnostischen Kompetenzen. Die Fachkräfteschulungen zur Elternbegleiterin bzw. zum Elternbegleiter werden von den bundesweit tätigen Trägern der Familienbildung in ganz Deutschland angeboten.

---

189 Ebd., S. 33.

190 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, S. 197.



### **Aktive Elternbegleitung fördert Kinderchancen**

Darüber hinaus fördert das Bundesfamilienministerium ab 2012 modellhaft die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Bildungsakteure vor Ort, insbesondere mit den „Schwerpunkt-Kitas Integration & Sprache“. 100 Einrichtungen der Familienbildung können sich um zusätzliche Mittel bewerben, damit den dort tätigen Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern mehr Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Erziehungsbereich zur Verfügung stehen. Diese „Elternbegleiter Plus“ sorgen für eine effiziente Kooperation, für mehr Übersichtlichkeit bei den verschiedenen Angeboten und sie etablieren neue Strukturen einer aktiven Elternarbeit.

Insbesondere die aktive Ansprache von sogenannten bildungsfernen Familien und ressourcenarmen Familien mit Migrationshintergrund rückt damit deutlich stärker in den Blickwinkel der Familienbildung. Denn wie der Bildungsbericht 2010 deutlich macht, sind hier weitere Anstrengungen erforderlich, um den Bildungsstand und die Bildungsbeteiligung dieser Bevölkerungsgruppen zu verbessern.<sup>191</sup> Vergleiche zeigen, dass die Bildungsergebnisse von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund deutlich unter denen ihrer gleichaltrigen Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund liegen.<sup>192</sup>

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierte Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ wird von Beginn an wissenschaftlich begleitet. Ein Expertenkreis berät das Bundesfamilienministerium kontinuierlich bei der Etablierung und bei der Umsetzung des Bundesprogramms sowie bei der Entwicklung der einzelnen Evaluationsschritte.

---

191 Ebd., S. 13.

192 Vgl. Deborah Nusche, 2009: What Works in Migrant Education? OECD Education Working Paper No. 22.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
www.bmfsfj.de



**Bezugsstelle:**

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 48 10 09  
18132 Rostock  
Tel.: 0180 5 778090\*  
Fax: 0180 5 778094\*  
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 0180 1 907050\*\*  
Fax: 030 18555-4400  
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr  
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115\*\*\*  
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

**Artikelnummer:** 2BR75

**Stand:** Januar 2012, 1. Auflage

**Gestaltung:** www.avitamin.de

**Druck:** Silber Druck oHG, Niestetal

\* Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz,  
max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.

\*\* 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

\*\*\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche  
Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.  
Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,  
Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.d115.de](http://www.d115.de);  
7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.